BEITRÄGE

ZUR

GESCHICHTE UND KRITIK DER LOHNFONDSTHEORIE

INAUGURAL-DISSERTATION

DER STAATSWIRTSCHAFTLICHEN FAKULTÄT
DER KGL. LUDWIG-MAXIMILIANS-UNIVERSITÄT ZU MÜNCHEN

ZUR

ERLANGUNG DER DOKTORWÜRDE

VORGELEGT VON

ARTHUR SALZ

STUTTGART
DRUCK DER UNION DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT
1905

Angenommen von der staatswirtschaftlichen Fakultät der Universität München

Referent: Geh. Hofrat Professor Dr. L. BRENTANO

Das Folgende ist ein Teil einer Arbeit, welche gleichzeitig als 70. Stück der „Münchener Volkswirtschaftlichen Studien, herausgegeben von Lujo Brentano und Walther Lotz", im Verlage der J. G. Cotta'schen Buchandlung Nachfolger in Stuttgart und Berlin erscheint.

DEM ANDENKEN

MEINES VATERS

GEWIDMET

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41549027_0201

Inhalt

Seite

Höhe und Umschwung 7

Die Radikalen 31

Die zwei modernen Richtungen: Kritiker und Synthetiker . . . 71

Höhe und Umschwung

John Stuart Mill bedeutet, wie für die Nationalökonomie überhaupt so für unsere Theorie, den Abschluß einer alten und den Beginn einer neuen Entwicklung. Er ist kein Schöpfer neuer und bahnbrechender Ideen, er selbst vindiziert sich eine viel bescheidenere Rolle. Er möchte für seine Zeit das leisten, was Adam Smith für eine frühere. Die Fortschritte, die man in der Erkenntnis der wirtschaftlichen Dinge seit Smith gemacht hatte, zu systematisieren und zu kodifizieren, die Wirklichkeit mit der Theorie in Einklang zu bringen und auf Grund der genauen Kenntnis der Gegenwart das für diese und für die Zukunft Wünschenswerte festzustellen, ist seine Absicht. So hat sein Werk wie das von Smith eine praktische und populäre Aufgabe, der freilich die streng wissenschaftliche Behandlung nicht geopfert werden dürfe. So kommt es, daß er der Lehrer einer ganzen Generation wurde, der Repräsentant der Nationalökonomie seiner Zeit, und daß man i h n bekämpfte, wenn irgend etwas als unrichtig erkannt ward: er hatte sich aus freier Wahl in den Mittelpunkt des Treffens gestellt. Es ist auffallend genug, daß er es in der Theorie und insbesondere in der Theorie der Verteilung nicht weiter gebracht hat als seine berühmten Vorgänger, ja man wird sagen können, daß seine Theorie des Arbeitslohnes einen Rückschritt gegenüber der Seniors bedeutet. Gleichwohl besteht gegenüber Malthus und Ricardo ein Fortschritt darin, daß er die Wichtigkeit gerade der Verteilungslehre gegenüber der von der Produktion ins hellste Licht rückt. Die Theorie nimmt er unverändert, wie sie ihm der Vater und dessen Freund Ricardo in der Jugend gelehrt, mit ins Alter hinüber, ohne weiter an der Richtig-

keit der Axiome den leisesten Zweifel zu hegen. So ist es für ihn eine ausgemachte Sache, daß der Arbeitslohn bestimmt ist durch Angebot und Nachfrage, oder was ihm dasselbe ist, durch das Verhältnis von Bevölkerung und Kapital. Die Formel wird nun etwas näher bestimmt. „Unter Bevölkerung ist nur die lohnarbeitende Bevölkerung und unter Kapital nur das umlaufende, und auch dieses nicht ganz, sondern nur der Teil, der zum direkten Kauf von Arbeit bestimmt ist, zu verstehen. Dazu kommen alle Fonds, die, ohne einen Teil des Kapitals zu bilden, im Austausch für Arbeit gezahlt werden, wie Löhne von Soldaten, häuslichen Dienstboten und anderen unproduktiven Arbeitern.“ In Ermanglung eines besseren Ausdrucks nennt Mill die Gesamtheit dessen, was zur Lohnzahlung verwendet wird — a parte maiori — Lohnfonds oder Kapital. So könne man sagen, daß der Arbeitslohn von Bevölkerung und Kapital abhängt, nur dürfe man dabei nicht vergessen, daß dieser Ausdruck ein elliptischer und nicht eine buchstäbliche Darlegung des ganzen wirklichen Sachverhältnisses sei. Leider vergißt das Mill selbst sofort: denn alsbald nachdem er die ganz harmlose Formel aufgestellt hat, sehen wir, daß er mit dem Worte Lohnfonds, das der Definition gemäß etwas in seinem Umfang und Ausdehnung sehr Flüssiges und Wechselvolles ist, einen ganz bestimmten Sinn verbindet, und diesen schillernden Begriff, der nur einer praktischen Erwägung und, die Bequemlichkeit des Denkens und Sprechens zu fördern, sein Entstehen verdankt, als etwas fest Umschriebenes, ein für allemal Gegebenes, vorher Bestimmtes und Berechenbares funktionieren läßt. Da wird gesagt: da der Arbeitslohn vom Verhältnis der Bevölkerung zum Kapital abhängt, so kann er auch n u r steigen, indem entweder der Lohnfonds sich vergrößert oder bei gleichbleibendem Fonds die Bevölkerung sich vermindert, und apodiktisch wie Mac Culloch fügt er hinzu: die Lage der arbeitenden Klasse kann auf keinem anderen Wege gebessert werden als durch Veränderung des Verhältnisses von Kapital zu Bevölkerung zu ihren Gunsten. Jeder Plan zu ihrem Nutzen, der nicht hierauf als auf seiner Grundlage fußt, ist für alle dauernden Zwecke eine Täuschung. Hier hört man's anders: hätte Mill das Wort Lohnfonds in jener ersten Bedeutung als des zusammenfassenden Ausdrucks verschiedener komplizierter Größen und zu Grunde

liegender Verhältnisse beibehalten, so wäre der Satz, daß der Lohn nur steigen könne, wenn der Lohnfonds sich vergrößert, eine reine Selbstverständlichkeit — oder aber, er ist unsinnig, da er einen Teil des gesamten umlaufenden Kapitals eines Landes zusammennimmt mit Einkommensteilen, die bezogen sind auf einzelne Individuen und eine bestimmte Zeitstrecke und so inkommensurable Größen addiert. Wenn er dennoch diesen Satz als das Lohngesetz schlechtweg bezeichnet, so hat er offenbar dem Worte Lohnfonds eine andere Bedeutung untergeschoben, die mit der ersten nur den Namen gemein hat. Jetzt meint er, daß der Lohnfonds jederzeit eine eindeutig bestimmte Größe und die primäre Ursache jeder Lohnerhöhung, gewissermaßen die persönliche Verkörperung der Nachfrage nach Arbeit, sei, mit anderen Worten, daß der Lohn des Arbeiters (bei zunehmender Bevölkerung) durch nichts anderes steigen könne, als durch Vergrößerung dieses Lohnfonds. Damit stehen wir genau wieder bei der alten, uns schon so vertrauten Division. Sein Lohngesetz weiß er sehr geschickt zu benutzen: er hält es fest, — wo es ihm bequem und nützlich sein kann, und er schweigt davon, wo er es nicht brauchen kann. Das ist die alte Methode. Für einen sozialpolitisch so sehr interessierten und für die öffentlichen Schäden so feinfühlenden Mann wie John Stuart Mill ist die Lohnfondstheorie unter Umständen ein bequemes und wirksames Kampfmittel. So benützt er sie wieder als Ausganspunkt und Operationsbasis bei der Erörterung des Bevölkerungsgesetzes. Aus der Lohnfondstheorie ergibt sich ihm unmittelbar, daß Beschränkung der Bevölkerungszunahme und Erhöhung der durchschnittlichen Lebenshaltung die besten und allein wirksamen Heilmittel für die Arbeiter seien, dabei vergessend, daß ein hoher und niederer standard of life selbst die Wirkung ist gewisser primärer Ursachen, eben derer, die letzten Endes den Lohn bestimmen. Welche sind nun diese? Oder vom Standpunkte Mills aus: Welche Umstände bestimmen, wie viel vom umlaufenden Kapital zur Lohnzahlung verwendet wird, verwendet werden muß, welche wiederum das Verhältnis dieser zu den übrigen nichtkapitalen Fonds? Die erlösende Antwort auf diese Frage bleibt Mill schuldig. Ja er spricht wohl davon, welche Umstände kapitalfördernd und -mehrend wirken, aber das genügt doch nicht für unseren Spezialfall. Ist an-

zunehmen, daß alles, was kapitalfördernd wirkt, den Lohnfonds vergrößert, oder daß der Lohnfonds stets durch alle Stadien einen gleichen Bruchteil vom Gesamtkapital bilde? „Die Erwerbstätigkeit eines Landes," sagt Mill, „ist begrenzt durch sein Kapital." Dem Gedanken Mills entsprechend, können wir hinzufügen: Der Arbeitslohn eines Landes ist begrenzt durch einen Teil dieses Kapitals, den Lohnfonds. Mill fährt aber weiter fort: „weil aber die Erwerbstätigkeit durch das Kapital begrenzt wird, so folgt daraus doch nicht, daß sie immer diese Grenze erreicht", und ebenso: weil der Arbeitslohn durch den Lohnfonds begrenzt wird, so folgt daraus doch nicht, daß er immer diese Grenze erreicht. Im Gegenteil: behauptet doch Mill, daß der zum Unterhalt von Arbeitern bestimmte Teil des Kapitals (der Lohnfonds) ins Unendliche vermehrt werden könne, ohne daß sich die Unmöglichkeit, für sie Beschäftigung zu finden, herausstellt, mit anderen Worten, daß, solange es arbeitsfähige menschliche Wesen und Nahrung zu ihrem Unterhalt gäbe, sie auch immer bei irgend einer Produktion beschäftigt werden könnten. Auf all diese Fragen und Zweifel gibt es keinen Trost. Die neugierigen Frager, zu denen auch die Arbeiter gehören, erhalten zur Antwort: sie mögen Sorge tragen, daß sie sich nicht so rasch vermehren und einen möglichst hohen standard of life annehmen und beibehalten. „Für die Gegenwart," meint Mill, „ist's nun einmal, wie es ist: jeder, der existiert, hat ein Recht, zu leben, und keiner kann dafür verantwortlich gemacht werden, daß er lebt; aber keiner hat das Recht, Wesen ins Leben zu rufen, die durch andere Leute ernährt werden müssen, und von denen er weiß, daß sie dem Elend anheimfallen."

Es sind also die gegenwärtigen Löhne die Frucht einer vergangenen Saat: die Kinder müssen für die Torheit und Gewissenlosigkeit der Eltern büßen. Hier wird wieder eine Beziehung zwischen Wirklichkeit und Theorie sichtbar: was Mill auf Grund der Betrachtung der Wirklichkeit als wünschenswert und seinsollend lehrt, das ist bei Senior ins Theoretische gekleidet, der die Größe der in einem Augenblick gezahlten Löhne abhängig sein läßt von der Haltung und dem Betragen der früheren Arbeitergeneration.

Was und wie groß der Lohnfonds sein muß, hat Mill zum

Unterschied von Senior nicht gezeigt, hingegen hat er sich ausführlich darüber verbreitet, was und wie groß er sicherlich nicht ist. Er bemüht sich nämlich zu beweisen, daß Nachfrage nach Waren nicht Nachfrage nach Arbeit und daher nicht lohnfondsbestimmend sei. „Nicht die Nachfrage der Konsumenten oder Käufer nach fertiger Ware ist es, welche über die in einem Lande verwendete Arbeitermenge und die Höhe ihrer Löhne entscheidet, sondern lediglich das Kapital der Unternehmer, das sie zum Kauf von Arbeit verwenden, bestimmt Zahl und Lohn der Arbeiter, oder kürzer: Nachfrage nach Sachgütern ist nicht Nachfrage nach Arbeit. Die Nachfrage nach Sachgütern bestimmt, in welchem besonderen Zweige der Produktion Arbeit und Kapital angewendet werden sollen, sie bestimmt die Richtung der Arbeit, aber nicht das Mehr oder Minder der Arbeit selbst, oder des Unterhalts oder der Bezahlung der Arbeit. Dies hängt ab vom Betrage des Kapitals oder anderer Fonds, welche direkt zur Ernährung der Arbeiter und zu ihrer Bezahlung angewiesen sind."

Dieser Satz wird an mehreren Beispielen erläutert, von denen das eine am bekanntesten ist. Er sagt: „Angenommen, es bestehe eine Nachfrage nach Samt, es seien Fonds da, um zum Ankauf von Samt verwendet zu werden, es fehle aber das Kapital, um die Samtfabrikation zu betreiben. So lange kein Kapital zu dieser Beschäftigung herangezogen wird, wird kein Samt angefertigt, es sei die Nachfrage noch so stark, außer . . . . . Gesetzt aber, das Umgekehrte des ersten Falles trete ein, es sei reichlich Kapital zur Samtfabrikation vorhanden, aber keine Nachfrage nach diesem Artikel. Es wird kein Samt gemacht werden; aber es gibt auch für das Kapital keinen Grund, warum es der Samtfabrikation einen besonderen Vorzug geben sollte. Fabrikanten und ihre Arbeiter produzieren nicht für das Vergnügen ihrer Kunden, sondern zur Befriedigung ihrer eigenen Bedürfnisse, und da sie noch Kapital und die Arbeitskraft haben, welche für die Produktion bestimmt ist, so können sie entweder etwas anderes, wofür Nachfrage ist, hervorbringen, oder, falls keine Nachfrage stattfindet, so haben sie selbst eine und können sie Dinge hervorbringen, deren sie für ihre eigene Konsumtion bedürfen. So können am Ende die Käufer entbehrt werden, aber nicht das Kapital."

Was Mill hier lehrt, ist zum Teil selbstverständlisch, zumTeil beweist es nicht, was es beweisen soll. Wo kein Kapital ist, wird kein Samt gekauft, es sei die Nachfrage noch so groß. Das ist gewiß wahr. Wenn jemand am Nordpol nach Samt nachfragte, so wäre diese Nachfrage ziemlich aussichtslos. Es ist jedoch damit noch lange nicht gesagt, daß, wo kein Kapital ist, auch keines entstehen könne, und daß, wenn die Nachfrage zahlreich und dauernd ist, das nötige Kapital nicht zur Verfügung gestellt würde. Man kann ja vielleicht sagen: der Satz Mills, das Kapital und nicht die Nachfrage nach Waren entscheide über Menge und Lohn der angestellten Arbeiter, sei ja nur die logische Konsequenz seines Satzes, daß alle Arbeiter vom Kapital, d. h. von den Produkten früherer Arbeit und früherer Produktionsperioden erhalten würden; es könnten also auch nicht mehr und nicht höher gelohnte Arbeiter angestellt werden, als überhaupt Produkte früherer Arbeit vorhanden seien. Dann hätte er zeigen müssen, innerhalb welcher Grenzen, insbesondere innerhalb welcher Zeitdauer sein Satz giltig ist; aber es gibt gegen diesen Einwand Gegengründe: wenn man ganz davon absieht, daß die Nachfrage nach Arbeit nur eine besondere Form der Nachfrage nach Waren ist (es würde niemand Arbeiter einstellen, wenn man die Gebrauchsgüter umsonst haben könnte), und auf den Begriff Kapital, wie ihn Mill auseinandersetzt, näher eingeht, so sagt Mill, daß Kapital der Teil des Volkseinkommens oder des Vermögens der einzelnen ist, der zur Produktion bestimmt wird. Kapital ist also nicht ein Ding, dessen Wesen ein für allemal bestimmt ist, nicht eine dauernde Substanz, vielmehr ist es die Funktion, die Bestimmung der verschiedensten Güter, der gleichbleibende Zweck bei wechselndem Inhalt ist für Mill das Charakteristische des Kapitalbegriffes. Ob etwas Kapital ist oder nicht, hängt also von der Bestimmung ab, mit der der einzelne über sein Vermögen verfügt, oder, wie Mill sich ausdrückt: „Der Unterschied zwischen Kapital und Nichtkapital liegt also nicht in der Art der Sachgüter, sondern in der Absicht des Kapitalisten, in seinem Willen, dieselben lieber für e i n e n Zweck als für einen andern zu gebrauchen. Alles Eigentum, wie wenig es auch an sich für den Gebrauch der Arbeiter geeignet sein mag, ist Kapital, sobald dasselbe oder der daraus zu erhaltende Wert zu produktiver Verwendung bestimmt wird.

Die Summe aller Werte, über die so von ihren betreffenden Besitzern verfügt wird, bildet das Kapital des Landes.“ Wenden wir diese Sätze Mills auf sein oben gebrauchtes Beispiel an, so müssen wir sagen, es ist richtig, daß nicht produziert wird, wo kein Kapital vorhanden ist, aber es ist ganz verfehlt, zu glauben, daß mit diesem Satze irgend etwas über die Menge und den Lohn der Arbeiter ausgesagt wird. Denn es wird nichts darüber ausgemacht, wie groß jeweils das Kapital sein muß, um eine bestimmte Arbeiterzahl zu beschäftigen, noch wovon es überhaupt abhängt, ob Vermögen in Kapital verwandelt wird. Wenn es lediglich im Willen der Vermögensbesitzer liegt, wie sie ihr Vermögen verwenden werden, so werden wir annehmen müssen, daß sie sich auf Grund von Motiven entscheiden, ob und wie viel von ihrem Vermögen Kapital sein solle. Über diese Frage schweigt sich Mill aus. Was beweisen seine oben angeführten Beispiele in Wirklichkeit? Nichts anderes, als — was nie einer bezweifelt hat — daß zur Produktion Kapital und Arbeit gehören. Es ist nicht erwiesen, daß das Kapital das Wichtigere sei, welches über Menge und Lohn der Arbeit verfügt, noch in welchem Verhältnis das Kapital zur Nachfrage und zum Lohn der Arbeit steht. Es läßt sich ebensogut das Gegenteil als richtig erweisen, daß nämlich am Ende immer die Nachfrage das Unentbehrliche ist. Denn nehmen wir den extremen Fall, den Mill setzt, der allerdings bei der heutigen Wirtschaftsverfassung unmöglich ist, daß nämlich die Nachfrage nach allen Artikeln aufhört, und daß die Kapitalisten und Arbeiter, da sie doch nicht zum Vergnügen, sondern zu ihrer Bedürfnisbefriedigung produzieren und arbeiten, mit ihren Bedürfnissen an die Stelle der früheren Käufer treten, so hat sich nichts geändert; an Stelle der Nachfrage der Samtkonsumenten tritt jetzt die Nachfrage der Samtproduzenten — nicht nach Samt, das ist klar, aber auch gleichgültig, sondern wahrscheinlich nach Lebensmitteln, Kleidern u. s. w. Die Produzenten sind die Käufer und Konsumenten ihrer eigenen Produkte geworden, und ihre Nachfrage ist es, welche jetzt nicht nur über die Art der Produktion, sondern auch über die Zahl und den Lohn der Arbeiter entscheidet. Nehmen wir wieder an, daß die Stockung der Nachfrage dauernd ist, so bleibt schließlich nur die Nachfrage nach den dringendsten Bedürfnissen, es wird dann gewissermaßen negativ produziert.

Viele Arbeiter werden entlassen und nur so viel behalten, als nötig ist, um die begehrten Lebensbedürfnisse herzustellen, das früher zur Produktion von Samt verwendete Kapital wird jetzt rückverwandelt und zu Konsumtionszwecken benützt, die Nachfrage allein entscheidet über die verwendete Größe des Kapitals, sowie über die Zahl und den Lohn der Arbeiter.

Gleichwohl dürften sich zwei Grenzfälle finden lassen, für die Mills Behauptung, Nachfrage nach Ware ist nicht Nachfrage nach Arbeit, einigermaßen richtig wäre. Nehmen wir die erste Form des Beispiels: Wenn kein Kapital da ist, wird nicht produziert, also ist es das Kapital, was über Menge und Lohn der Arbeit entscheidet. Das dürfte richtig sein für die erstmalige überhaupt stattfindende Anwendung von Kapital zu Produktionszwecken. Wir können uns den Fall denken, daß einige Tüchtigere und Reichere sich entschließen, statt das ersparte Produkt ihrer Arbeit ganz zu verzehren, dazu überzugehen, einen Teil ihrer Ersparnisse auf den Kauf von Arbeit zu verwenden, also einen Anfangsfonds für die Beschäftigung von Arbeitern zur Verfügung zu stellen. In diesem ersten Fall wird es tatsächlich von der Größe dieses ausgeworfenen Kapitalbetrages abhängen, wie viel Arbeit und zu welchem Preise sie gekauft wird. Das ist also der Grenzfall nach unten oder für die fernste Vergangenheit, in dem Mills Argument richtig wäre. Nehmen wir jetzt die zweite Wendung des Beispiels: Es ist überall genug Kapital da, aber es ändert sich die Nachfrage und damit auch die Beschäftigung des Kapitals, also ist es wieder das Kapital, das allein Menge und Preis der Arbeit bestimmt. Es ist wieder ein Fall denkbar, wo tatsächlich das Kapital diesen Einfluß ausüben könnte. Wenn nämlich das gesamte Nationalvermögen eines Volkes in Kapital verwandelt wäre, so daß auch durch auswärtigen Kredit nichts hinzugefügt werden könnte, dann wäre in der Tat das Kapital, was allein über Produktion, Menge und Preis der Arbeit verfügte, und die Nachfrage als bestimmender Faktor wäre weggefallen. Dann müßten alle vom Kapital oder den angesammelten Produkten früherer Arbeit zehren, und dieses allein bestimmte das Schicksal jenes Volkes. Dies wäre also der Grenzfall nach oben oder der für die fernste Zukunft Geltung hätte. Für die dazwischenliegende Zeit, die uns nun einmal am meisten interessiert, weil wir darin leben, für die kapitalistische

Wirtschaftsverfassung der Gegenwart sagt Mills Lehre nichts oder Falsches.

Sehen wir uns nun einmal die Schlußfolgerungen etwas näher an, die Mill aus seiner Lehre zieht, vielleicht werfen diese wieder, wie so oft, einiges Licht auf das Verständnis und die Erklärung seines Satzes. Eine Konsequenz ergibt sich Mill aus seinem Satz und aus allen Beispielen, die er zu dessen Begründung ausführt: Man nützt den Arbeitern nicht durch das, was man ausgibt, sondern durch das, was man spart. Dieser Satz klingt zunächst ziemlich paradox. Je mehr der Unternehmer spart, umsomehr ist er den Arbeitern wohlgesinnt, nun gehören die Arbeitslöhne sicher zu seinen Ausgaben, sie sind ja der wesentliche und nach Mill der einzige Bestandteil der Produktionskosten, also je mehr er daran spart, umso besser wäre das für die Arbeiter; aber so meint Mill seinen Satz keineswegs. Er versteht unter Sparen nie so viel als Nichtkonsumieren, sondern Sparen ist ihm immer gleichbedeutend mit Konsumieren zu produktiven Zwecken, während er den Aufwand für Luxuszwecke einfach Verschwenden nennt. Die Grenze freilich zwischen beiden ist flüssig. Sein Satz heißt also: je weniger der Vermögende für sich selbst verbraucht und je mehr er spart, d. h. je mehr er zu produktiven Zwecken ausgibt, umsomehr vergrößert er den Nationalreichtum, denn umsomehr Arbeiter können angestellt werden. Weil manchmal durch Sparen das Kapital vergrößert wird, und weil bei größerer Sparsamkeit mehr und besser bezahlte Arbeiter angestellt werden können, wird mittels eines leicht verständlichen logischen Schlußfehlers gefolgert: es können nicht mehr Arbeiter angestellt werden, als die Ersparnisse des Vermögensbesitzers betragen, d. h. zum Kapital oder zum Lohnfonds bestimmt worden ist, und allzeit ist es der Unternehmer einerseits bezw. sein Verhalten, anderseits die Zahl der Arbeiter, welche den jeweils gezahlten Lohn eindeutig bestimmen. In der Tat glauben wir, daß Mill erst aus dem Satze: Das Sparen und nicht das Verbrauchen ist das Beste für den Nationalwohlstand und für das Los des Arbeiters, zu seiner Behauptung kommt, daß die Nachfrage für die Zahl und Lohn der Arbeiter ein gänzlich gleichgültiges Element ist, aus der er nun in seinem Werke erst jenen ersteren Satz, daß Sparen das Wichtigste sei, hervorgehen läßt. Wir denken also, daß ihm zuerst die

aus der Betrachtung der Wirklichkeit gewonnene Erkenntnis feststand, daß bei möglichst produktiver Anwendung von Vermögen das Wohl des einzelnen und des Ganzen am besten gesichert sei, und zweitens daraus leitet er die Forderung ab: also kommt's allein auf das Sparen an; die Menge des Ersparten oder zu Produktionszwecken Aufgewendeten bestimmt den Grad der Wohlfahrt des Ganzen und der einzelnen; drittens, das wird verallgemeinert und abstrakt dann so ausgedrückt, der Lohn ist bei gegebener Zahl der Arbeiter überhaupt bestimmt nur durch die Größe des Ersparten oder zu Produktionszwecken Verwendeten oder des Lohnfonds, und die Nachfrage nach fertigen Produkten ist für die Löhne (nicht wie wir sehen werden, für die Unternehmer) gleichgültig.

So, glauben wir, ist der Gedankengang Mills entstanden. Nicht war zuerst die theoretische Formulierung da, und aus ihr wurden dann alle die einzelnen Folgerungen abgeleitet, sondern zuerst war ihm die praktische Forderung da; diese soll unbedingt realisiert werden, jetzt werden Gründe gesucht, warum diese Forderung gültig ist, diese finden sich durch eine Reihe von Verallgemeinerungen, die eine beschränkte Gültigkeit haben, jetzt aber zu Prinzipien werden, aus denen dann ganz natürlich die Forderungen sich ergeben. Das ist ein sehr häufig besprochener Fehler in der Geschichte, nicht nur des nationalökonomischen, sondern des menschlichen wissenschaftlichen Denkens überhaupt. Es ist jener Fehler, den Mill selbst so scharf an anderen rügt: „die eilfertige und unbedachtsame Übertragung von Sätzen, welche hinsichtlich einzelner richtig sind, auf einen allgemeinen Gesichtspunkt der politischen Ökonomie". Wir sahen, auf demselben Wege wie Mill kam Smith zur Begründung und erstmaligen Aufstellung der Lohnfondstheorie. Für Smith stand im Mittelpunkt der Betrachtung die Forderung der Vermehrung des Volkseinkommens, denn eine Mehrung des Volkseinkommens komme gleichmäßig dem Ganzen wie dem einzelnen zu gute. Dieses Volksvermögen ist jeweils gegeben, wird unter die drei Klassen geteilt, die Arbeiter können nicht mehr, sollen aber auch nicht weniger bekommen als den Teil des Volkseinkommens, der für sie bestimmt ist. Alle Erwerbstätigkeit ist gleich vorteilhaft und von Natur aus zu harmonischer Entwicklung bestimmt: die Lohnfondstheorie ist be-

gründet. Mill tut eigentlich nichts anderes, als daß er etwas genauer das Mittel angibt, wie man den Volksreichtum am besten fördere. Sparen ist das einzige Mittel, das dazu dient; was erspart ist, ist der Lohnfonds, und so ergeben sich dann von selbst die einzelnen Sätze. Die Fassung der Begriffe Sparen und Verschwenden oder deutlicher die Betrachtung der verschiedenen Wirkung von produktiver und unproduktiver Verwendung von Einkommen führte demnach Mill zu dem Satze, daß die Menge und der gezahlte Preis der Arbeit sich lediglich nach der Größe des zur Produktion verwendeten Kapitals bestimme. Wir werden die Richtigkeit und Wichtigkeit der Unterscheidung zwischen produktiver und nichtproduktiver Aufwendung von Vermögen zugeben können und den Satz, daß die Arbeiter stets ein Interesse daran haben, wie ihre Herren ihr Einkommen verwenden, ohne jedoch gleichzeitig in den Irrtum zu verfallen, daß nur das Kapital das Bestimmende jener Größen sei. Und der Satz, daß die Nachfrage und Kauffähigkeit der Konsumenten lohnbestimmende Momente seien, schließt keineswegs die Wichtigkeit jener Unterscheidung zwischen produktiver und unproduktiver Verwendung aus. Mill scheint das aber geglaubt zu haben, und darum jene einseitige und schroffe Formulierung: „die Nachfrage ist hinsichtlich des Effekts ganz gleichgültig". Wir werden zugeben, daß wohl nicht jede Nachfrage nach Sachgütern zugleich Nachfrage nach Arbeit sein müsse, und besonders daß nicht jede Nachfrage eine gleich gute und für das Gesamtwohl gleich nützliche sei. Keineswegs folgt daraus aber, daß überhaupt keine Nachfrage nach Gütern eine Nachfrage nach Arbeit sei. Sein Satz ist wohl auch deshalb so schroff formuliert, weil er polemisch gedacht hat. Er bekämpft diejenigen, welche behaupten, es sei für die Arbeiter ganz gleichgültig, wie die Unternehmer ihr Vermögen verwenden, und die, welche das Wohl der Arbeiter am meisten gefördert sehen, wenn die Herren eine sehr große Konsumfähigkeit entwickeln und möglichst viel für den eigenen Gebrauch ausgeben. Das Gegenteil von all dem, sagt Mill, ist richtig.

Aber so fest auch Mill seine Behauptung aufstellt, es gelingt ihm dennoch nicht, sie konsequent durchzuführen und durch das ganze System hindurch anzuwenden. Die Tatsachen sind zu widersprechend. Es ist genau derselbe Fall wie bei Smith. Um eine

einzelne Forderung theoretisch zu rechtfertigen und zu begründen, wird der ganze große Aufwand an weitgehenden Gedanken gemacht, die dann schließlich doch nicht allgemein anwendbar sind. Mill sagt zum Schluß seiner weitläufigen Auseinandersetzungen gleichsam widerwillig und ermüdet: „um es kurz zu sagen, Sparen bereichert und Verschwenden macht arm, den einzelnen sowohl wie das Gemeinwesen". Um nur einige Konzessionen und Änderungen, die eigentlich die Aufhebung seines Satzes bedeuten, zu erwähnen, so hat er später zugegeben, daß die Nachfrage lohnerhöhend wirken könne, aber nur nebenbei und indirekt, die Hauptsache sei doch die Vermehrung des Kapitals. Eine weitere Einschränkung und Konzession, die Mill machen muß, um seinen Satz aufrecht zu erhalten, ist die, daß nichts kapitalvergrößernd wirke, als überhaupt das Sparen. Er sagt: „wir brauchen uns nicht so von Worten abhängig zu machen, um unter Ersparen nur verminderte Konsumtion und nicht auch erhöhte Produktivität der Arbeit zu verstehen". Ferner ist bemerkenswert, was er an späterer Stelle bei Erörterung des Unternehmergewinns über die Produktionskosten ausführt. Er behauptet nämlich, die gesamten Produktionskosten des Unternehmers ließen sich in Arbeitslohn auflösen. Auch was er an Werkzeugen und Rohstoffen kaufe, sei nichts anderes als Arbeitslohn, den er (der Konsument für Rohstoffe und Werkzeuge) dem früheren Produzenten erstatte, da deren Erzeugung Arbeit gekostet hat. Wie läßt sich diese Ricardosche Auffassung mit der Behauptung, daß die Nachfrage immer für Arbeitermenge und Arbeitslohn ganz gleichgültig sei, vereinigen? Wir sehen, daß er bei der starken Hervorkehrung der praktischen Seite des Problems die Sache selbst aus dem Auge verliert und anstatt den Kern zu packen, daran vorbeischießt. Und schließlich untergräbt er seiner Dogmatik vom Lohne noch mehr den Boden mit der Bemerkung, daß wenn auch Angebot und Nachfrage den Lohn bestimmen, dies doch keine natürlichen Faktoren seien, welche eine gegebene Höhe des Arbeitslohns dem Arbeiter vorschrieben, ohne alle Beteiligung seines eigenen Willens und Tuns. Der Marktpreis der Arbeit, sagt er weiter, wird nicht durch einen selbsttätigen Mechanismus festgesetzt, sondern ist das Ergebnis eines Handelns zwischen menschlichen Wesen. Wir erkennen darin das Streben, wo es sich um praktische

Fragen handelt, die Realität der bestehenden wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse ins Auge zu fassen, von da ausgehend, den Menschen mit seinen Bedürfnissen in den Vordergrund der Betrachtung zu stellen, das Problem der Verteilung für wichtiger anzusehen, als das der Erzeugung der Güter, kurz den Übergang von der rein individualistischen Auffassung der Volkswirtschaft zur sozialen Betrachtungsweise.

Wie sehr dies der Fall ist, erschen wir u. a. aus Mills Stellungnahme zu den Gewerkvereinen. Wollten wir aus den theoretischen Sätzen schließen, so würden wir vermuten, daß er den Gewerkvereinen feindlich gegenüberstehe. Das wäre logisch, entspricht aber nicht der Wirklichkeit. Dieser praktischen Frage gegenüber ist Mill, wie seine Vorgänger und mehr als diese, zu Konzessionen bereit. Nicht als ob er die Lohnfondstheorie angesichts der Beurteilung der Gewerkvereine für unrichtig erklärte und aufgäbe, aber er setzt sie gewissermaßen für einen Augenblick außer Wirksamkeit und hilft sich, aus der Not eine Tugend machend, mit einem tolerari potest. Die Utilitarier hatten sich um die Beseitigung der Arbeiterkoalitionsverbote bemüht, in dem Glauben, daß die aufgeklärten Arbeiter Vereinigungen für unnütz halten und sich dem freien Spiel von Angebot und Nachfrage überlassen würden. Denn „der durch freie Konkurrenz bewirkte Lohnstand ist gerade derjenige, der den gesamten Lohnfonds unter die gesamte arbeitende Bevölkerung verteilt". Die Gewerkvereine aber, einmal zugelassen, gingen unbekümmert um die nationalökonomischen Lehren ihre Wege und — von Erfolg zu Erfolg. Das Dogma vom Lohnfonds deswegen fallen zu lassen, konnte man nicht; es erklärte andere Erscheinungen sehr gut und überdies war es immer noch als Kampfmittel gegen Arbeiterübermut zu gebrauchen. So schwieg man vom Lohnfonds, wenn man von Gewerkvereinen sprach oder man milderte seine Strenge. Dafür bieten Mac Culloch und J. St. Mill und dessen Schüler (Fawcett u. a.) gute Beispiele. Man sagte: wenn auch die Gewerkvereine eigentlich nutzlose Arbeit treiben, müsse man sie doch zulassen; auch sei es an sich nicht unmöglich, daß Arbeiter durch glückliche Strikes oder künstliche Zahlbeschränkung eine Lohnerhöhung durchsetzten, — freilich geschehe es dann auf Kosten der Nichtverbündeten oder in anderen Gewerben Arbeitenden. Die ökonomischen Wirkungen, die die Ge-

werkvereine zu erzielen vermögen, schätzt Mill für unbedeutend der Zahl und der Zeit nach, aber sie könnten ja auch auf den Geist der Arbeiter einwirken und eine moralische Hebung des ganzen Arbeiterstandes und Erhöhung des allgemeinen Lebensniveaus herbeiführen. Darin liege auch ihre eigentliche Zukunft und, so fügt er hinzu: überhaupt müsse man allen freiwillig unternommenen ökonomischen und sozialen Experimenten den weitesten Spielraum einräumen. So meint Mill seinem theoretischen Bedürfnisse und der Unverletzlichkeit der Logik Genüge getan und doch auch der Wirklichkeit ihr Recht gelassen zu haben. Doch sehen wir anderseits, daß er, nach der rein theoretischen Seite hin, geneigt ist, einen einzelnen Gedanken einseitig nach einer Richtung hin bis in seine letzten Konsequenzen auszuspinnen, ohne Sentimentalität, wie er sagt, freilich aber auch, ohne zu beachten, welche anderen Faktoren im Laufe der Gedankenentwicklung mit in Betracht gezogen werden müssen, wenn man eine Erklärung der realen Phänomene und nicht eine bloße Kette von Argumenten erhalten will. So erklärt es sich, daß seine Sätze schließlich Paradoxen werden und den Punkt erreichen, wo sie gewissermaßen das Gleichgewicht verlieren müssen und nach der entgegengesetzten Seite hin umschlagen. So ist es auch mit seiner Stellung in der Lohnfondsfrage. Die dramatische Episode aus der Geschichte des nationalökonomischen Denkens erreicht in ihm ihren Höhepunkt und Umschwung zugleich: eine neue Bewegung hebt an[1]).

Überblicken wir die Gedankenentwicklung in Bezug auf den Lohnfonds von A. Smith bis auf J. St. Mill, dessen Formulierung wir als die typische ansehen können, so ergibt sich uns: Adam Smith kommt unter dem Einfluß naturrechtlicher Anschauungen, physiokratischer Lehrmeinungen über den Grund und Boden und gewisse Beobachtungen seiner Zeit verallgemeinernd, zur Konstatierung eines Lohnfonds, aus dem die „Arbeiter“ jeweils ihren Lohn empfangen. Dieser Lohnfonds wächst mit der Zunahme des nationalen Einkommens. Daraus ergibt sich die Folgerung,

[1]) Wie auf Smith so folgen unmittelbar auf J. St. Mill einige Popularisatoren, die aber für unsere Frage nichts Neues bringen und daher füglich übergangen werden dürfen. Die bedeutendsten sind Morrison und Fawcett.

den Volksreichtum beständig zu vermehren. Die Interessen sämtlicher Erwerbstätigen seien harmonisch und sämtliche Erwerbszweige gleich vorteilhaft, — wenn nur die Regierung die in den Dingen liegenden natürlichen Kräfte sich frei entfalten lasse, und ihre Entwicklungsmöglichkeit nicht durch ungeschickte Eingriffe unterbinde. Also: Gewerbefreiheit, Vertragsfreiheit, Handelsfreiheit, Niederlassungsfreiheit, Abschaffung aller zünftlerischen und friedensrichterlichen Lohnfestsetzungen. Der natürliche Lohn ist der frei von Einmischung, auf freiem Markte selbsttätig aus dem Lohnfonds hervorwachsende Lohn. Die Ansicht von der mechanischen Selbstregulierung des Lohnes durch Lohnfonds und Bevölkerung, das unerschütterliche Vertrauen auf die heilsame Wirkung der beiden Kräfte Angebot und Nachfrage wird beibehalten, auch von Mill noch, aber es ist nicht so unbedingt für die Untätigkeit der Regierung. Es ist ein schlechter Trost, meint er, den der Nationalökonom bietet, wenn er zeigt, daß sich nichts machen lasse. Er möchte, daß die Regierung der „Natur" zu Hilfe komme, wo es nottut, oder vielmehr, daß die Regierung solche Bedingungen schaffe, unter denen die Natur der Dinge sich frei entfalten könne. Der Lohnfonds wird verschieden gefaßt: bald ist er identisch mit dem gesamten nationalen Kapital, bald mit einem Teil desselben, bald ist er das gesamte umlaufende, bald nur ein Teil des umlaufenden Kapitals, bald ganz im Besitz des kapitalistischen Unternehmers befindlich oder aber zerstreut in vielen Händen. Er wird in Geld oder in einer Menge von Genußgütern geschätzt u. s. f. Immer aber erscheint er als eine Größe oder als ein Ding, das sich nach eigenen Gesetzen bewegt und auf dessen Bewegungen die Menschen nur indirekt Einfluß üben können, durch Förderung des Gesamtwohlstandes und durch persönliche Klugheit. Die Lohnfondstheorie beschränkt sich nicht auf die selbstverständliche Wahrheit, daß der Durchschnittslohn der Quotient aus dem zur Lohnzahlung bestimmten Betrag und der Zahl der Bevölkerung ist, sondern durch die Größe des Lohnfonds wird der Lohn immer eindeutig vorher bestimmt. Manche nehmen es mit dieser Vorherbestimmung, diesem Fatalismus, weniger streng, andere glauben fest an das Ding, das sie so vor sich hingestellt haben. So wurde die Lehre vom Lohnfonds das Lohngesetz schlechthin. Um den Gesetzescharakter noch zu er-

härten, ließen sie es hervorgehen als notwendige Konsequenz aus dem „Naturgesetze“ der Produktion und der Lehre vom Wert. Aber auch hierin vollzog sich von Smith über Jones und Senior zu Mill ein Fortschritt der Betrachtung: „zugegeben, daß gewisse Institutionen und Bräuche, Lohn, Gewinn und Rente durch gewisse Ursachen bestimmt werden; aber diese Klasse von Nationalökonomen (welche die Gesetze der Produktion und der Verteilung gleicherweise als Naturgesetze behandeln) lassen die unerläßliche Voraussetzung fallen und argumentieren, daß diese Ursachen vermöge einer ihnen innewohnenden Notwendigkeit, die kein menschliches Mittel abzuwehren im stande ist, die Anteile festsetzen, welche bei der Verteilung des Produkts den Arbeitern, den Kapitalisten und den Grundherren zufallen.“ (Mills Selbstbiographie.) Diese Bedingungen als nicht endgültige zu behandeln und darzutun, daß die ökonomischen Generalisationen, die nicht von Naturnotwendigkeiten, sondern von deren Verbindung mit den bestehenden Einrichtungen der Gesellschaft abhängen, nur als provisorische und je nach dem Fortschritt des sozialen Lebens als wandelbar zu betrachten seien, ist Mills Bemühen. Darüber aber sind alle einig: sei der Lohnfonds, was er wolle, existierte er einmal — und da der Name einmal da war, so glaubte man auch, daß ihm ein Reales entspreche —, so hing der Lohn ausschließlich von den Personen ab, die sich darein zu teilen hatten, d. h. von den Arbeitern. Die Lohnfondsformel, einmal gegeben, konnte man an ihr das Malthussche Bevölkerungsgesetz ausgezeichnet demonstrieren. Für den einzelnen Arbeiter wie für die gesamte Arbeiterklasse gab's nur eine Lebensregel: vertrau auf Angebot und Nachfrage und übe Enthaltsamkeit. Wo auch immer die dunkle Quelle, aus der die Löhne fließen, ihren Ursprung haben mag, und welche Zuflüsse sie speisen mögen — der Arbeiter soll nur klug sein und seine Lage verstehen lernen. So schob man das Problem auf ein anderes Geleise, und verhüllte seine Unwissenheit oder Unfähigkeit hinter den guten Gefühlen für das Wohl der arbeitenden Armen. Doch auch in diesem Punkt läßt sich ein Fortschritt erkennen; Malthus und seine Nachfolger faßten das Bevölkerungsgesetz durchaus pessimistisch auf; er sprach wohl von präventiven Hemmungen, die sein Gesetz außer Kraft setzen könnten, — aber er glaubte nicht recht an die Tugenden

der trägen und gleichgültigen Arbeitermasse. Die Utilitarier und J. St. Mill an der Spitze, Erziehungsfanatiker, die sie sind, schauen hoffnungsvoll in die Zukunft, sie glauben, daß durch eine richtige nationale Erziehung eine entsprechende Charakterumwandlung bei den Arbeitern und durch diese dann eine heilsame Enthaltsamkeit herbeigeführt werden würde. Malthus hatte resignierend verkündet: daß sich nichts tun lasse, wenn nicht der standard of life sich hebe. Mill sagt anders: wenn der standard of life sich hebt, dann wird sich eine unendliche Verbesserung erzielen lassen. So machte die Malthussche Lehre die umgekehrte Wandlung wie die Lohnfondstheorie durch. Diese wurde gerade unter dem Einfluß des Malthusschen Bevölkerungsgesetzes aus einer optimistischen, zukunftsfrohen, die sie unter Smith war, zu einer pessimistischen und schließlich zum ehernen Lohngesetz, die Malthussche Lehre umgekehrt wandelte sich gerade unter dem Einfluß der Lohnfondstheorie aus einer pessimistischen, an der Zukunft der Arbeiter verzweifelnden Lehre, aus einem Argument gegen die unendliche Verbesserungsfähigkeit der Menschen zur optimistischen, hoffnungsfreudigen Lehre von der nationalen Erziehung und geistigen Hebung des Arbeitervolks, „indem man der ganzen arbeitenden Bevölkerung volle Beschäftigung sicherte durch freiwillige Beschränkung des Zahlenzuwachses“ (Mills Selbstbiographie).

Als wissenschaftliche Leistung betrachtet, ist die Lohnfondstheorie, wie wir sie bisher kennen gelernt haben, sehr gering, aber als praktisches Kampfmittel leistet sie Vortreffliches; mit ihr wurden die alten Armengesetze bekämpft, der Freihandel verteidigt, die Fabrikgesetze gefördert, freilich auch die Gewerkvereine unterdrückt.

Bevor wir dazu übergehen, die ganze Wichtigkeit der veränderten Betrachtungsweise an dem nun folgenden Schulstreit — der noch mehr als dies war — zu würdigen, werfen wir nur noch zwei Fragen auf: Wie stellten sich die Nächstbeteiligten, die Arbeiter, zur Lohnfondstheorie? Diese, repräsentiert in den Gewerkvereinen und deren Theoretikern, waren der Theorie durchaus feindlich und mit Recht. Denn die Theorie reichte ihnen einen Stein statt des Brotes, erklärte ihre Bestrebungen für gottlos und gesetzwidrig oder im besten Falle für überflüssig. Aber der Haß der

Unteren richtete sich, wie leicht begreiflich, nicht gegen die Lohnfondstheorie speziell, ebensowenig wie gegen das Malthussche Bevölkerungsgesetz speziell, sondern gegen die ökonomische Wissenschaft überhaupt. Diese Wissenschaft erschien ihnen nicht als ein geheiligtes System von Gedanken, das seinen Zweck in sich selbst hat, sondern als kalte Berechnung der Besitzenden, als eine hartherzige, grausame und hassenswürdige Erfindung der Reichen zur Unterdrückung der Schwachen. Und nicht nur die Nationalökonomie jener Tage, sondern auch die ihr zu Grunde liegende utilitarische Philosophie war ihnen Gegenstand des Abscheus. Abgesehen von dieser rein negativen Stellungnahme war für die Arbeiter noch eine andere Möglichkeit naturgegeben. Sie gingen auf die Auffassung der Gelehrten ein, ließen sich von der Zusammengehörigkeit und Interessengemeinschaft des Kapitals und der Arbeit willig überzeugen, — aber sie machten Ernst mit diesem Satze. Sie glaubten also an die gegenseitige Abhängigkeit von Kapital und Arbeit, aber diese habe nichts zu tun mit der relativen Lage des Kapitalisten und des Arbeiters. Das Kapital ist eine Masse unkonsumierter Güter, soviel davon in einem gegebenen Augenblick existiert, existiert unabhängig von irgendeiner einzelnen Person oder Klasse, Arbeit und Natur haben es erzeugt. Es wäre denkbar, daß in einem Augenblick alle Kapitalisten in einem Lande verschwänden, ohne daß doch nur ein Partikelchen vom bestehenden Kapital verschwände.

> „It is the capital and not the capitalist that is essential to the operations of the producers and there is as much difference between the two as there is between the actual cargo and the bill of lading“ (J. F. Bray, Labours wrongs and labours remedy).

Das ist nun eine Fiktion, die dazu dient, die Unhaltbarkeit der bestehenden Wirtschaftsordnung und die Berechtigung einer Umwälzung derselben zu erweisen. Aber es steckt ein richtiger Kern darin. Die Lohnfondstheoretiker, die von der Abhängigkeit der Arbeit vom Kapital ausgehen, identifizieren zu leicht und ohne weiteres diese Abstrakta mit zwei Volksklassen und lassen dann die Wohlfahrt der einen von der der anderen abhängen; das entspricht ja in gewissem Maße der tatsächlichen Ordnung der Dinge, aber diese selbst ist nicht unveränderlich, und es wäre

auch dann, wenn jene Abhängigkeit zu Recht bestünde, immer noch zu untersuchen, wo und in welchen Händen sich das Kapital befindet, das über der Arbeiter Los entscheidet.

Und eine weitere Frage: wie war der Stand der Meinungen über die Lohnfrage außerhalb Englands? In Deutschland, wo man erst am Beginn der industriell-kapitalistischen Entwicklung stand, hat die Lohnfondstheorie eigentlich nur bis 1832 bestanden; mit dem Erscheinen der staatswirtschaftlichen Untersuchungen von Hermann ist ihr in Deutschland der Grund abgegraben. Informieren wir uns kurz über den Stand der Lehrmeinung in Deutschland, wobei wir die Formulierung Raus, der übrigens stark unter englischem (speziell des älteren Mill) Einfluß steht, als typisch ansehen wollen. Der Arbeitslohn, lehrt Rau, ist eine besondere Form des Warenpreises. Der Minimallohn ist gegeben durch die Produktionskosten der Arbeit (im weitesten Sinne), das Maximum ist der Reinertrag der Produktion, wobei nur ein — wenn auch noch so geringer — Gewinn für den Unternehmer und der Zins vom Kapital abzuziehen sind. Wie viel der Arbeiter in Wirklichkeit erhält, wird durch die Konkurrenz bestimmt, d. h. durch Angebot und Nachfrage. „Das Angebot von Arbeit besteht aus der Zahl der Leute, die für Lohn arbeiten wollen und Arbeit suchen. Die Nachfrage besteht in der M e n g e K a p i t a l s , welches zur Beschäftigung von Arbeitern in gewinnbringender Unternehmung b e s t i m m t ist.“ An dieser Stelle tritt nun H e r m a n n ein. Scharf und präzis widerlegt Hermann jene Engländer und Deutschen (Rau), die den Arbeitslohn der gewerblich beschäftigten Arbeiter vom Kapital und der Bevölkerung abhängig sein lassen. Nur ein oberflächlicher Blick auf das Verhältnis des Arbeiters zu seinem unmittelbaren Lohngeber habe diese Lehre hervorgerufen. Was ist dagegen zu sagen? 1. Zugegeben, der Lohn hänge ab von einem Lohnfonds, so kann man daraus noch nicht folgern, daß Zunahme des Lohnes und Zunahme des Kapitals einander parallel gehen. Denn mit der Zunahme des Kapitals konnte eine bedeutende Änderung in seiner Verteilung eintreten, ein größerer Teil des Gesamtkapitals konnte fixiert und der ferneren Anwendung zur Entlohnung von Arbeit entzogen werden, was dann die Arbeiterzahl gegen das Lohnkapital überwiegend machen und den Lohn drücken würde. 2. Ist jene An-

nahme eines Lohnfonds nur eine a parte potiori, da diese Betrachtung die unproduktiven, aus dem Einkommen direkt bezahlten Arbeiter und persönlichen Dienste außer Betracht läßt. 3. Die gemeinsame Lohnquelle aller Arbeiter ist das Einkommen der Konsumenten von Waren und Diensten, der Unternehmer ist nur der Mandatar des Konsumenten, das Kapital nur ein Frachtmittel, das Waren dahin bringt, wo sie am lebhaftesten begehrt werden. Erst was die Konsumenten für das Produkt geben, enthält die wahre Leistung an die Arbeiter[1]). „Alle wahre Nachfrage nach Arbeit kann . . . nur von denen ausgehen, welche neue Tauschwerte entgegenzubieten haben; also nur von der Menge der ausgebotenen Arbeiten und Kapitalnutzungen abhängen"; und ferner „nicht weil sich das Kapital mehrt, das man zu Lohnzahlungen verwendet, wächst der Lohn, sondern weil der Begehr nach Arbeit infolge vermehrter freidisponibler Gegenwerte zunimmt. Wo dies der Fall ist, kann man allerdings mehr Kapital auf Auslöhnung von Arbeitern nützlich verwenden: wie an vielen Orten, hat man also auch hier eine Nebenfolge für den Grund genommen"[2]). — Wichtig ist, was Hermann bezüglich der praktischen Konsequenzen der Lohnfondstheorie ausspricht: „dieser so verbreitete Irrtum der Wissenschaft hat nicht wenig dazu beigetragen, den Hochmut der gewerblichen Unternehmer gegen ihre Arbeiter zu steigern. Auch wenn der Lohngeber die Leistung des Arbeiters mit eigenem Einkommen eintauscht, stehen sie einander gleich; er kann sich nicht rühmen, den Arbeiter zu ernähren, da er ja vollen Gegenwert für den Lohn erhält. Doch ist er es selbst, der den Lohn bestreitet. Der Unternehmer eines Erwerbsgeschäftes dagegen kauft bloß Arbeit zum Wiederverkauf, erleichtert nur den Warenabsatz der Arbeit an den Konsumenten, der sie erst wirklich lohnt. Für die Anwendung seines umlaufenden

[1]) Es ist undenkbar, daß der Lohn abhänge von der Größe des disponiblen Kapitals im Verhältnis zur Arbeiterzahl des Landes, wie gesagt worden. Er hängt auf die Dauer (gegen Marshall, VI, 2. Anm.) immer bloß ab von dem Preise, den die definitiven Käufer für das Produkt zahlen wollen und können, in welchem Arbeit enthalten ist." 2. Aufl. 478.

[2]) Die definitive Vergeltung der Löhne, welche die Akkordanten und Produktionsunternehmer vorgeschossen, findet daher ihren Fonds bei den Verbrauchsgegenständen im Einkommen, bei Nutzkapital im Kapital, bezüglich der Reparatur und Vernutzung wieder im Einkommen des letzten Verbrauchers. 2. Aufl. S. 473.

Kapitals in diesem Geschäft und die Entbehrung der eigenen Nutzung desselben erhält er Ersatz im Gewinn. Er ernährt also keineswegs den Arbeiter, sondern er benützt nur das Angebot der Arbeiter zum vorteilhafteren Verkauf eines Teils seiner eigenen Kapitalnutzung. Der Arbeiter und der Unternehmer erleichtern einander den Umtausch ihrer einseitigen Leistungen in die jedem tauglichere Form, stehen sich sonach gleich. Es ist eine Schmach, daß sich die Regierungen so oft von Gewerbunternehmern vorwerfen lassen, sie ernährten so und so viele Einwohner des Staates, da doch diese ebensogut die Unternehmer ernähren. Nur grobe Unbescheidenheit der letzteren kann auf jenem Grunde den günstigen durch Abgabenerlaß und Unterstützung durch Vorschüsse verlangen, und es ist eine Verletzung der Regierungspflichten, sie zu gewähren.“ Aber nicht nur auf die Unternehmer wirkt diese Irrlehre aufreizend; die Erfahrung hat gezeigt, daß sie auch die Arbeiter in verhängnisvollen Irrtum verstrickt. In der zweiten Auflage der Staatswirtschaftlichen Untersuchungen vom Jahre 1870 lautet der bezügliche Passus etwas anders. Die Arbeiter lassen sich durch die Lohnfondstheorie verleiten, die Unternehmer als die eigentlichen Lohngeber zu betrachten und unternehmen, so irregeleitet, oft fruchtlose Strikes, um auf die Unternehmer einen Druck auszuüben[1]). Man sieht aus diesen verschiedenen Fassungen von ungefähr, wie sehr sich die realen Umstände und Bedingungen und infolge davon auch die Anschauungen im Laufe von 40 Jahren geändert haben, aber es ist ein Zeichen der Genialität der Leistung Hermanns, daß er 1832, wo die deutsche Nationalökonomie noch im dogmatischen Schlummer ruhte, von dem Schulglauben sich befreiend eine Lohntheorie schuf, die ihre wahre

[1]) „Daß die Quelle des Lohns das Kapital der Unternehmer sei, ist nicht bloß theoretisch irrig, sondern auch in praktischer Beziehung eine höchst bedenkliche Lehre, weil sie den Arbeiter in der oberflächlichen Ansicht bestärkt, der Unternehmer sei sein Arbeitgeber und von diesem hänge die Höhe seines Lohnes ab. Wenn der bedürftige Arbeiter sich an solchem Schein von Wahrheit anklammert und dem bei der Lohnverwilligung vermeintlich freien Unternehmer feindlich, ja gewalttätig gegenübertritt, so kann dies niemand wundernehmen; daß aber die Lehre ‚der Wissenschaft‘ das eigennützige Vorgehen unwissender Arbeiter gegen die Unternehmer in Strikes durch den Satz bestärkt, die Quelle des Lohnes sei das Kapital der Unternehmer, zeigt, wie vorsichtig man mit der Aufstellung allgemeiner Lehrsätze in praktischen Disziplinen sein sollte.“ Hermann, Stw.U. 2. Aufl. S. 478.

Bedeutung erst in der Folgezeit bewährte und dies in einem Lande, das damals so gut wie keine Anschauung, kein Erfahrungsmaterial bot, wo alles noch in werdender Gestaltung sich löste.

Die Hermannsche Lehre vom Lohne hat die folgenden Generationen mächtig beeinflußt und ging ganz oder teilweise in jede Betrachtung des Arbeitslohnes mit ein. Gleichwohl aber behielt die alte Lohnfondstheorie noch ihre Anhänger. Nicht nur bedienten sich dogmatische Freihändler in der Mitte des Jahrhunderts ihrer als Kampfmittel, auch wissenschaftliche Nationalökonomen wie H. v. Mangoldt schreibt noch 1859 (Artikel „Güterverteilung" im Staatswörterbuch und dann in seiner Volkswirtschaftslehre ähnlich): „Die allgemeine Lohnhöhe" hängt ab „von dem Verhältnis zwischen dem Angebot der Arbeit und der Nachfrage nach derselben. Die weitere Frage nach den Gesetzen des Arbeitsangebots ist keine andere als die nach den Gesetzen der Bevölkerungszunahme ..... Was die Nachfrage nach Arbeit betrifft, so ist der Umfang derselben identisch mit dem in einer bestimmten Periode für den Unterhalt von Arbeitern disponibel werdenden Gütervorrat. Dieser ist wohl zu unterscheiden von der Gesamtmenge des nationalen Kapitals (im privatwirtschaftlichen Sinn), wenngleich zwischen beiden ein gewisser Zusammenhang stattfindet. Jenen Unterschied und diesen Zusammenhang tiefer ergründet zu haben ist eines der Hauptverdienste der neueren englischen Nationalökonomie (Senior, J. St. Mill)." S. 586.

Eine endgültige Klärung des Sachverhalts und damit die erste bedeutende — und in gewissem Sinne auch letzte — Fortbildung der Hermannschen Lehre verdanken wir Lujo Brentano. In seiner grundlegenden Abhandlung über „Die Lehre von den Lohnsteigerungen mit besonderer Rücksicht auf die englischen Wirtschaftslehrer" (in den Jahrbüchern für Nationalökonomie von 1871) (von der auch vorliegende Arbeit ausging) brachte er zum ersten Male eine knappe, aber darum nicht weniger treffende Geschichte der Theorie vom Lohnfonds und erwies daran, daß die Lehre nicht nur an und für sich und im allgemeinen unrichtig sei (bis dahin etwa war Hermann gediehen), sondern daß sie auch mit verschiedenen anderen Lehren ihrer Verkünder im Widerspruch stehe.

Zum Nachweis ihrer Ungültigkeit wurden also nicht bloß

die allgemeinen Sätze der Nationalökonomie herangezogen, sondern die Lohnfondstheoretiker überall selbst mit ihren eigenen Waffen geschlagen. Insbesondere wandte sich Brentano gegen die Vorherbestimmung des Lohnes durch den Lohnfonds, wies zum ersten Male hin auf die Bedeutung des auswärtigen Kredits und Handels für die Elastizität und Ausdehnungsfähigkeit des „Lohnfonds" und erkannte mit Hermann die Kaufkraft und Leistungsfähigkeit der Konsumenten (im weitesten Sinne des Wortes) für die wirkliche Lohnquelle. Er ging weiter und wandte diese Lohntheorie (vgl. die späteren Schriften über die Gewerkvereine, Das Arbeitsverhältnis gemäß dem heutigen Recht u. a. m.) auf die praktischen Probleme an, die sich aus der Arbeiterfrage ergaben, und fand Antworten, wo die Lohnfondstheorie (da sie nur formulierte) versagte.

In einem weiteren Punkte noch wurde Hermanns Lehre von Brentano fortgebildet. Es fehlt bei Hermann an einer vollständigen Behandlung der Angebotsseite beim Lohn, die Arbeit als Produktionselement, die Bevölkerungsfrage und ihr Verhältnis zu den Produktionskosten der Arbeit wird nicht erörtert. Brentano erst hat die Besonderheiten der Ware „Arbeit" aufgezeigt und die richtigen Schlußfolgerungen gezogen[1]).

Die Weiterbildung der Hermannschen Lehre vom Lohn durch Brentano wurde in Deutschland so ziemlich allgemein angenommen und bildet von da ab einen inhärenten Bestandteil in dem System der deutschen Nationalökonomie; sie ist einer jener überaus seltenen Punkte, wo alle bedeutenden deutschen Nationalökonomen fast einig sind. Neuerdings hat sich von amerikanischer Seite der Widerspruch gegen die „deutsche Lohntheorie" erhoben[2]).

[1]) Und da wirft ihm ein Amerikaner vor, „die Anwendung dieser Methode (der Preisbestimmungsgründe auf die Ware Arbeit) legt keinen genügenden Nachdruck auf das ganz eigentümliche Wesen der Arbeit als Ware".

[2]) Es dürfte hier angebracht sein, einiges über diese Einwände zu sagen — wenngleich dies nicht unmittelbar zu unserem Thema gehört (Siehe auch unten 245 f.). — Taussig, ein trefflicher Denker und noch besserer Schriftsteller, meint (Quarterly Journal of Economics IX und dann in seinem Buch), Hermann vollziehe eine leicht verständliche, bei tieferem Nachdenken aber unverantwortliche Verallgemeinerung, mit der Behauptung, daß der Lohn von der Nachfrage der Konsumenten oder ihrem Einkommen abhängt. Diese hätten nur auf die Löhne einer oder mehrerer Arbeiterschichten Einfluß. Wenn man aber den „allgemeinen

Auch Carey streift gelegentlich die Lehre Mac Cullochs, daß der Gewinnsatz der beste Barometer der Wohlfahrt eines Landes sei, und den weiter daraus folgenden Satz, daß in Ländern mit hoher Profitrate die Nachfrage nach Arbeit in gleichem Maße zunähme. Carey weist im Gegensatz darauf hin, daß der gemeinsame Fonds, aus dem Arbeiter wie Produzenten, wie Händler entlohnt werden, das genußreife Endprodukt sei und daß der Produzent desselben, den er Arbeiter nennt, durch alles gewinnen werde, was den Anteil derer vermindert, die zwischen ihm und den Konsumenten stehen, daß also der Lohn mit zunehmender Produktivität der Arbeit wachse. Allerdings vertrat er früher, als er noch Freihändler war, im „Essay on the Rate of Wages 1835" ebenfalls die Lohnfondstheorie.

Lohnsatz sämtlicher Arbeiter ins Auge fasse, so gelte es festzustellen: was bestimmt das Quantum realer Güter (Waren), das sämtliche Arbeiter erhalten? Die Zahlung der Konsumenten ist nicht die letzte Quelle desselben. Die letzte Quelle kann hier nur das Produkt an realen Gütern aus der Arbeit der Gesellschaft sein, der ständige Fluß an Genußgütern, der sich aus den Arbeiten der Menschen ergibt. Dies ist das gesamte Konsumenteneinkommen, — die Quelle, aus der jeder von uns, ob Arbeiter oder Faulenzer, Lohn oder Tribut oder Almosen empfängt."

Dieser Satz, daß das Gesamtprodukt an realen Genußgütern die einzige Lohnquelle sei, steht nicht im Widerspruch mit der Lehre, der zufolge die Löhne aus dem Einkommen der Konsumenten (im weitesten Sinne) fließen. Diese Lehre setzt die wirkliche Lohnquelle in Relation mit den Personen, die auf die endgültige Verteilung den größten entscheidenden Einfluß haben. Die Nachfrage der Konsumenten (vielleicht sagte man besser „des" Konsumenten), die durch ihre Kauffähigkeit repräsentiert wird, ist gleichsam das Röhrensystem, durch welches hindurch aus dem gemeinsamen Reservoir geschöpft wird.

Weiterhin wendet Taussig ein: Selbst wenn der Satz: Das Einkommen der Konsumenten ist die eigentliche Lohnquelle, sonst richtig wäre, so enthält er doch jedenfalls einen logischen Zirkel, denn da die Arbeiter (die Lohnempfänger) selbst Konsumenten — vielfach die zahlreichsten Konsumenten — sind, so komme man zu der Behauptung: der Lohn ist die Quelle des Lohnes. Aber das ist ein Zirkel, den man sich gefallen lassen kann. Man braucht sich nur — worauf Taussig doch sonst den größten Wert legt — den Mechanismus der Produktion vorzustellen, phänomenologisch darzulegen, wie produziert und das Produzierte verteilt wird, um einzusehen, daß der Zirkel sich auseinanderlegen läßt in eine Reihe von Schlüssen, von denen keiner einen Widerspruch enthält. Der Zirkel besteht nur für die „general wages of all labourers", diesen ganz abstrakten Begriff, der auch mehr zweckmäßig als besonders sinnvoll ist. Man darf doch nicht vergessen, daß der allgemeine Lohnsatz sich nur aus der Summierung und Ausgleichung aller einzelnen verschiedenen Lohnsätze ergibt und weder ein tatsächliches noch logisches Prius ist. Dies eingesehen, ist es kein Widerspruch, daß die Arbeiter (als Konsumenten) mit ihren Löhnen für die Löhne anderer Arbeiter (als Produzenten) aufkommen.

Die Radikalen

Mill teilt einmal alle Geschichte in organische und kritische Perioden. „Während der organischen Perioden nimmt die Menschheit mit fester Überzeugung irgend ein positives Glaubensbekenntnis auf, welches das Richteramt ausspricht über alle ihre Handlungen und mehr oder weniger Wahrheit mit Anpassung an die Bedürfnisse der Menschheit enthält. Unter solchem Einfluß macht sie all den Fortschritt, der sich mit dem Glaubensbekenntnis verträgt, wächst aber schließlich doch über denselben hinaus, und nun kommt eine Periode der Kritik und Verneinung, in welcher die Menschheit ihre alten Überzeugungen verliert, ohne neue von allgemeinem oder zwingendem Charakter zu gewinnen, die eine ausgenommen, daß die alten falsch sind.“ Fassen wir unter diesem Gesichtspunkt alle Geistesgeschichte, also auch die der wissenschaftlichen Nationalökonomie und wenden wir ihn speziell auf die uns vorliegende Theorie an, so stehen wir jetzt an dem Punkt, wo die „organische“ in die „kritische“ übergeht, mit anderen Worten, wo der dogmatische Schulglauben an den Lohnfonds verlassen wird, ohne daß man sofort eine gleicherweise allgemein anerkannte Lehre an die Stelle zu setzen vermochte. Natürlich vollzieht sich dieser Übergang nicht unvermittelt und ohne tieferen Grund. Wie Mill sagt: man wächst über die alte Lehre hinaus, dadurch, daß man zum Schauen gezwungen wird von der Wirklichkeit. Die realen Geschehnisse drängten das Denken auf andere Bahnen; die englische Arbeiterbewegung und insbesondere der Streit um die Gewerkvereine mit der großen Kommission von 1867 gaben das Material, auf Grund dessen man umdenken lernte. Bisher hatte man sich immer bemüht, die

neuen Tatsachen mehr oder weniger gewaltsam in die alten anerkannten theoretischen Formeln zu pressen, von denen kein Mensch mehr wußte, auf welchen Voraussetzungen sie beruhten. Jetzt endlich war es nötig geworden, die bisher als selbstverständlich benützten Voraussetzungen auf ihre Richtigkeit hin zu prüfen, wobei es sich herausstellte, daß sie vielfach in sich selbst widerspruchsvoll oder auch sorgsam verdeckte Interessen und Wünsche waren, und daß man durch die Reinigungsarbeit von unten hinauf statt von oben zurück zu anderen Folgerungen gelangen müsse. So wurde denn die Lohnfondstheorie nicht bloß in der Wissenschaft, sondern auch in der Tagespresse das meist erörterte Problem für England in der Zeit von 1866—1872, und ganz verschwand es bis heute nicht von der Tagesordnung. Wissenschaft und Publikum bemächtigten sich des Themas vom Lohnfonds. Zunächst freilich blieb man in der Kritik stecken. Man zeigte nur, daß die alten Formeln unrichtig seien, ohne sofort sagen zu können, was das Bessere sei; wie Thornton es ausdrückt: niederzureißen ist viel leichter als aufzubauen, auf das Unzutreffende einer Theorie hinweisen viel weniger schwer, als eine bessere an deren Stelle zu setzen. Indem man sich jedoch über seine Irrtümer klar wird, bereitet man am besten den Boden für eine richtige Ansicht, und obgleich, wer frei von Vorurteilen ist, sich noch nicht im Besitz der Wahrheit befindet, so ist ihm doch schon der Weg zu ihr gebahnt.

Hatten die ersten Kritiker der Lohnfondstheoretik, wie Jones und Senior, damit abgeschlossen, daß sie als das Resultat ihrer Kritik die alte Theorie ungeschwächt wieder aufnahmen, so war jetzt der Bruch mit der Formel vollständig, aber nichts anderes oder nichts Besseres trat an deren Stelle.

Von dem ersten bedeutenden Kritiker der Lonfondstheorie, Longe, dessen Schrift A Refutation of the wagefund theory of modern political economy as enunciated by Mr. Mill and Mr. Fawcett 1866 gilt dies am wenigsten. Er begnügt sich nicht mit der bloßen Widerlegung, aber er hatte weniger Erfolg als der geistreichere Zeitgenosse Thornton mit seinem Buch On Labour (1868), an dessen Name sich das aufsehenerregende Ereignis knüpft, von dem wir alsbald zu sprechen haben werden. Longe macht der Lohnfondslehre, wie sie typisch von Mill und Fawcett

vertreten wird, vor allem zum Vorwurf, daß sie die Anwendung liberaler Prinzipien von einem Felde sozialer Betätigung ausschließt, auf dem im Interesse der Gesellschaft der größtmögliche Einfluß solcher Prinzipien zu wünschen sei. Im einzelnen sind es hauptsächlich vier Sätze, gegen die sich Longes Angriffe richten; es ist falsch: 1. daß in jedem Lande zu irgend einer gegebenen Zeit ein bestimmter, vom Gesamtvermögen (wealth) eines Landes gesonderter Fonds, der sogenannte Lohnfonds existiere, als der Teil des Vermögens, der zum Kauf von Arbeit bestimmt ist; 2. daß die Arbeiterbevölkerung eines Landes eine Masse von Arbeitern bilde, unter die ein solcher Fonds durch Konkurrenz verteilt werden könne; 3. daß die Löhne aller Arbeiter eines Landes sowohl der „unproduktiven als auch der produktiven" begrenzt seien durch die Gesamtgröße des Lohnfonds, und die Löhne der sogenannten produktiven Arbeiter durch die Größe des Teiles davon, der Kapital ist; 4. daß dieses Lohngesetz nur eine Anwendung des Prinzips von Angebot und Nachfrage sei, indem das Kapital eines Landes die Nachfrage nach Arbeit und die Arbeiterbevölkerung das Angebot repräsentiere, und daß die freie Konkurrenz der Verkäufer und Käufer von Arbeit a l l e n Arbeitern Beschäftigung zum höchstmöglichen Lohn sichern würde. Beginnen wir mit dem letzten Punkte: die Prüfung der beiden Grundbegriffe Angebot und Nachfrage zieht sich von da ab durch alle folgenden Untersuchungen. Der Hauptirrtum Mills besteht nach Longes Meinung nicht darin oder in erster Linie darin, daß er die Nachfrage nach Arbeit und Gütern als eine feste Summe behandelt, sondern daß er glaubt, diese Summe müsse bei der Nachfrage nach Arbeit ganz und gar für den Kauf von Arbeit ausgegeben werden, ohne Rücksicht darauf zu nehmen, daß es möglich sei, einen Teil des Angebots zu einem billigeren als der Größe des Lohnfonds entsprechenden Preis zu kaufen. Also so etwa, wie wenn jene glücklichen Käufer, denen es gelungen ist, ihre Güter zu billig zu kaufen, ihr so erspartes Geld den anderen Konsumenten gäben, die ihrerseits den Rest des Angebots mit den ganzen so vergrößerten Kauffonds bezahlen würden, während doch in Wirklichkeit der Preis dieses Restes von zum Kaufe angebotenen Gütern nur abhängt von der Nachfrage nach diesem Reste, nicht aber von den vorausgesetzten

Fonds, die den Käufern zur Verfügung stehen. Demnach war Mill im Irrtum, 1. daß er die Nachfrage als einen Fonds betrachtete, der allein und ganz zum Kauf von Arbeit verwendet werden müßte; er irrte aber auch 2. darin, daß er annahm, jede Veränderung im Angebote einer Ware müsse eine genau proportionale Änderung im Preise hervorbringen, was nur möglich wäre, wenn die Nachfrage oder das Geldmaß derselben eine genau bestimmte Summe bildete, die ganz auf den Kauf des betreffenden Gutes verwendet werden müßte, welche Änderung auch immer in der Größe des Angebots stattgefunden hätte. 3. Ist Mills eigene Ansicht von Angebot und Nachfrage unvereinbar mit der Lehre, derzufolge die Nachfrage ein Fonds und unabhängig von den Veränderungen des Angebots sei. Mill lehrt nämlich, ein Verhältnis zwischen Nachfrage und Angebot ist nur verständlich, wenn man unter Nachfrage die begehrte Menge und unter Angebot die angebotene Menge versteht. Die Nachfrage nach einem Gut ist nicht die Menge Geldes, mit der es bezahlt wird, sondern die Menge des vom Käufer begehrten Gutes selbst. Mit diesem Satz ist jener andere: der Preis der Arbeit hängt von Angebot und Nachfrage oder von Bevölkerung und Kapital ab, schlechthin unvereinbar. Noch radikaler ist in diesem Punkte Thornton. Er nennt die hergebrachte Lehre von Angebot und Nachfrage einen unheilvollen Irrtum, und der Fluch aller solchen Irrtümer sei es, ihr Geschlecht fortzeugend zu vermehren. „Der Preis der Arbeit," sagt Thornton, „wird gebildet durch dieselben Bestimmungsgründe, wie der Preis jeder anderen Ware. Sicherlich wird er aber nicht gebildet durch Angebot und Nachfrage, die noch nie einen Preis gebildet haben." Das seien zwei völlig nichtssagende Begriffe, weil sie selbst schon einen bestimmten Preis einschließen. Die Eigentümlichkeit der Ware Arbeit bringt es mit sich, daß bei fehlender Organisation der Arbeiter der Preis der Arbeit gebildet wird, nicht wie bei andern Waren durch die freie Konkurrenz der Parteien, sondern durch die Koalition der Arbeitgeber. Weiter glaubt er zeigen zu können, daß der Preis überhaupt unmöglich einem Gesetz unterworfen sein kann, weil hier fast alles an den Urteilen und Neigungen des einzelnen und am Herkommen hängt. Er gelangt so zu unbestimmten und unbefriedigenden Schlüssen, die aber seiner Meinung nach nicht weniger wertvoll sind. Denn

„es ist kein kleiner Gewinn, entdeckt zu haben, daß man über den Gegenstand, den sie behandeln, außerdem, was sie lehren, wenig wissen kann.“ So viel steht also fest, daß Angebot und Nachfrage keinen Preis bestimmen, denn man sieht, daß der Preis überall, wo die Konkurrenz sich frei entfalten darf, außerordentlich schwanken kann, ohne die geringste gleichzeitige Änderung im Verhältnis von Angebot und Nachfrage, und ebenso, daß nicht die kleinste Preissteigerung eintreten kann, ohne eine vorherige und entsprechende Änderung in der Konkurrenz. Wie ist es nun tatsächlich mit dem Lohnfonds, kann man diesem Wort einen bestimmten Sinn unterlegen? Longe meint darüber: angenommen, es existierte ein Lohnfonds, durch dessen Größe die Löhne der Arbeiter eindeutig bestimmt sind, so würde er offenbar den äußersten Betrag darstellen, den zu einer gegebenen Zeit die gesamte Masse der Arbeiter für ihre Arbeit erhalten könnte, der Lohnfonds wäre so das Geldmaß der Nachfrage nach Arbeit in dem Lande zu dieser bestimmten Zeit. Aber auch so betrachtet wäre das Prinzip falsch. Denn dieses Maß der Nachfrage würde nur die äußerste Grenze des Lohnes darstellen, den der Arbeiter möglicherweise erhalten könnte, er wäre jedoch nicht eine bestimmte Größe, die unter die Arbeiter vermöge der Konkurrenz der Käufer und Verkäufer verteilt werden müßte oder wirklich verteilt würde. Er wäre also die Obergrenze, zu welcher sich die Löhne noch erheben und die von den Unternehmern geleistet werden könnte. Wie viel die Arbeiter tatsächlich erhalten, wird dadurch ganz und gar nicht angegeben. D. h. also: gäbe es auch einen Lohnfonds, so stünde seine Größe in keinem realen und notwendigen Verhältnis zur Größe der tatsächlich bezahlten Löhne oder er verhielte sich zu diesen wie Möglichkeit zur Wirklichkeit. Thornton ist von vornherein wieder viel radikaler, er leugnet ohne weiteres die Existenz irgend eines nationalen oder individualen Lohnfonds. Gäbe es so etwas wie einen nationalen Fonds, der ganz und gar auf Arbeitslohn verwendet werden müsste, so könnte er nur ein Aggregat von kleinen Fonds derselben Gattung sein, die sich im Besitze der einzelnen Individuen oder besser der Wirtschaftseinheiten der Nation befinden. Hat aber wirklich irgend ein Individuum einen solchen Fonds? Und er schließt etwas vorschnell: da kein einzelner Unternehmer einen solchen Fonds, einen

Spezialbetrag, den er für Arbeit ausgeben müßte, besitzt, so kann es auch nichts Derartiges wie einen nationalen Lohnfonds geben. „Natürlich vermag jeder solide Unternehmer eine gewisse Summe auf Bezahlung seiner Arbeiter zu verwenden, und es gibt auch für diese Summe eine bestimmte Grenze, die unmöglich überschritten werden kann. Muß aber dieser Betrag notwendig für den Ankauf der Arbeit ausgegeben werden? Sagt je ein Pächter oder Lieferant zu sich selbst: ich vermag so viel für Arbeit zu zahlen, also will ich meinen Arbeitern auch so viel geben. Sagt er nicht vielmehr: so viel Arbeit brauche ich, so viel kann ich höchstens dafür zahlen, aber nun will ich sehen, wie viel billiger ich die Arbeit bekommen kann?“ Man darf also aus der Tatsache, daß es eine Grenze oder eine größte Summe gibt, über die hinaus der Lohn nicht wachsen kann, nicht schließen, daß die wirklichen Löhne je dieser Summe gleich seien. Das ist derselbe Fehler, den auf anderem Gebiete die Currencytheoretiker begehen, welche die jeweils im Umlauf befindliche Menge von Gold- und Silberstücken identifizieren mit dem in einem Lande befindlichen Vorrat edlen Metalls. So halten die Lohnfondstheoretiker die auf Lohnzahlung in einem bestimmten Momente verausgabte Summe für identisch mit dem Vermögen eines Landes, das nur möglicherweise zur Lohnzahlung verwendbar gemacht werden könnte. Doch selbst in der einzig vernünftigen Bedeutung, die man dem Worte Lohnfonds unterlegen kann, als der Maximalgrenze des Lohnes, ist es wissenschaftlich gänzlich unbrauchbar; denn eine Vermehrung des Lohnfonds wird nicht notwendig eine Lohnerhöhung zur Folge haben; d. h. auch wenn sich die Fähigkeit der Arbeitgeber, mehr zu zahlen, vergrößert, wird keineswegs von selbst eine Lohnerhöhung eintreten. Denn wenn z. B. der Lohnfonds wächst und die Bevölkerung, wie dies gewöhnlich geschieht, noch rascher, so wird keine Lohnerhöhung erfolgen. Aber auch bei gleichbleibender Bevölkerungszahl müssen die Arbeiter die Lohnerhöhung erst fordern, um sie zu erhalten, denn die Arbeitsherren finden keinen hinreichenden Grund zur Lohnerhöhung darin, daß sie vermögend genug geworden sind, dieselbe bestreiten zu können.

Doch kehren wir zu Longe zurück. Seine erste These lautete: Das Kapital eines Landes ist nicht ein bestimmter Fonds, ver-

schieden vom Gesamtvermögen dieses Landes, noch ist ein Teil dieses Vermögens vorher bestimmt zum Kauf der Arbeit, noch sind die Löhne der produktiven Arbeiter eines Landes begrenzt und bestimmt durch gewisse Kapitalfonds. Dieser Angriff richtet sich gegen Mill und einige besonders auffallende Sätze desselben. Mill gibt nirgends näher an, wie und auf welche Weise und warum ein bestimmter Teil des Gesamtvermögens eines Landes dem ausschließlichen Zwecke, Arbeit zu kaufen, gewidmet ist, er begnügt sich damit, diese Fonds als Kapital zu bezeichnen. Die Ansicht, daß es Fonds gibt, die noch vor ihrer wirklichen Verwendung zur Zahlung von Löhnen bestimmt sind, ist die Grundlage seiner Theorie von der Erzeugung und Vermehrung des Reichtums. Er lehrt auch, daß das auf die Produktion von Gütern verwendete Vermögen vom Gesamtvermögen getrennt wurde, noch bevor es wirklich zur Produktion verwendet ward und so seine Bestimmung, „Kapital" zu sein, erhielt, ja Mill geht so weit, zu behaupten, daß alles Vermögen, in welcher Form immer, einmal zur Produktion bestimmt, sicher einen Weg finden wird, um sich in Dinge umzugestalten, die zu solcher Anwendung geeignet sind. Gegen diese extrem subjektivistische Anwendung des Kapitalbegriffes, die, wie wir früher sahen, Mills Anschauungen vom Werte der produktiven Konsumtion entsprangen, wendet sich Longe. Welches ist nun wieder der wahre Grund, der bestimmt, wie viel vom Gesamtvermögen Kapital sein soll und in welcher Richtung dieses gebraucht wird? Longe antwortet: Sowohl Kapital als Arbeit sind Diener der Konsumenten. Konsumtion ist wohl nicht Produktion, aber die Existenz oder die voraussichtliche Existenz eines Käufers ist eine Bedingung, die der Widmung von Vermögen als Kapital vorausgeht, und die Menge der begehrten Produkte aus Arbeit und Kapital und die Menge Geldes oder Vermögens, für welche diese Produkte ausgetauscht werden, mit anderen Worten die Nachfrage der Käufer und ihre Kauffähigkeit regulieren die Menge von Vermögen, die von Zeit zu Zeit zur Produktion verwendet wird. „Was auch immer die Größe des Vermögens sein mag, die anwendbar oder bestimmt oder beiseite gesetzt ist für diesen Zweck, wie viele Arbeiter auch Beschäftigung suchen, wie viele Rohmaterialien zur Verfügung stehen mögen: das Mittel, durch welches die Nach-

frage die Produktion kontrolliert, ist der Verstand des Unternehmers. Die Schätzung der Nachfrage durch den Unternehmer bestimmt die Menge Vermögen oder Kapital, die von Zeit zu Zeit zur Produktion verwendet wird.“ Mit diesen Sätzen tut Longe einen bedeutenden Schritt vorwärts im Verständnis des Lohnproblems. Von Smith und seinen Nachfolgern angedeutet und oberflächlich gestreift, werden sie jetzt zum Mittelpunkt einer neuen Lohnlehre, mit der man den Erscheinungen der Wirklichkeit besser beikommen kann als mit der alten Formel von Angebot und Nachfrage. Daraus ergeben sich nun wieder einige wichtige Schlüsse für Longe: wenn Mill sagt, Nachfrage nach Gütern ist nicht Nachfrage nach Arbeit, so ist dem entgegenzuhalten, daß jede Nachfrage, die nur durch Arbeit befriedigt werden kann, auch wirklich Nachfrage nach Arbeit ist, die Nachfrage nach Waren bestimmt sicherlich nicht direkt die Menge Arbeit und die Zahl der Arbeiter eines Landes, noch bestimmt sie die Menge Korn oder andere Unterhaltsmittel der Arbeiter, aber sie bestimmt die Menge der w i r k l i c h beschäftigten Arbeiter und wie viel für Löhne der Arbeit tatsächlich ausgegeben wird. So ist s i e es, die erst den Lohnfonds bestimmt. Es ist e i n gemeinsamer Vermögensstock, aus dem die Löhne der Arbeiter und das Kaufgeld für alle anderen Güter fließen; erst der wirkliche Gebrauch macht einen Unterschied zwischen Kapital und konsumtiver Ausgabe des Vermögens. Das ist bei der Einzelwirtschaft so wie bei der Volkswirtschaft. Der Irrtum aber, daß die Löhne der produktiven Arbeiter begrenzt seien durch die Größe des Vermögens oder der Fonds, die als Kapital verwendet werden, beruht auf der Verwechslung folgender zweier verschiedener Fonds: 1. das Vermögen oder Kapital, welches zur Erhaltung der Arbeiter dient, während sie mit der Produktion von neuen Gütern oder neuem Vermögen beschäftigt sind; dieses Vermögen oder Kapital mag entweder von ihren eigenen Hilfsmitteln kommen oder von denen der Unternehmer oder von Banken oder sonst woher entlehnt sein; 2. der Betrag des Vermögens, der zum Kauf ihres Werkes dient; der mag bestehen aus Fonds der Konsumenten oder aus Fonds, die dem Unternehmer gehören, oder er mag auch genommen sein aus den Gütern selbst, die sie produzieren oder deren Geldwert. Nur dieser letztere Fonds bildet die wirkliche Grenze für

ihren Lohn, nicht aber der Fonds in der ersten Bedeutung. Der Betrag an Geld oder sonstigen Gütern, den ein Pächter seinen Arbeitern zu ihrer Erhaltung vorschießen kann, ist sicherlich begrenzt durch den Betrag, den er zu seiner Verfügung hat, oder den er sich irgendwoher beschaffen kann; aber was er seinen Arbeitern als Lohn zahlen kann, hat seine Grenze nur in der Geldmenge, die er durch den Verkauf seines Getreides und seiner Produkte erhält. Man kann darum auch nicht sagen, meint Longe, die Arbeiter würden während der Produktionsperiode von des Unternehmers Kapital ausgehalten, sondern die Fonds, aus welchen der Arbeiter und seine Familie erhalten werden von Woche zu Woche, sind sein eigenes Kapital, gleichviel ob diese Fonds nun aus vorher erhaltenen Löhnen bestehen oder aus einer Erbschaft von einem Vorfahren.

Der letzte Satz, der zu beweisen ist, lautet: angenommen, der Gesamtlohnfonds eines Landes existierte und die Löhne aller Arbeiter oder einzelner Klassen wären durch ihn begrenzt und bestimmt, so könnte unmöglich dieser Lohnfonds durch die Konkurrenz unter alle Arbeiter, die Beschäftigung suchen, verteilt werden. 1. Die Zahl der Arbeiter, die in irgend einem Gewerbe angestellt sein können, ist begrenzt durch die Menge Arbeit, die verlangt wird. Die Konkurrenz der Arbeiter mag noch so groß, der Preis der Arbeit noch so gering sein, es werden nicht mehr Arbeiter eingestellt, als nötig sind, um eine bestimmte Menge Arbeit zu leisten. 2. Die verschiedenen Arbeiter eines Landes können gar nicht miteinander in freie Konkurrenz treten. Schuhmacher können nicht mit Schneidern konkurrieren, und das Geld, welches ein Schuhfabrikant erspart, wenn er die Löhne seiner Arbeiter reduziert, kann nicht in die Hände der Schneider gelangen, wobei Longe übersieht, daß mit verändertem Einkommen sich die Bedürfnisse und damit auch die Art der Produktion und die weitere Verteilung des Volkseinkommens ändert. Aber damit hat er recht, wie früher schon Hermann gezeigt hat, daß es nicht viel Sinn hat, wenn man von den Arbeitern als einer Masse redet, die untereinander jeder mit jedem konkurrieren könnten, und der Generallohn (soweit man nur den Geldlohn in Betracht zieht) abhänge vom Verhältnis zwischen ihrer Zahl und dem Gesamtlohnfonds. 3. Nicht die Konkurrenz hat die Funktion der Verteilung des

Kapitals in einem Lande, sondern die Bedürfnisse und die Nachfrage der Konsumenten verteilen das Kapital. Da nun die Verteilung von Vermögen, die durch Ankauf von Produkten vor sich geht, so viel bedeutet wie Verteilung oder Zuteilung von Kauffähigkeit an die Arbeiterbevölkerung, so werden die Arbeiter selbst Konsumenten, deren Bedürfnisse und Nachfrage die Arten der Produktion, sowie die Menge der Arbeit und des Kapitals, die zur Befriedigung ihrer Nachfrage beschäftigt werden, regelt. Die Arbeiter werden also angestellt und beschäftigt, nicht weil sie existieren oder Beschäftigung bedürfen, sondern weil sie von den Konsumenten bedurft werden, die entweder selbst wieder Arbeiter oder andere Leute sind, weil ohne Arbeit die vermehrte Bevölkerung überhaupt nicht lange existieren könnte. 4. Man muß auch das Wort Angebot von Arbeit etwas genauer nehmen, als es in der Lohnfondstheorie geschieht. Diese begeht den Irrtum, Arbeit mit Bevölkerung zu verwechseln. Ein Angebot von Arbeit oder Arbeitskraft ist etwas anderes als ein Angebot von Arbeitern oder von Leuten, die Arbeit brauchen. Ein Wachsen der Arbeiterklasse bedeutet immer ein entsprechendes Wachsen an Arbeitsfähigkeit eines Landes. Ein Angebot von Arbeit ist also ein Angebot von potenziellen Arbeitsprodukten, und jedermann weiß, daß die Menge Arbeit, die man von Arbeitern erhalten kann, durch ihre Zahl nicht mehr bestimmt ist als die Menge von Äpfeln, die man aus einem Obstgarten erhalten kann, bestimmt ist durch die Zahl der Äpfelbäume in ihm. Aber selbst angenommen, daß eine vermehrte Arbeiterzahl ein vermehrtes Arbeitsangebot (in dem letzteren Sinn) bedeute, so ist nicht einzusehen, wie das Kapital eines Landes unter irgend eine beliebig vermehrte Zahl von Arbeitern verteilt werden sollte. Wenn es so etwas gäbe, wie einen allgemeinen oder Durchschnittsarbeiter, wie die Lohnfondstheorie annimmt, und jedermann, der Arbeit sucht, sich jeder Art von Arbeit zuwenden könnte, dann wäre es leicht. Da aber das Arbeitsangebot beschränkt ist, nicht jeder jedes Gewerbe treiben kann, so muß, wenn man an der Lohnfondstheorie festhält, eine von den beiden Absurditäten eintreten: es muß entweder mehr Arbeit geliefert werden, als die Unternehmer brauchen können, oder man muß annehmen, daß jede vermehrte Zahl von Arbeitern angestellt werden könne

unter der Bedingung, daß sie nicht mehr Arbeit liefern als früher.

Sehen wir zu den Konsequenzen, die sich für Longe aus dieser Lohnlehre ergeben, so ist besonders interessant, was er entgegen der allgemeinen Meinung über die Steigerung der Löhne durch Einschränkung der Heiraten und Vermehrung der Bevölkerung überhaupt sagt. Er meint, alle derartigen Ratschläge an die Arbeiter seien verfehlt und absurd. Denn wenn der Arbeitsmarkt überfüllt ist, so sind meistenteils nicht die Arbeiter schuld, sondern die Unternehmer, die aus eigennützigen Motiven zu viel Kinder und Lehrlinge einstellen und so für die einzelnen Gewerbe die Bedingungen künstlich verschlechtern. Aber selbst zugestanden, daß die Unvorsichtigkeit der Arbeiter alle die ihr zugeschriebenen Wirkungen hätte, so wären Vorschriften gegen frühe und unvorsichtige Heirat nur geeignet, eine gut situierte Arbeiterklasse vor der Verschlechterung ihrer Lage zu bewahren, nie aber ein Mittel, eine niedrigstehende Klasse, die infolge ihrer Armut unfähig ist, irgendwelchen Wert auf Annehmlichkeiten und Genuß zu legen, in die Höhe zu bringen. Die Lebenshaltung der Arbeiter ist gerade ein sehr wichtiger Faktor der Lohnbestimmung, so z. B. kann eine Verminderung in der Nachfrage nach einer besonderen Art von Arbeit die Löhne nicht tiefer sinken lassen, als die notwendigen Erfordernisse der Arbeiter, deren Arbeit noch gebraucht wird, zulassen. Denn es besteht ein strenger Zusammenhang zwischen Existenz, Fähigkeiten und Bereitwilligkeit der Arbeiter und den Löhnen, die man ihnen zahlt. „Geringer Lohn ist nicht billige Arbeit, und der Unternehmer hat auf die Dauer ein Interesse, die Löhne nicht unter ein Minimum sinken zu lassen, zu welchem irgend eine Arbeiterklasse fähig und bereit sein würde, ebensogute Arbeit zu verrichten, wie bei höherem Lohne.“ So hat die Trennung von Kapital und Arbeit ihr Gutes; sie gewährt dem Arbeiter einen Schutz, wenn einmal die Konjunktur schlecht ist, den der unabhängige Arbeiter nicht hat, denn nur die dauernden Interessen des Kapitals können die zerstörenden Wirkungen der Konkurrenz aufhalten.

Nachdem Longe eine Reihe von absurden Vorschlägen und Konsequenzen, die sich aus der Lohnfondstheorie für die Praxis ergeben, besprochen hat, führt er zum Schlusse aus,

welche praktischen Lehren für Arbeiter und Unternehmer aus einer richtigen Lohntheorie sich ergeben. Wir heben nur einiges und zwar nicht das Beste hervor, aber gerade dasjenige, worin Longe der richtigen Einsicht ermangelte und seine nächsten Nachfolger ebenfalls stecken blieben, bis von anderer Seite her auch hierin richtigere Meinungen sich Bahn brachen. Eine richtige Theorie müßte die Arbeiter lehren, daß sowohl sie als auch die andere nichtarbeitende Bevölkerung das größte Interesse daran hätten, wenn die mit der Herstellung von Lebenserfordernissen beschäftigte Arbeit billig sei oder niedrig gelohnt würde, weil ja doch der wirkliche Wert ihrer Löhne abhinge von der Menge von Lebensmitteln und Bequemlichkeiten, die sie für ihre Geldlöhne erkaufen könnten. Darum sei der beste Stand der Dinge, wenn die niedrigste Klasse von Arbeitern, die ländliche, einen Lohn erhielte der ausreicht, sie bequem leben zu lassen, während die Löhne der übrigen Arbeiterklassen sich stufenmäßig nach der Art der Arbeit vergrößerten. Ferner müßten die Arbeiter wissen, daß nicht alle Lohnsteigerungen, die sie möglicherweise durchsetzen könnten, zu rechtfertigen seien. Wenn es z. B. einer Arbeiterklasse gelänge, den Preis eines allgemeinen Gebrauchsgutes emporzutreiben dadurch, daß sie die Unternehmer zwingen, ihnen unverhältnismäßig hohe Löhne zu zahlen, so erhalten sie damit einen doppelten Vorteil über alle übrigen Arbeiter: denn einerseits vergrößert sich ihre Kauffähigkeit über das berechtigte Maß, anderseits verteuern sie den anderen Arbeitern die nötigen Lebensmittel. Daraus ergeben sich auch die Ziele, die gerechterweise die Gewerkvereine zu verfolgen haben. Die müßten immer das Interesse der gesamten Arbeiterschaft, einerseits als Konsumenten, anderseits als Produzenten betrachtet, im Auge haben und nicht Lohnsteigerung, sondern Ausgleichung des Preises der Arbeit als Endziel setzen, d. h. jeder Klasse ausreichenden Lohn sichern, soweit es die Änderungen in der Nachfrage erlauben und die unbeschränkte Konkurrenz seitens der Arbeiter und seitens der Unternehmer einschränken. Denn so wie es wahr sei, daß die Konkurrenz das Leben des Gewerbes sei, so wahr sei es auch, daß unbeschränkte Konkurrenz seinen Tod bedeute. Langer Streik ist für die Arbeiter schädlich, denn er verringert den wahren Lohnfonds, auf den sie Anspruch haben, d. h. er veranlaßt die Kon-

sumenten, auf fremde Märkte zu gehen. Den Unternehmern anderseits müßte eine richtige Lohntheorie zeigen, daß sie für die Lage ihrer Arbeiter verantwortlich seien, daß Verbindungen der Arbeiter dem Kapital selbst zu gute kommen, daß es ferner ihr dauerndes Interesse sei, den Lohn der Arbeiter nicht zu niedrig zu halten, der Arbeiter höre auf, ein guter und fähiger Arbeiter zu sein, lange bevor er aufhört, zu heiraten und Kinder in die Welt zu setzen. Da für gewöhnlich das Verhältnis von Arbeit zu Kapital so steht, daß die Konkurrenz auf seiten der Arbeiter ist, so hat eine noch so starke Lohnherabsetzung keineswegs die Wirkung, daß das ganze Arbeitsangebot Beschäftigung findet, mit anderen Worten, es ist nicht wahr, daß durch die freie Konkurrenz bei der regelmäßigen und normalen Lage der Dinge der ganze Lohnfonds eines Gewerbes unter alle Arbeiter, die möglicherweise zu einer gegebenen Zeit darin Beschäftigung finden könnten, verteilt werden würde. Nur durch ein Steigen der Löhne, nicht aber durch eine Herabsetzung derselben kann das ganze Arbeitsangebot zu einer gegebenen Zeit erschöpft und ausgenützt werden. Eine Theorie, die lehrt, der Preis der Arbeit hänge ab von Angebot und Nachfrage oder von Angebot und dem zum Kauf von Arbeit bestimmten Kapital, teilt den Arbeitern die Funktion zu, dieses Kapital unter sich zu teilen unabhängig vom Willen der Unternehmer, und so erfüllt sie die Arbeiter mit einer falschen Meinung von ihrer Unabhängigkeit und die Unternehmer mit einer falschen Meinung ihrer Unentbehrlichkeit und erzeugt harte soziale, schlechte moralische und verderbliche politische Prinzipien (vgl. dagegen Hermann). Wenn die politische Ökonomie die Frage beantworten soll, welches der angemessene und richtige Lohn sei, so müsse sie sagen: derjenige Lohn ist der beste, welcher zu einer gegebenen Zeit den Arbeiter befähigt oder antreibt, den größtmöglichen Ertrag in der Art seiner Arbeit oder Produkte zurückzuerstatten, d. h. seine Arbeit möglichst produktiv zu machen. Es verhält sich mit dem besten Lohn gerade so wie mit dem Kapital, das in den Boden gesteckt wird. Es ist am richtigsten, gerade so viel Kapital zu verwenden, als am meisten Erträge erstattet. So ist die richtige Summe, die der Unternehmer seinen Arbeitern als Lohn gibt, diejenige, für welche der Arbeiter den größten Ersatz in seinem Werk oder Produkt erstattet. Und

diese Summe würde die „Bedürfnisse“ des Arbeiters repräsentieren. Aber ein Unterschied besteht: beim Landbau hängt die Größe und Bestimmung des Betrags allein ab vom Urteil des Pächters, bei der Arbeit aber hängt der richtige Lohn, den der Unternehmer zahlt, von der Konkurrenz der Arbeiter ab. Die besten Mittel zur Sicherung eines richtigen und guten Arbeitslohnes sind für die Arbeiter die Gewerkvereine und Verbindungen, und Longe schließt: „keine Theorie der politischen Ökonomie ist wahr, welche in solchen Mitteln und ihren Prinzipien nicht die wichtigste Ursache des Wachstums sowohl des Kapitals als auch der Bevölkerung erkennt; keine Theorie ist richtig, die die Handlungen der Unternehmer und Arbeiter unkontrolliert durch solche Mittel lassen will oder die Unternehmer unverantwortlich macht für die Zahlung von ungenügenden Löhnen an Arbeiter, die unfähig sind, sich selbst zu schützen.“

So zeigt Longe die Nichtigkeit der Lohnfondstheorie und die Wichtigkeit einer realen, auf die Tatsachen gehenden Betrachtung. Er hatte guten Grund, bei den Konsequenzen der Lohnfondstheorie und demgegenüber einer richtigen Lohntheorie länger zu verweilen. Sehen wir nur zu, welches Spiel mit jener Formel getrieben wurde. Thornton berichtet uns von einigen Beispielen solcher angewandten Lohntheorien. Da ist zunächst Harrison, der mittels der Lohnfondstheorie beweist, daß selbst ein erfolgloser Streik der Arbeiter einen nur aufgeschobenen Gewinn bedeutet. Hier haben wir das seltene Beispiel, daß die Lohnfondstheorie wieder einmal in arbeiterfreundlichem Sinn benutzt wird. Harrison stützt seine Behauptung darauf, daß der Lohnfonds oder die Summe, die ein Kapitalist für die Zahlung von (Geld-) Löhnen bestimmt hat, den Arbeitern früher oder später ganz oder doch bis auf ein geringes zu gute komme. Solange der Streik währt, müsse der Lohnfonds intakt bleiben, da seine Besitzer außer stand sind, ihn zu anderen Zwecken als auf Zahlung von Löhnen zu verwenden. Sobald der Streik vorüber ist, ist der Fonds wieder da, um an die Arbeiter verteilt zu werden, die an dem Streik teilnahmen. Durch den Streik erleiden also die Arbeiter keine Einbuße an ihrem Lohne, der Lohnfonds kommt ihnen doch zu gute, nur daß er ihnen gewissermaßen diskontiert wird und der Hauptunterschied liegt darin, daß sie ihn nicht „regel-

mäßig", sondern „ruckweise" erhalten. Gleich „scharfsinnig" beweist ein anderer Schriftsteller, Dr. Watts, das genaue Gegenteil davon, auch im Namen der Lohnfondstheorie. Er führt aus, daß die Arbeiter durch den Streik nicht nur an ihrem Lohne eine starke Einbuße erlitten, sondern daß ihnen noch dazu ein indirekter Schaden erwachse aus der Tatsache, daß das Kapital ihrer Herren während der Arbeitseinstellung keinen Zuwachs erhält. „Jede Vermehrung des künftigen Lohnfonds, so argumentiert er, geht aus dem Geschäftsgewinne des Arbeitgebers und den nutzbar angelegten Ersparnissen des Arbeiters hervor. Das Produktionsvermögen des Reichtums willkürlich hemmen heißt so viel, als die künftige Nachfrage nach Arbeitskräften und den künftigen Lohnsatz verringern; es ist um nichts besser, als ob die Werkstätten und Magazine der Unternehmer niedergebrannt und ins Meer geworfen worden wären." Alles das kann man aus der Lohnfondstheorie folgern. Sie ist wahrhaftig eine ideale Theorie von allumfassender Gültigkeit.

Die Frage nach der Möglichkeit der Lohnsteigerung tritt unter den praktischen Fragen, die theoretisch beantwortet werden müssen, an Wichtigkeit immer mehr hervor. So äußert sich auch Thornton ausführlich darüber; für uns ist nur das Theoretische und das mit der Lohnfondstheorie im Zusammenhang Stehende wichtig. Er polemisiert heftig gegen jene sophistischen Nationalökonomen, die die Phänomene der Volkswirtschaft unter die Gerichtsbarkeit von Naturgesetzen bringen wollen und damit die Wissenschaft diskreditieren. Sie beschwören die Arbeiter feierlich im Namen der Volkswirtschaft, von dem Versuche, ihre Löhne zu erhöhen, abzustehen, weil der Erfolg ihrer Schritte eine Abnahme des Geschäftsgewinns verursachen werde, durch welche die Löhne wieder herabgehen müßten. Sie legen es ihnen ans Herz, doch keine Verbesserung ihrer Lage zu betreiben, weil auf jede zeitweilige Verbesserung derselben ein Rückschlag folgen müsse, der sie in ihre frühere schlimme Lage zurückschleudere; doch ja nicht den Preis der Arbeitskraft zu erhöhen, weil das die Nachfrage verringern heiße und jede Verringerung der Nachfrage eine Verringerung des Arbeitspreises bedeute. Gegen solche Lehre, sagt Thornton, lehnt sich der robuste Verstand der Arbeiter instinktiv auf. Gleichwohl erklärt Thornton nicht jede Lohn-

erhöhung für wünschenswert, und es ist eine scharfe Kritik, die er übt. Es fragt sich bei Beurteilung jeder Lohnsteigerung, auf wessen Kosten sie geschehe. Denn, so wird vorausgesetzt, der Nutzen eines ist der Schaden des andern. Es kann keinem etwas gegeben werden, ohne daß dem andern ebensoviel genommen wird. Eine Lohnsteigerung kann immer stattfinden, entweder zahlen die Kosten die Kunden in den gesteigerten Warenpreisen oder die Unternehmer, oft aber auch zahlt die große Masse der Arbeiter einer kleinen Minderzahl. Wenn z. B. in einer Zeit der Handelsstockung in einem Gewerbe mit einem Monopol (lokales Monopol oder gegen das Ausland bevorzugtes Gewerbe) durch den Einfluß der Gewerkvereine eine Lohnerhöhung eingetreten ist, dann ist der gesamte Gewinn, welcher den Arbeitern durch den Zuschlag auf ihre Löhne erwächst, zwiefach verloren gegangen: einmal den Kunden, das andere Mal der Gesamtheit der Arbeiterklasse, in deren Tasche das, was die Konsumenten mehr bezahlt haben, geflossen wäre, wenn die siegreichen Unionisten diesen Betrag nicht unterwegs in die ihrigen abgelenkt hätten. Durch die Lohnerhöhung steigen nämlich die Warenpreise in dem monopolistischen Gewerbe, es verringert sich darum die Nachfrage nach Waren und somit auch nach Arbeitskräften in den anderen Gewerben, es werden also Arbeiter entlassen, und die bleibenden müssen um einen geringeren Lohn arbeiten wie früher. Der Vorteil also, den die wenigen durch die Lohnerhöhung bekommen, geht auf Kosten 1. der Kunden, 2. aller übrigen Arbeiter. Der Fehler dieser Argumentation liegt klar zu Tage und dennoch ist er Thornton entgangen[1]). Es ist richtig, daß in dem angenommenen Fall die Lohnerhöhung wahrscheinlich zuletzt die Kunden in den Preisen zu bezahlen haben, denn das Gewerbe hat eine Art Monopol. Es ist aber ganz irrig, zu behaupten, daß durch die Lohnerhöhung die Gesamtnachfrage nach Gütern geringer, und damit die Lage der ganzen Arbeitermasse schlechter wird. Denn die Löhne — Thornton hat immer Geldlöhne im Auge — werden zum Kauf von Gütern verwendet, und eine Lohnerhöhung bedeutet die vergrößerte Fähigkeit, sich in den Besitz von Gütern zu setzen. Es wird also um denselben Betrag, als die Nachfrage der früheren Konsumenten nachläßt, jetzt die Nachfrage der

[1]) Wie insbesondere Brentano gezeigt hat.

besser bezahlten Arbeiter eintreten. Freilich nicht nach denselben Gütern, wie die frühere Nachfrage, sondern zunächst nach notwendigen Lebensbedürfnissen und geringeren Luxuswaren. Es wird somit mehr Arbeit wie früher in diesen Gewerben Beschäftigung finden, was sich ändert, ist also die Art der Nachfrage und der Produktion, nicht die Größe derselben, und darum hat die Lohnerhöhung den wenigen Arbeitern, die sie erhalten haben, genützt, der übrigen Arbeiterbevölkerung aber nicht geschadet. Ja, es fragt sich, welche Art der Nachfrage volkswirtschaftlich besser ist? Wenn durch die Lohnerhöhung in dem monopolistischen Gewerbe den Konsumenten die unentbehrlichen Lebensmittel verteuert worden sind, so wird ihre Nachfrage nach Luxuswaren, die der einmaligen Konsumtion dienen, geringer werden. An die Stelle davon ist die Nachfrage einer breiten Masse nach unentbehrlichen Gütern getreten, die durch die einmalige Konsumtion nicht vernichtet sind, mit andern Worten: die Nachfrage ist produktiver geworden, und wir wissen von Mill her, wie sehr diese Nachfrage jeder andern vorzuziehen ist. Die Verringerung des Lohnfonds einzelner bedeutete eine Vergrößerung des nationalen Lohnfonds und somit des Nationalreichtums überhaupt. Man kann nun einwenden: durch die Lohnerhöhung und die daraus erfolgende Preissteigerung werden den Arbeitern selbst die Lebensmittel verteuert, ihr größerer Lohn wird jetzt für teurere Waren ausgegeben, und es hat sich nichts geändert. Da übersieht man aber, daß auch alle anderen Leute dieselben teuren Preise bezahlen müssen, daß also die Preissteigerung nicht auf den Arbeitern allein sitzen bleibt. Durch die Lohnerhöhung wurde das Einkommen aller übrigen Konsumenten verringert, das Nationaleinkommen bleibt der Voraussetzung gemäß dasselbe, also muß es das Arbeitereinkommen sein, das sich vergrößert hat. Aber Thornton geht weiter; er weist alle Fälle nach, in denen „gerechterweise“ eine Lohnerhöhung möglich ist, meint aber zum Schluß: selbst dann aber, wenn in einem Lande der Handel in steigender Entwicklung begriffen ist, vermag der Gewerkverein unmöglich in irgend einem besonderen Gewerbe den Lohn zu erhöhen, ohne daß er die Nachfrage nach den Erzeugnissen anderer Gewerbe um den Aufschwung bringt, den diese sonst genommen haben würden, oder ohne daß er in

gleichem Maße die Nachfrage nach Arbeitskräften in jenen anderen Gewerben benachteiligt. Früher, in dem ersten Beispiele, wo bei feststehendem Nationalreichtum eine Lohnerhöhung durchgesetzt wurde, hatte Thornton gleich die einschränkende Bemerkung gemacht: daß die Umstände, unter denen sich das Vereinswesen von dieser ungünstigen Seite zeigt, zu den seltensten Vorkommnissen gehöre, jetzt erweitert er den angeblichen Fehler zu einer allgemeinen Regel, denn der letzte Satz heißt doch nichts anderes, als daß in allen Fällen, wo eine Lohnerhöhung auf Kosten der Konsumenten stattfinde, diese Lohnerhöhung doch nur einem Teile der Arbeiter zu gute komme, während alle übrigen Arbeiter mit zu den Kosten beitrügen. Damit wäre also der Vorteil jeder Lohnerhöhung wieder illusorisch gemacht. Worauf beruht nun die, wie gezeigt wurde, fehlerhafte Argumentation Thorntons? Er nimmt an, daß die Konsumenten einen fest bestimmten Betrag ihres Einkommens auf den Kauf von Waren und Produkten aller Art bestimmt hätten. Er sagt darüber: „In einer Zeit, wo der Nationalreichtum sich nicht vermehrt, ist die Summe Geldes, welche das Publikum auf den Einkauf von Waren und Produkten aller Art zu verwenden hat, ein fester und bestimmter Betrag, so daß, je mehr für eine Art von Erzeugnissen gezahlt werden muß, desto weniger für alle andern Arten übrig bleibt. Je mehr z. B. die Kunden den Baumeistern zu zahlen haben, desto weniger bliebe ihnen für alle übrigen Unternehmungen. In demselben Maße, wie sie die ersteren in stand setzen, höhere Löhne zu zahlen, setzen sie die Arbeitsherren, denen sie weniger zu tun geben, außer stand, auch nur die Löhne zu zahlen, die sie zu zahlen gewohnt waren. Gerade so viel, wie die Bauarbeiter gewannen, mußten alle anderen Arbeiter verlieren. Dem Guten, das den ersteren erwiesen wurde, entsprach ein doppeltes Übel, das erstlich die Masse der Konsumenten und zweitens die Masse der Arbeiterbevölkerung traf.“ Wir hören verwundert die neue Botschaft, in der Tat bedeutet diese Lehre nichts anderes, als eine neue Lohnfondstheorie. Thornton hat die alte Lehre vom Lohnfonds vertrieben, um eine neue, nicht minder fehlerhafte an deren Stelle zu setzen. Wenn durch eine Lohnerhöhung in einem einzelnen Gewerbe das Einkommen der Konsumenten (der eigentliche Lohnfonds) verringert wird, so müssen alle anderen Arbeiter das büßen.

In beiden Lehren ist etwas, das jede mögliche Lohnerhöhung hindert: die alte Lohnfondstheorie nennt es das Kapital, besonders das Einkommen der Unternehmer, die neue das Einkommen des Konsumenten. Dort ist es ein feststehender Betrag vom Kapital des Unternehmers, das unter die Arbeiter verteilt werden kann, hier ein feststehender Betrag vom Einkommen des Konsumenten, der auf den Kauf von Waren und Produkten verwendet werden muß. Wir sehen, wie sehr recht Thornton hatte, wenn er im Eingang seiner Betrachtungen über den Lohn vermerkte, daß die Erkenntnis eines Irrtums noch nicht den Besitz der Wahrheit bedeute, besonders darum, wie wir jetzt sehen, weil die Erkenntnis e i n e s Irrtums noch nicht die Vermeidung eines andern bedeutet. Thornton begeht hier den Fehler, den er bei andern so scharf rügt: daß er für eine Erscheinung, bei der die Urteile, Wünsche, Leidenschaften und Interessen der Menschen die Hauptrolle spielen, eine feste Regel aufstellen will, unter die sich alle Mannigfaltigkeiten und Verschiedenheiten unterordnen ließen, daß er Genauigkeit da haben will, wo Genauigkeit Irrtum heißt. Denn w e n n man annimmt, daß der Nationalreichtum zu einer gegebenen Zeit absolut feststeht, wenn man ferner annimmt, daß vom Einkommen eines jeden Konsumenten ein a priori fest bestimmbarer Betrag auf den Einkauf von Waren und Gütern aller Art verwendet wird, dann hat am Ende Thornton recht mit der Behauptung, daß jede Lohnerhöhung e i n e r Klasse von Arbeitern eine Lohnverminderung aller andern bedeute. Aber diese Annahmen sind für eine Erörterung der Wirkungen einer Lohnerhöhung nicht brauchbar. Gewiß, in einem Momente wird für Waren nur ein bestimmter Betrag ausgegeben, im nächsten Moment aber ist der Betrag schon ein anderer, und in jedem folgenden wieder verschieden. Und so kann er in einem Momente nie mit Sicherheit für den nächsten berechnet werden. Und darum ist das, was für einen Moment, einen herausgegriffenen stationären Zeitpunkt richtig ist, nicht für eine ganze Periode oder eine ganze Zeitstrecke gültig, wie Thornton willkürlich annimmt. In dem beständigen Auf und Nieder des wirtschaftlichen Lebens ändert sich nicht nur in einem fort die Art der Nachfrage, sondern auch die Nachfragenden, an die Stelle der jetzigen Konsumenten treten im nächsten Augenblick andere mit andern Bedürfnissen. Das ist,

was Thornton übersieht. Bei aller Schärfe und Unerbittlichkeit gegen die Lohnfondstheorie zog diese ihn doch mit einer Art geistiger Schwerkraft zu sich heran, und er verfiel ihr schließlich trotz alles Widerstrebens.

Der Lohnfondsstreit hätte wahrscheinlich nie die Bedeutung erlangt, die er in den Siebzigerjahren in England hatte, wenn nicht ein spezielles Ereignis die Aufmerksamkeit der wissenschaftlichen Welt auf diese Frage hingelenkt hätte. Der gefeierte Meister der Nationalökonomie J. St. Mill widerrief in einer Besprechung des Buches von Thornton in der Fortnightly Review seine frühere, mit großem Nachdruck vertretene Lohnlehre. Jeder, so klagt Mill, der sich über die Beziehungen zwischen Arbeit und Kapital wissenschaftlich informieren will, wird an der Pforte zurückgestoßen durch das erbarmungslose Gesetz, das verkündet: der Lohn hängt ab von Angebot und Nachfrage und kann in keinem Falle größer oder geringer sein, als genau der Größe des Lohnfonds und der Zahl der Mitbewerber entspricht. Thornton aber hatte gezeigt, daß die Schranken, die den Eingang zu einer der wichtigsten ökonomischen und sozialen Untersuchungen versperren, ein Schatten sei, der verschwindet, wenn man ihn mutig angeht. Zwar mit dem radikalen Umsturz der Preislehre durch Thornton stimmt Mill keineswegs überein. Angebot und Nachfrage seien wohl nicht die letzten Wert- und Preisregulatoren, aber ihre preisbestimmende Wirkung ganz zu leugnen, heiße weit übers Ziel geschossen. Die Bedeutung von Angebot und Nachfrage liege darin, daß die Preisbewegung erst dann zum Stillstand kommt, wenn die Gleichung besteht A = N. Beim Übergang von der abstrakten Preistheorie zur angewandten Lehre vom Preis, zum Lohne, macht Mill die Bemerkung: „Jetzt dürfte es für einen Forscher, der genau sieht, worauf eine Untersuchung tendiert, noch bevor der Schluß bündig ausgesprochen ist, Zeit sein, zu bemerken, daß Thorntons Verbesserungen der Preistheorie, so gering sie sind, wenn man sie auf ihre wirklichen Dimensionen zurückführt, doch eine große praktische Bedeutung haben, bei dem Spezialfall der Lehre vom Lohn.“ Es zeigt sich nämlich, daß die Ware Arbeit bei ihrer Preisbildung einer Eigentümlichkeit unterliegt, indem jene Gleichung erfüllt wird bei verschiedenen Preisen, daß also jene Gleichung mehrere Wurzeln hat. Die bisherige Lohntheorie habe

gelehrt, daß sowohl Angebot als auch Nachfrage nach Arbeit fest begrenzt seien, und daß daher immer nur ein Lohn naturgemäß möglich und gerecht sei, indem man annahm, es bestehe in irgend welchem Zeitpunkt eine bestimmte Summe von Vermögen, die unbedingt für die Zahlung von Arbeit verwendet werden müße. Diese Summe stellt also die Nachfrage nach Arbeit, in Geld gemessen, dar und ist eine vorher bestimmte Größe, so daß die ganze Arbeiterklasse nicht mehr, aber auch nicht weniger als genau diese Summe unter sich verteilen könne. Aus dieser Lehre folgt dann ohne weiteres, daß die Nachfrage nach Arbeit nicht nur mit der Billigkeit wachse, sondern genau proportional damit, und daß dieselbe Summe für Arbeit bezahlt würde, welches auch immer ihr Preis sei. Demgegenüber stehen folgende Tatsachen: 1. Niedrigere Löhne werden die Nachfrage des Unternehmers nach Arbeit nicht notwendig vergrößern, es wird nur so viel Arbeit eingestellt, als für die Herstellung der bedurften Gütermenge erforderlich ist. 2. Man kann aber auch nicht den Einwand erheben, daß der Unternehmer sein durch niedrige Löhne freigewordenes Kapital in anderen Unternehmungen verwenden oder es ausleihen werde und dadurch den Lohnfonds erhalte, denn es besteht überhaupt kein solcher, ausschließlich zu Lohnzahlungen bestimmter Fonds. Mill akzeptiert jetzt die von Thornton gegen eine solche Annahme gebrauchten Argumente. Es seien zu scheiden die unmittelbare Quelle, aus der der Lohn fließt, von den Grenzen des Lohnes, zwischen denen es sich bewegen müsse. Man hat bisher angenommen, sagt Mill, daß des Kapitalisten Geldmittel — wieder nur die Geldlöhne werden berücksichtigt — aus zwei Teilen bestünden: aus seinem Kapital und aus seinem Einkommen. Nur aus dem Kapital könnten die Löhne fließen, denn sein Einkommen erhalte er erst am Ende einer Produktionsperiode. Diese Anschauung erklärt Mill für ganz irrig. Der Kapitalist tritt mit allem, was er hat, die Produktion an, sein ganzer Besitz ist potentiell Kapital. Da nimmt Mill Bezug auf seine frühere Lehre, daß es nur die Absicht des Kapitalisten sei, welche bestimme, wie viel von seinem Vermögen Kapital sein solle. Daraus bezahlt er alle seine Ausgaben: seinen persönlichen Aufwand und auch die Löhne. Er schießt aus seinem Kapitale sein Einkommen vor und erhält es mit

seinen Einkünften zurück. Wenn man alles, was er möglicherweise zur Zahlung von Löhnen verwenden könne, Lohnfonds nennt, so ist der Lohnfonds so groß, wie die ganzen Einkünfte seines Geschäftes, abzüglich seiner Maschinen und Werkzeuge und der Nahrung seiner Familie, und er ist geteilt zwischen ihm selbst und seinen Arbeitern. Hier ist Mill wieder bei seiner alten Lehre von der produktiven Anwendung des Vermögens angelangt. Er sagt: Je weniger der Unternehmer für sich ausgibt, umso mehr kann er seinen Arbeitern geben und umgekehrt. Der Preis der Arbeit ist nicht bestimmt durch die Teilung der Einnahmen zwischen Unternehmer und Arbeiter, sondern er bestimmt vielmehr erst diese Teilung. Wenn er mehr für Arbeit zahlen muß, so zahlt er das aus seinem Einkommen, vielleicht von dem Teil, den er sonst thesauriert haben würde oder den er für seine Vergnügungen ausgegeben hätte. Es gibt kein Naturgesetz, das hinderte, daß die Löhne bis zu dem Punkt steigen, wo sie nicht bloß die Fonds absorbieren, die der Unternehmer zur Geschäftsführung bestimmt hatte, sondern auch alles, was er für seinen Privatgebrauch ausgeben wollte außer dem notwendigen Lebensunterhalt. Die wahre Grenze ist einfach dort, wo die Überlegung beginnt, ob die Fortführung des Geschäfts noch rentabel sei, nicht aber gibt es eine unerbittliche Grenze, die von vornherein durch den Lohnfonds markiert ist. Es scheint, daß Mill bei dem Widerruf seiner Lohnlehre zu viel preisgegeben hat, mehr als nötig gewesen wäre. Das soziale Interesse an den praktischen Problemen der Zeit verdrängte die Schärfe wissenschaftlicher Analyse. Man vermißt eine genaue Festlegung der verwendeten Begriffe, das rührt daher, daß Mill zwischen der Beschreibung der in Betracht kommenden Phänomene und ihrer Erklärung aus großen volkswirtschaftlichen Zusammenhängen nicht genügend unterscheidet. Er unterscheidet aber auch nicht, ob seine Sätze sich auf unmittelbare oder letzte Wirkungen beziehen, auf lange oder kurze Zeiträume Anwendung finden sollen. Wie es Marshall ausdrückt: für lange Perioden sagt sein Satz zu wenig, denn auf die Dauer können die Löhne nicht so viel vom Volkseinkommen verschlingen, wie da angegeben ist; für kurze Perioden sagt er zu viel: ein gut organisierter Streik in einem kritischen Augenblick kann vom Unternehmer mehr Lohn erpressen als den ganzen

Wert seiner Erzeugung abzüglich Rohmaterial; der Gewinn des Unternehmers kann eine negative Größe werden. „In der Tat, die Lohntheorie ... hat es nicht mit dem Ergebnisse irgend eines besonderen Kampfes auf dem Arbeitsmarkt zu tun, das hängt von den Machtverhältnissen der betreffenden Parteien ab. Wohl aber hat sie es sehr stark mit der allgemeinen Politik, wie sich Arbeit und Kapital zu einander stellen, zu tun, denn sie zeigt, welche Politik die Keime ihrer schließlichen Niederlage in sich trägt, welche Politik sich mit Hilfe einer guten Organisation behaupten kann und welche schließlich beide Seiten, auch wenn sie noch so gut organisiert sind, schwächen muß. Mit diesen Feststellungen ist die allgemeine Lehre, daß es den Gewerkvereinen unmöglich sei, die Löhne zu steigern, oder daß sie im besten Falle eine Lohnsteigerung, die später durch die Konkurrenz herbeigeführt worden wäre, etwas früher erreichen, ihrer wissenschaftlichen Begründung beraubt. Doch glaubt Mill, daß Thornton die Möglichkeit von Lohnsteigerungen, ihre ökonomischen und sozialen Folgen nicht eingehend genug behandelt hat. Es gibt nur e i n e n Fonds, aus dem die Lohnsteigerung für die gesamte Arbeiterklasse geleistet werden können: die Profite der Unternehmer. Darüber müsse man sich klar sein, umsomehr, als die Arbeiter noch an einen zweiten Fonds glauben, aus dem möglicherweise die erhöhten Löhne bezahlt werden: die Warenpreise. Das ist falsch; denn der Unternehmer kann wohl in einzelnen Gewerbszweigen die Mehrleistung für Löhne auf die Käufer abwälzen, aber eine allgemeine Preissteigerung aller Waren ist nur möglich, wenn mehr Geld verwendet werden kann. Eine Lohnerhöhung aber vermehrt nicht die vorhandene und verfügbare Geldmenge. Von der verfügbaren Geldmenge aber hängt das Preisniveau ab. Also, so würde man folgern: gehen einige Lohnerhöhungen auf Kosten der Profite, andere auf Kosten der Konsumenten. Aber Mill schließt nicht so. Angenommen, es stiegen alle Preise, so würde das inländische Geld infolge seines verminderten Tauschwertes ausgeführt werden, bis die Preise im Inland und auf dem Weltmarkt wieder gleichstünden. Ferner aber, wenn auch die hohen Preise aufrecht erhalten werden könnten, so würde zwar der Unternehmer größere Einkünfte, aber auch um ebensoviel größere Ausgaben haben. Und endlich, wenn auch

die Löhne alle Preise in gleicher Weise erhöhten, so wären die Arbeiter nicht besser daran, als die mit niedrigen Löhnen; sie würden mit ihren hohen Löhnen nicht über mehr Konsumtionsartikel verfügen können als wie zuvor: ein allgemeines Steigen des Lohnes wäre also unmöglich. Aus diesen Betrachtungen folgert Mill, daß eine allgemeine Lohnsteigerung nicht auf den Konsumenten durch eine Preissteigerung übergewälzt werden kann; er schließt ferner, daß eine Lohnsteigerung in einzelnen Gewerben, die auf den Konsumenten übergewälzt wird, ein Gewinn ist, der ganz oder teilweise auf Kosten der übrigen in andern Gewerben beschäftigten Arbeiter gemacht wird. Solange es unorganisierte Arbeiter gebe, gingen die Erfolge der Gewerkvereine auf Kosten dieser nichtunierten. Dieser ökonomische Nachteil der Gewerkvereine läßt sich aber mit moralischen Argumenten rechtfertigen, denn „alle menschlichen Angelegenheiten, die nicht endgültig durch Naturgesetze entschieden sind, unterliegen der Gerichtsbarkeit des moralischen Gesetzes".

Im Anschluß an Longe und Thornton erörtert Cliffe Leslie (in Frasers Magazine 1868) das Lohnfondsproblem. Er geht aus von der Formulierung Mac Cullochs und stellt folgende Sätze dagegen auf: 1. es gibt keine Fonds, die von der Gesamtheit der Unternehmer oder einem einzelnen derselben zum Kauf von Arbeit bestimmt sind; 2. die Durchschnittsrate der Löhne ist eine Phrase ohne praktischen Sinn; 3. die Konkurrenz gleicht die Löhne nicht aus; 4. die tatsächlichen Lohnsätze sind nicht allein durch Konkurrenz oder durch irgend eine allgemeine Regel bestimmt; 5. unter Gesamtbetrag der Löhne ist bloß die arithmetische Summe der einzelnen Lohnbeträge zu verstehen, die in jedem Falle durch ihre speziellen Bedingungen bestimmt sind. Die Lohnfondstheorie diskreditiert die wissenschaftliche Nationalökonomie bei den Arbeitern und lenkt die Aufmerksamkeit sowohl der Unternehmer wie der Arbeiter, wie der Gelehrten ab von der Erforschung der Mittel, durch welche der Wohlstand der arbeitenden Klassen zunehmen und ihre Beziehungen zu den Unternehmern auf freundlicheren Fuß gebracht werden könnten. Die Lohnfondstheorie kann man nur ansehen als eine — nicht einmal glückliche Formulierung des Problems, denn selbst zugegeben, es verhielte sich so, wie sie lehrt, so bleibt doch die Haupt-

frage: Wieso hat der Lohnfonds gerade die und die bestimmte Größe? unerledigt. Es sind bezüglich ihres Sinnes zwei Auffassungen möglich, entweder will sie sagen: der Lohnfonds sei eine unveränderliche und fixe Größe oder er sei dies nicht. In letzterem Falle, d. h. also, wenn die Arbeiter in einem gegebenen Zeitpunkt mehr erhalten könnten, als sie wirklich bekommen, bleibt die Frage nach den Lohnbestimmungsgründen, das eigentliche Problem, ungelöst. Wenn aber der Lohnfonds als ein fixer Betrag gefaßt wird, der ausschließlich und unweigerlich zur Zahlung von Arbeitslöhnen bestimmt ist, so überzeugt schon eine oberflächliche Betrachtung von der Unrichtigkeit dieser Meinung. Das Kapital kann auswandern, der Ort und die Art seiner Verwendung hängen von den individuellen Profitschätzungen ab. Weiterhin, mit einer bestimmten Kapitalmenge kann man verschiedene Produktionsmethoden einschlagen, fixes Kapital kann Arbeiter ersetzen, ein bestimmtes Kapital kann auch verschieden verausgabt werden je nach den Neigungen des individuellen Besitzers und der Verschiedenheit der Zeiten. Die Verausgabung irgend eines bestimmten Vermögensteiles für Waren bedeutet eine größere oder geringere Ausgabe für Arbeit je nach der Art der Waren und ihrer Herstellungsweise , und schließlich kann der gleiche Gesamtbetrag an Kapital und Vermögen, der für Arbeit verwendbar ist, verschiedene Lohnraten ergeben, nicht bloß je nach der Zahl der Arbeiter, sondern auch nach der Zahl der Unternehmer und der Vermögensteilung unter ihnen, je nachdem also, ob viele oder wenige Unternehmer um die Arbeit konkurrieren, ob viele Unternehmer kleine Vermögen oder wenige sehr große besitzen. Nun kann man freilich einwenden: diese Behauptungen Leslies seien richtig nur für eine Gruppe von Unternehmern oder mehrere Gruppen, nicht aber für die Unternehmer überhaupt und für die Arbeiter überhaupt. Aber gegen diesen Einwurf ist Leslie geschützt durch seine methodologischen Grundanschauungen: daß die Lohnbestimmungsgründe in jedem einzelnen Fall einer gesonderten Untersuchung bedürfen und daß es keine Formel gibt, die aussagte, welche Gründe die Löhne überhaupt und zu allen Zeiten bestimmen. Man müßte also erst die Unrichtigkeit der Methode nachweisen, um Leslie zu treffen. Ganz allgemein, sagt Leslie, kann man

nur behaupten, daß „eine große Produktivität von Arbeit und Kapital, hohe Preise für das Produkt aus beiden und die Sicherheit, für einen anständigen Aufwand mit einem anständigen Gewinne belohnt zu werden, die Gründe sind, welche es den Unternehmern ermöglichen, hohe Lohnsätze zu zahlen.“ Zu den praktischen Fragen übergehend, anerkennt Leslie die Wirkungen der Gewerkvereine, warnt aber vor Überschätzung ihres lohnsteigernden Einflusses und besonders in dem einen wichtigen Fall der Landarbeiter, wo „Vereinigung praktisch unmöglich ist“. Gewisse Mittel, die im stande wären, Lohnsteigerungen zu erwirken, seien von den Gewerkvereinen bisher gar nicht geachtet worden. Anstatt Verbindung müsse hier die Konkurrenz um die Arbeit durch Erziehung, durch Sammlung von Lohnstatistiken, besonders aber durch Reformen der Agrargesetzgebung platzgreifen. Der Grund und Boden müsse wie in Amerika um die Arbeiter, nicht gegen sie konkurrieren. Unternehmer und Arbeiter aber müßten beide zwei Fragen mehr wie bisher unterscheiden lernen: 1. was ist das Äußerste, das Arbeit und Kapital im Verein leisten können; 2. wie ist das Gesamtprodukt zwischen diesen beiden geteilt? Bisher achtete man stets nur auf die zweite Frage; man fragte nicht nach den Mitteln, welche den zu teilenden Gesamtbetrag möglichst groß machen, sondern immer nur, wie man aus dem gegebenen Gesamtbetrag möglichst viel für sich herauspressen könnte. Die Lohnfrage ist aber nicht bloß eine Frage der Verteilung, sondern auch der Produktion, besser der nationalen Produktivität. Um die gleiche Zeit (1873) wies Mac Leod auf die lohnfondsvermehrende Funktion des Kredits, besonders der Banknoten, hin.

Obwohl die Wirklichkeit geeignet gewesen wäre, die Lohnfondstheorie schon längst als ungenügend und unbrauchbar zu erweisen, so fand sie doch erst spät in Longe und Thornton ihre ersten bedeutenden theoretischen Gegner. Und wenn auch ihre Argumente gegen die alte Lehre gewichtig genug waren, die Autorität Mills auf ihre Seite zu bringen, so ist es doch nicht verwunderlich, wenn wir kurz darauf eine Reaktion gegen die Preisgabe der alt gewordenen Formel finden. Mills treuer Schüler Fawcett blieb ihr auch nach dem Widerruf seines Lehrers treu, den Versuch aber, die Lohnfondstheorie von neuem zu Ansehen und Geltung zu bringen und ihr einen besseren Sinn beizulegen

wie bisher, unternahm Cairnes in seinen Some Leading Principles of political economy 1874. Seine Bemühungen um die Lohnfondstheorie sind ein retardierendes Moment in der Gesamtentwicklung dieser Lehre, die aber doch das Gesamtergebnis dieser Entwicklung nicht wesentlich zu modifizieren vermochten. Das ganze Lohnproblem wird von Cairnes als Spezialfall der Werttheorie behandelt. Die Wertlehre macht aber nur verständlich die relativen Löhne, d. h. sie zeigt, wieso einige Klassen von Arbeitern und von Unternehmern dieselbe oder eine entsprechende Entlohnung empfangen, während in anderen Fällen Ungleichheit in verschiedenem Grade herrscht. Ist diese Erkenntnis auch wichtig genug, so sagt sie doch nichts über die mehr praktischen Probleme, die mit der Lohnfrage zusammenhängen. Die Fragen, die es zu beantworten gibt, sind: 1. Was bestimmt die positive Entlohnung jeder Klasse von Arbeitern und Unternehmern, und von welchen Ursachen hängt die durchschnittliche Wohlfahrt aller Klassen ab? 2. Wieso ist die Entlohnung der Erwerbstätigkeit in verschiedenen Gegenden verschieden? 3. Wieso ist die Höhe in der Entlohnung in einigen Gegenden stillstehend, in einigen steigend, in einigen fallend? Wir werden sehen, wie ihm die Beantwortung dieser Fragen gelingt. Eines aber fällt schon bei der Fragestellung auf, was für die Kenntnis Cairnes von Wichtigkeit ist. Er fragt nach der Gesamtentlohnung in allen Ländern und nach der durchschnittlichen Gesamtwohlfahrt aller Klassen. Sein Blick ist auf das Allgemeine, das Ganze und Große und nicht auf das Einzelne und Konkrete und Besondere gerichtet und dementsprechend auch die Lösung, die er gibt. Tiefe Ruhe herrschte auf dem Gebiet der Lohntheorie, mit diesem Stoßseufzer leitet Cairnes die eigentliche Untersuchung ein, seit jenen Tagen, da die heftige Opposition gegen das Malthussche Bevölkerungsgesetz dank der Zunahme des gesunden Menschenverstandes und Darwins Einfluß erloschen war. Und es schien, als habe die Lehre vom Lohn in ihren Grundzügen wenigstens die definitive Lösung gefunden. Aber kaum war der Kampf auf der einen Seite (Angebotseite) zum Stillstand gekommen, als er auf der andern (der Nachfrageseite) wieder entbrannte. Wie hat sich die Wissenschaft zu dieser Tatsache zu stellen? Um die richtige Antwort zu finden, geht Cairnes in drei Schritten

vor: 1. er prüft Longes Theorie vom Lohnfonds und, wie wir einstweilen hinzufügen, er mißversteht sie; 2. gibt er eine eigene positive Begründung der Lohnfondstheorie und 3. er kritisiert Thornton, — ohne ihn zu widerlegen. Wir wollen zunächst Cairnes eigene Ansichten über den Lohnfonds vernehmen. Er nennt seine Theorie nicht die orthodoxe, sondern eine freiere Lohnfondstheorie, worunter er die Millsche Lehre vom Lohnfonds versteht, die nur noch weiter entwickelt und genauer abgegrenzt werden müsse, als es bisher geschehen sei. Die Nachfrage nach Arbeit, gemessen durch den Betrag an Vermögen, der zum direkten Kauf von Arbeit verwendet wird, *ist* (nicht, wie Mill sagte, *bestimmt* den) der Lohnfonds. Dies ist nun eine einfache Verbaldefinition. Die nächste Frage lautet: welche sind die Gründe, die bestimmen, wie viel Vermögen zum direkten Kauf von Arbeit verwendet wird, oder kürzer, was bestimmt die Größe des nationalen Lohnfonds? Diese Frage ist identisch mit der andern: was veranlaßt die Menschen, ihre Mittel zur produktiven Investition zu verwenden? Der nationale Lohnfonds wird bestimmt durch folgende Umstände: 1. das Gesamtkapital, das möglicherweise zur Investition verwendbar ist; 2. die Dringlichkeit der Nachfrage nach einem Gut im Verhältnis zur Dringlichkeit nach einem andern. Was nun wieder die verschiedene Dringlichkeit der Nachfrage bestimmt, sind: die Verhältnisse, in denen das verwendbare Kapital eines Landes über das Feld der Produktion verteilt sein wird. Diese Verhältnisse werden sich selbst an die Verhältnisse der Nachfrage nach Gütern anpassen, denn Angebot und Nachfrage sind ein und dasselbe, nur von verschiedenen Seiten betrachtet. Vermehre die Nachfrage nach einem Gut, und, alles andere als gleichbleibend gesetzt, ein größerer Teil des verwendbaren Kapitals wird auf die Produktion dieses Gutes gerichtet. Vermindere die Nachfrage und das Gegenteil tritt ein; aber weder in dem einen noch in dem andern Fall wird die Nachfrage bestimmen, *wieviel* Kapital zur Produktion des begehrten Gutes verwendet wird. Es fragt sich also, was die *absolute* Größe und nicht die relative des Lohnfonds, sein Verhältnis zur Nachfrage bestimmt. Die wirkliche Größe des Lohnfonds hängt ab von: 1. dem Gesamtkapital eines Landes, 2. der Art der nationalen Erwerbstätigkeit, 3. vom Angebot an Arbeitskräften. Das ist die

endgültige Lösung, zu der Cairnes auf vielen Umwegen gelangt, sie ist jedenfalls nicht befriedigend, doch fällt wieder, wie bei der Fragestellung, ein Moment besonders auf: die Verwandtschaft mit früheren oft gehörten Formeln, die Cairnes immer wieder als leer und nichtssagend verwirft, die er aber schließlich selbst akzeptiert. Die Sätze Cairnes' heißen offenbar nichts anderes als: der Lohnfonds oder die wirklich gezahlten Löhne hängen ab von der Größe der Arbeiterbevölkerung und vom Kapital. Wir erkennen die alte Formel trotz der Verhüllungen, in denen sie auftritt, und stellen Cairnes ganz neben Ricardo und Mill, denn er lehrt nichts anderes wie diese. Das Kapital ist's im letzten Grunde, das die Löhne zahlt, und da das Kapital ganz im Besitz der Unternehmer ist, so sind es schließlich diese und anderseits die Arbeiter selbst, die allein die Lohnbestimmungen in Händen haben. Das ist das Ziel und das Ergebnis seiner Darstellung. Doch der Weg dazu ist weit und führt durch lange Reihen von Schlüssen; es wird notwendig sein, Cairnes auf den wichtigsten Stationen seines Denkens zu folgen, deshalb, weil er wieder einen Merkstein bildet, einen Abschluß, in dem sich noch einmal alle Lehren der alten Schule zusammenfassen, der auch schon die neue und bessere kennt, und dessen vergebliche Bemühung, beide zu vereinigen, noch einmal alle Schwächen der einen und alles Verbesserungsbedürftige der andern in helles Licht setzt.

Der erste Teil ist der Erörterung der alten und einer Kritik der neuen, besonders der Longeschen Lehre gewidmet. Gegen Longe behauptet Cairnes: 1. daß es wohl gerechtfertigt erscheint, von einem General- oder Durchschnittslohn sämtlicher Klassen von Arbeitern zu sprechen. Unsere ganze volkswirtschaftliche Organisation sei ein zusammenhängendes System von Kräften, das Kapital verbinde alle Glieder untereinander und bewege sich immer nach der Richtung, wo der größte Gewinn erzielt wird. Aber wir haben nicht nur das Recht, von einem General- und Durchschnittslohn zu sprechen, sondern wir haben ein Recht, diesen Allgemeinlohn als Erzeugnis oder Wirkung von aufeinander wirkenden und aneinander gebundenen Elementen zu betrachten, die sämtlich Teile eines Gesamtintegrals bilden. Also es existiert nicht nur ein allgemeiner Lohn, sondern er hat auch Realität, man kann damit, wie mit einer mathe-

matischen und eindeutig bestimmten Größe rechnen, er ist nicht bloß ein zusammenfassender, zweckmäßiger Name für eine Fülle von Einzelerscheinungen, die es erst zu untersuchen gilt, sondern er hat selbständige Existenz. Er stellt sich mit dieser Substanzialisierung von Allgemeinbegriffen ganz auf die Seite der klassischen Schule. Es klingt fast ironisch, wenn er gelegentlich vor allgemeinen Formeln und Verallgemeinerungen warnt: diese Formeln befriedigen vielleicht unsern Wunsch, alles leicht zu übersehen, aber genauer zugesehen fallen sie zusammen entweder in rein identische Sätze oder sie enthalten eine deutliche Petitio principii. Was erreicht man, wenn man alles in eine Formel preßt: einfach dies, daß entweder unsere Theorie deutlich unrichtig oder nicht mehr als eine Wortverhüllung sein wird, und unsere Erklärung wird bloß dazu dienen, die wesentlichen Tatsachen des Problems zu verhüllen. Es ist ganz leicht zu behaupten, daß Angebot und Nachfrage den Lohn bestimmen. Aber diese Formel sagt gar nichts. Es ist merkwürdig, daß Cairnes allen Fehlern, vor denen er so eindringlich warnt, am Ende selbst erliegt. Wir werden im einzelnen sehen, wie er sie einen nach dem andern begeht, unrichtige Verallgemeinerungen, logische Zirkel, Mißverständnisse fremder Theorien u. s. w. So sehen wir gleich, daß er bei der Polemik gegen Longe den eigentlichen Streitpunkt ganz verkennt. Er sagt ungefähr: die Anhänger der Lohnfondstheorie behaupten, daß der zu Löhnen verwandte Teil des Volksvermögens in einem bestimmten Größenverhältnis zum Kapital des Landes stehe, während die Größe dieses Gesamtkapitals bestimmt ist durch gewisse ökonomische Bedingungen, die hervorgehen aus dem Charakter des Volkes und der Natur seiner Beschäftigung. Nach der Lohnfondstheorie hängt also der Lohnfonds zunächst von der Größe des Volkskapitals ab, weiterhin und schließlich von einigen entfernteren Ursachen, die die Größe dieses Fonds regulieren. Die Bekämpfer der Lohnfondstheorie, also Longe z. B., sollen nach Cairnes behaupten: daß es keinen Teil des Volksvermögens gebe, der zur Zahlung von Löhnen bestimmt sei, sondern der Betrag, den der Arbeiter wirklich erhält, sei das zufällige Resultat einiger zufälligen Umstände, von denen die wichtigsten einige Umstände sind, die die Fähigkeit der Arbeiter und Unternehmer zum Feilschen begünstigen oder

einschränken. Das ist jedoch keineswegs das strittige Gebiet. Die Lohnfondstheoretiker behaupten viel mehr, als Cairnes sie sagen läßt, und die Gegner der Theorie bekämpfen ganz andere als die hier aufgestellten Sätze. Es fiel ihnen nicht ein, zu leugnen, daß der Lohnfonds (d. h. in der Terminologie Cairnes' die wirklich gezahlten Löhne) in einem Größenverhältnis zum Gesamtvermögen eines Landes stünde, ebensowenig wie, daß Veränderungen im Gesamtvermögen Änderungen der Löhne zur Folge hätten. Was sie bekämpften, war etwas ganz anderes: sie bestritten, daß jenes Verhältnis sich im voraus bestimmen lasse, und daß immer ein bestimmter Teil des Volksvermögens von vornherein und unabänderlich zur Lohnzahlung bestimmt sei, eben damit leugneten sie auch die Existenz eines Lohnfonds als einer vorher bestimmten und bestimmbaren Menge von Volksvermögen und behaupteten positiv, daß erst die wirklich gezahlten Löhne den Lohnfonds und sein Verhältnis zum Gesamtvermögen bestimmen. Zwar läßt Cairnes keinen Zweifel darüber, daß er an eine vorher bestimmte Größe des Lohnfonds nicht glaubt, aber er bleibt sich nicht konsequent und geht doch dazu über, die Größe dieses Lohnfonds zu bestimmen, und er kann nicht konsequent bleiben, weil er in seiner ganzen Behandlung der Frage mit so unsicheren und schwankenden Begriffen, wie Spartrieb, Charakter der Individuen als festen und eindeutig bestimmten Größen rechnet. Eine erschreckende Oberflächlichkeit aber ist es, wenn er als die eigentliche Meinung des Satzes: die Nachfrage der Konsumenten bestimmt die Löhne, dies bezeichnet, die Verschwendung und Vergeudung der Reichen sei das Glück der Armen und Arbeiter. Er verwechselt da die Menge der Konsumtion mit der Art derselben. Jener Satz nämlich: die Nachfrage und Zahlungsfähigkeit der Konsumenten bestimmt die Löhne, sagt noch nichts aus über die Art der Konsumtion, die sowohl produktiv wie unproduktiv sein kann. Er schließt sich der Ansicht Mills an, daß die Nachfrage der Konsumenten nur die Richtung und die Art der Produktion, nicht aber die Verteilung bestimme. Man dürfe nicht folgendermaßen schließen: der Unternehmer legt sein Kapital zu produktiven Zwecken an, weil er einen Markt für seine Güter zu finden hofft, d. h. weil eine Nachfrage nach Gütern besteht, daher, je größer die Nachfrage, desto größer die Investition,

und je größer die Investition, desto größer der Lohnfonds. Es besteht wohl eine enge Beziehung zwischen Nachfrage und Lohnfonds, aber nicht diese proportionale. Der Lohnfonds wird wohl, ob groß oder klein, über die verschiedenen Gewerbe hin so verteilt werden, als es die Nachfrage nach Gütern anzeigt. Aber das sagt noch nicht, wie groß er wirklich (absolut) sein wird. Es handelt sich also um die absolute Größe des Lohnfonds. Hören wir die vorläufige Lösung: 1. Die Nachfrage bestimmt nur die relative Größe des Lohnfonds, sie bestimmt also den Lohnfonds nicht. 2. Der Lohnfonds hängt ab von den verschiedenen Stärkegraden der Nachfrage. Diesen offenkundigen Zirkel will er verbessern, begeht aber sofort einen zweiten: die verschiedenen Stärkegrade der Nachfrage hängen ab von dem Verhältnis, in welchem das verwendbare Kapital eines Landes über das Feld der Produktion hin verteilt ist — also das Kapital ist das maßgebende; aber gleich darauf: 3. Diese Verhältnisse der Verteilung werden sich selbst an die verschiedenen Stärkegrade der Nachfrage anpassen. Aus all diesen logischen Irrgängen geht nur das ersichtlich hervor, daß Cairnes das Kapital als den maßgebenden Verteilungsfaktor wieder einführen will und die Lehre, daß der Arbeiter aus dem Kapital des Unternehmers bezahlt werde, wiederholt. Er verläßt rasch diese theoretische Polemik gegen Longe, die so mißglückt ist, und will ihm dadurch beikommen, daß er einige praktische Folgerungen, die sich nach seiner Meinung aus Longes Lehre ergeben, ad absurdum führt. Aber er ist auch da erfolglos, denn was er in Longes Lehre hineindeutet, liegt gar nicht darin.

Nicht glücklicher als bisher ist Cairnes in der positiven Begründung seiner Lohnfondstheorie im zweiten Teil seiner Erörterungen. Er untersucht zunächst, welche Motive die einzelnen Individuen dazu bewegen, Vermögen zu produktiven Zwecken anzulegen, und findet, für den einzelnen wird die Investition begrenzt: 1. durch die Größe seiner gesamten Mittel, 2. durch seine Neigung, späteren Genuß unmittelbarem vorzuziehen, durch seinen individuellen Spartrieb, 3. durch die Gelegenheit, Profit zu machen. Damit ist aber wieder die Aufgabe nicht gelöst. Keiner von den drei angeführten Gründen, die den Lohnfonds des einzelnen bestimmen sollen, ist etwas Fixes und Berechenbares,

alle ändern sich unter dem Einfluß anderer weiter zurückliegender Gründe. Der Hauptfehler aber liegt darin, daß er das, was er so für den einzelnen als maßgebend und bestimmend erkennt, ohne weiteres auf die Gesamtheit überträgt und auf die Bestimmung des Durchschnittslohnfonds sämtlicher Arbeiter in einem Lande. Demgemäß wird die Menge des Vermögens, die bei gegebener Größe des Volksvermögens in einem Lande zu Erwerbszwecken mit Rücksicht auf Gewinn verwendet wird, bestimmt durch: 1. den wirksamen Wunsch zur Akkumulation (nationaler Spartrieb), 2. die Ausdehnung des Feldes zur Investition. Auch von dieser Lösung wird niemand befriedigt sein. Denn der Spartrieb einer Nation ist doch eine zu unfaßbare und zu abstrakte Größe, als daß man damit die verschiedene Lage und Wohlfahrt der verschiedenen Arbeiterklassen in einem Lande erklären könnte; vor allem ist er keine einfache, sondern eine höchst komplizierte Größe, die selbst von anderen Ursachen bestimmt ist. Cairnes verallgemeinert viel zu schnell, ganz unbedenklich überträgt er das, was man mit Recht oder mit einem starken Schein von Recht von einzelnen sagen kann, auf ein Großes und Ganzes und umgekehrt, ohne zu merken, daß das Ganze nicht bloß eine Summe von Teilen, sondern etwas mehr und als Ganzes von der bloßen Summe Verschiedenes ist. Außerdem ist er sehr geneigt, Ursachen und Wirkungen miteinander zu verwechseln, derart, daß er, wo regelmäßig zwei Erscheinungen zusammentreffen (wie hohe Löhne mit großer Akkumulation des Kapitals) die eine für die Ursache der andern erklärt, während sie viel eher die Wirkung ist oder bestenfalls Wechselwirkung stattfindet. Dadurch, daß es ihm überall auf das Ganze und auf lange Zeiten und Durchschnittsgrößen ankommt, umfaßt er einerseits viel zu viel mit einem Blick und übersieht dabei das einzelne und nächstliegende; anderseits aber ist sein Blick zu eng und wenig umfassend; statt seinen Standpunkt über den Dingen zu nehmen und so jedes in sein richtiges Verhältnis zu allem andern und in seinen wahren Größen zu erkennen, stellt er sich mitten unter die Dinge, sieht immer nur eines deutlich und vermag nicht das entferntere in seiner Wirkung auf das nächstliegende zu erkennen. Er sieht immer nur den Kapitalisten, der aus seiner Tasche den Arbeiter bezahlt, während er doch von einem andern Standpunkt aus erkennen mußte, daß

hinter dem Kapitalisten der Konsument steht, wie der Kapitalist erst von diesem sein Geld empfängt und es zwar verkleinert an die Arbeiter weitergibt, die ihrerseits wieder den größten Teil davon ausgeben und so ein beständiger Kreislauf stattfindet.

Die theoretische Untersuchung des Lohnfonds ist noch nicht abgeschlossen. Die Löhne sind nicht der einzige Bestandteil des Kapitals, und sie stehen nicht immer zum Gesamtkapital in gleichem Verhältnis, es kommt also darauf an, die Gründe zu untersuchen, die die verschiedene Kombination der drei Kapitalelemente Lohn, Rohmaterial und Maschinen bestimmen. 1. Der erste Bestimmungsgrund, der beim einzelnen das Verhältnis dieser drei zueinander bestimmt, ist die Natur des Gewerbes, in welchem er sein Kapital anlegt, und dann wieder sofort die Verallgemeinerung mit den Worten: da die Überlegungen, welche auf den einzelnen Unternehmer bestimmend wirken, dieselben sind, welche die Gesamtheit aller Unternehmer leiten, so sind wir berechtigt, zu schließen, daß der eigentliche Umstand, der das Verhältnis des Lohnfonds zum Kapital eines Volkes bestimmt, die Art der nationalen Erwerbsarbeit ist, d. h. z. B., daß in einem Agrarstaat der Lohnfonds relativ größer ist als in einem Industriestaat. 2. Die Art der Nationalindustrie bestimmt aber nur das Verhältnis der Arbeit zu den anderen Produktionsmitteln, wir wollen jedoch wissen, welche Stelle die Löhne in dieser Kombination einnehmen. An einem Zahlenbeispiel zeigt er nämlich, daß die Proportion zwischen den drei Produktionselementen dieselbe bleiben kann und die Löhne doch fortwährend variieren. Also die Art der Industrie macht's nicht allein, sondern das Resultat kann modifiziert werden durch die Höhe der üblichen Lohnrate. Dies ist ein neuer Zirkel: im ersten Satz wird behauptet, der Lohnfonds werde bestimmt durch die nationale Industrie, im zweiten der Lohnfonds werde geändert durch die üblichen Löhne. Cairnes bemerkt diesen Zirkel, und wie hilft er sich heraus? Er gibt zu, daß hier ein Zirkel vorliegt, aber er habe nichts zu bedeuten. Denn welche Ursachen auch immer den Lohnfonds bestimmen, i s t einmal seine Größe bestimmt und begrenzt, so ist die Lohnrate bloß der konkrete Ausdruck für das Angebot an Arbeit. Daher kann man ohne weiteres statt üblicher Lohnrate Arbeitsangebot einsetzen. Der Weisheit letzter Schluß ist dann, der Lohnfonds, d. h. die wirk-

liche absolute Größe der sämtlichen Löhne hängt ab einmal vom Gesamtkapital eines Landes, zweitens der Art der nationalen Industrie und schließlich vom Angebot an Arbeitskräften. Es ist ersichtlich, daß dies nichts anderes als die alte Formel ist, die seit Ricardo immer wieder wiederholt wurde. Was Cairnes vom letzteren unterscheidet, ist nur eine Verschiedenheit der Betonung, er will die Angebotseite, die von Ricardo stark in den Vordergrund gerückt war, ununtersucht lassen und bemüht sich, die Nachfrageseite etwas ausführlicher zu entwickeln und das nachzuholen, was mit Ausnahme Mills alle verabsäumt hatten. Wenn irgend ein Zweifel über den Sinn seiner Lohnlehre besteht, so verschwindet er bei Betrachtung der nächsten Erörterungen über den Einfluß der üblichen Lohnrate auf den Lohnfonds: ein Steigen des üblichen Lohnsatzes vergrößert den Lohnfonds, ein Sinken desselben verkleinert ihn, der Lohnsatz aber ist, „alles andere gleichgesetzt", umgekehrt proportional dem Angebot an Arbeit; also dehnt sich der Lohnfonds im selben Verhältnis aus, wie das Arbeitsangebot sich verringert und umgekehrt. Aber die Vergrößerung des Angebots an Arbeit steigert doch auch das Volkseinkommen und Kapital und damit den Lohnfonds, daher kann nach einer Steigerung des Angebots eben nicht mehr „alles andere als gleich gesetzt" werden. Daraus folgt der Gesamtbetrag dessen, was die Arbeiterbevölkerung in einem Lande bekommt, wechselt mit dem Fortschritt des nationalen Einkommens, mit dem Fortschritt des nationalen Kapitals und mit dem Angebot an Arbeitskräften.

Der dritte und letzte Teil ist einer fruchtlosen Polemik gegen Thornton gewidmet. Statt sich auf eine Widerlegung seiner Ansichten einzulassen, bekämpft er die Identifizierung von Determination und Prädetermination, einen Fehler, dessen sich Thornton schuldig gemacht haben soll, den aber Cairnes und alle Lohnfondstheoretiker mit ihm begangen haben. Er geht überhaupt auf Thorntons Meinung gar nicht ein. Thornton fragte nicht, ob der Lohnfonds in einem gegebenen Augenblick ein festbestimmter sei. Cairnes beweist, daß der Lohn in einem Cyklus von Jahren fest begrenzt sei, hoher Gewinn befördere die Akkumulation, und die Löhne würden nach einer bestimmten Zeit steigen, — aber erst nach einer gewissen Zeit. Das ist aber Thorntons Frage gar nicht.

Aus der Lohnfondstheorie Cairnes' ergibt sich seine Stellung zu den praktischen Problemen, besonders zu den Gewerkvereinen von selbst. Die Tätigkeit der Gewerkvereine, um die Löhne zu erhöhen, ist nutzlos, denn sie ist widernatürlich. Es gibt einen festen Lohnfonds, der durch zwei Grenzen bestimmt ist: 1. eine Art physikalischer Grenze, d. h. das zur Lohnzahlung verwendbare Kapital muß stets in einem bestimmten Größenverhältnis zu den andern Kapitalbestandteilen stehen, und es kann nicht mehr betragen, als übrig bleibt, nachdem diese unbedingten Erfordernisse erfüllt sind; 2. hat der Lohnfonds in der auf Privateigentum und Freiheit beruhenden volkswirtschaftlichen Organisation auch noch ökonomische Grenzen, d. h. solche, die aus der Gegenwirkung der menschlichen Interessen aufeinander entstehen. Diese letzteren Grenzen entstehen aus dem Gesetz der Profitrate. Der Gewinn hat immer die Tendenz, bis zu einem Betrage zu sinken, der gerade noch ausreicht, um Kapitalinvestitionen zu veranlassen. Er steht in weit vorgeschrittenen Ländern, wo der beste Boden schon in Anbau genommen ist, und die produktivsten Hilfsmittel in Anwendung gekommen sind, an der Minimalgrenze oder eine Hand breit davon. Großbritannien, meint Cairnes, hat längst diesen Punkt erreicht; das dort angelegte Kapital ist so groß, als es bei der gegebenen Technik in Gewerbe und Handel überhaupt sein kann. Die Profitrate ist eben deswegen beim Minimum angekommen. Wenn man sich diese Lehren vergegenwärtigt, daß 1. bei gegebenem Stande der Technik die Menge Kapital, die in einem Lande angewendet werden kann, streng begrenzt ist durch die Bedingungen, welche die Neigungen zum Sparen und Anlegen von Kapital bestimmen, und 2. daß die Akkumulation von Kapital in einem Lande wie England größer ist, als das Gesetz vom abnehmenden Gewinn zuläßt, was kann sich daraus für die Beurteilung der Gewerkvereine, die den Lohnfonds vergrößern wollen, ergeben? Ein Wachsen des Lohnfonds ist nur auf zweifache Weise möglich: 1. entweder durch ein Wachsen des gesamten angelegten Kapitals oder 2. durch einen Wechsel der Verteilung zu Gunsten des Produktionsmittels Arbeit auf Kosten der andern Produktionsmittel. Beide Fälle würden ein Sinken der Profite bedeuten, und die Profite stehen immer am oder eine Hand breit vom Mini-

mum. Entgegenwirkende Motive sind von geringer Bedeutung. „Ich bin unfähig", sagt Cairnes, „auf Grund dieser Überlegungen, die auf unbestreitbaren Tatsachen beruhen, einzusehen, wie die Ansprüche der Gewerkvereine aufrecht erhalten werden können." Die dauernde Erhöhung des durchschnittlichen Lohnsatzes oder, was dasselbe besagt, die dauernde Erhöhung der Lohnrate in einem Industriezweig ohne gleichzeitigen Fall derselben in einem anderen oder in allen anderen geht über ihre Kraft. Man muß sich vergegenwärtigen, daß Cairnes seinen Satz vom Profitminimum im Jahre 1883 schrieb; damals betrug der Ertrag guter pupillarischer Anlagen in England 4 % (nach Webb). Was er beweisen will, ist, daß die Gewerkvereine keine wirklich nützliche Lohnerhöhungen erzwingen könnten, und zu diesem Zwecke gebraucht er, wie seine Vorgänger alle, die Lohnfondstheorie. Aber es war unmöglich, vor den Tatsachen die Augen so sehr zu verschließen, daß man die von den Gewerkvereinen durchgesetzten Lohnerhöhungen hätte leugnen können, und er will daher seine Lehre von der Unmöglichkeit der Lohnsteigerungen durch Gewerkvereine nur auf die Durchschnittslöhne und auf lange Zeitstrecken angewandt wissen. Wenn aber z. B. ein Unternehmer, etwa ein Bauherr zu einem Bau, sich verpflichtet und im voraus große Käufe in Maschinen und Rohmaterial gemacht hat, dann muß er notwendig Arbeiter haben. In diesem Falle ist es entschlossenen und gutsituierten Arbeitern möglich, durch einen Streik den Unternehmer zu Lohnerhöhungen zu zwingen. Es kann für ihn weise sein, ihren Forderungen nachzugeben, obwohl sein Profit auf 0, ja selbst unter 0 sinkt. Gäbe er nicht nach, so hätte er noch größere Verluste. In diesem Fall also und so in vielen anderen hat der Lohnfonds keine Wirksamkeit und muß sich fügen. Damit ist eigentlich Thorntons Meinung gerechtfertigt und auch von Cairnes akzeptiert. Aber wie verträgt sich diese Konzession mit einer früheren Behauptung Cairnes', die er so schön an einem Zahlenbeispiele vordemonstrierte, daß nämlich die Kapitalelemente Arbeit, Maschinen, Rohmaterial in einer festen und unabänderlichen Proportion stehen, daß jede Änderung des einen eine Änderung der beiden anderen nach sich ziehe? Cairnes würde wahrscheinlich antworten, jetzt habe sich der Charakter der Unternehmer geändert, den er damals als fest-

stehend angenommen hatte. Aber eine unrichtige Theorie wird trotz aller Hilfsmittel und Konzessionen sich nicht in eine richtige verwandeln können, wenn sie von irrigen Voraussetzungen ausgeht. Was Cairnes hier und anderswo lehrt, ist die alte Ricardosche Doktrin, daß hohe Gewinne hohe Löhne und sinkende Gewinne sinkende Löhne bedeuten, daß die Bewegung der Gewinne die natürliche Ursache der Veränderung der Löhne sei und wie in diesem Punkte, so zeigt er sich auch in anderen als Ricardos und Mills Schüler. Wie Ricardo, so vertritt auch er die Meinung, daß die Marktlöhne von der Größe der Bevölkerung und dem Kapital abhängen. Der Unterschied liegt nur in der Benennung, nicht in der Sache. Cairnes vermeidet den Ausdruck „Marktlohn" und sagt auch statt Kapital lieber Lohnfonds. Er hat es aber auch eigentlich nicht mit dem Marktlohn zu tun, sondern wie Ricardo sucht er, was den natürlichen dauernden allgemeinen oder Durchschnittslohn bestimmt. Ferner hatte Ricardo das später sogenannte eherne Lohngesetz aufgestellt[1]) und ausführlich den Einfluß der Bevölkerungszahl auf den Lohn untersucht, während der andere Faktor, das Kapital, bis auf Mill ziemlich unberücksichtigt blieb. Hier stellt sich nun Cairnes mehr zu Mill. Er vernachlässigt das Verhältnis der Bevölkerung und des standard of life zu dem allgemeinen Lohn und untersucht getreu seiner Meinung, daß von der Akkumulation des Kapitals und vom Profite die Löhne abhingen, die Bewegungen des Kapitals, den Spartrieb, nationale Industrie u. s. w. Ricardo wollte zeigen, daß die Löhne trotz aller Verschiedenheit der Profite immer um einen Punkt balancieren und sich immer wieder auf denselben einstellen, dieser Punkt ist bezeichnet durch den natürlichen Lohn und den standard of living. Cairnes zeigt, von Mill beeinflußt, daß die Gewinne immer um einen fixen Punkt balancieren, das Profitminimum, und daß alles übrige für Löhne bestimmt ist. Bei Ricardo sind die Löhne, bei Cairnes die Gewinne fix.

Stellen wir die Schriftsteller, die gedanklich zusammengehören, in zwei Reihen nebeneinander: Ricardo, Mac Culloch, Torrens und ihren letzten Ausläufer Cairnes einerseits, Longe, Thornton, den Mill der späteren Zeit, und Cliffe Leslie anderseits,

[1]) Wenigstens für eine oberflächliche Interpretation scheint er es getan zu haben.

so erkennen wir in dem Streit um den Lohnfonds nicht eine bloße Meinungsverschiedenheit in einer wissenschaftlichen Spezialfrage, die weiter keine besondere Bedeutung hat, sondern es stehen sich zwei völlig verschiedene Auffassungen und Urteile über soziales Geschehen, zwei Forschungsmethoden gegenüber, es ist ein Prinzipienstreit, der hier erörtert wird. Dort die naturrechtliche, mechanistische, deduktive und individualistische Konstruktion der wirtschaftlichen Vorgänge, hier ein Bemühen um kritische Erkenntnis des Realen, empirische Behandlung und ethische Beurteilung. Besonders die Studie von Cliffe Leslie hat solchen symptomatischen und methodologischen Wert. Er protestiert gegen Ricardos Methode und gegen Senior, der sich wehrte, die politische Ökonomie als eine Wissenschaft avide de fait beschimpfen zu lassen. Die Gesetze der Nationalökonomie sind keine Naturgesetze wie die der Astronomie, meint Leslie, und ihre praktischen Regeln nicht so einfach und einleuchtend wie arithmetische Formeln: „Die Nationalökonomie muß sich mit dem Range einer induktiven statt einer rein deduktiven Wissenschaft begnügen; sie wird aber so an Nützlichkeit, Interesse und Wahrheitsgehalt weit mehr gewinnen als die völlige Entschädigung für den Verlust eines fiktiven Anspruchs auf mathematische Genauigkeit und Bestimmtheit!“ Aber nicht nur, daß die Detailuntersuchung an Stelle der Gesamtgrößen tritt, auch darin zeigt sich ein Fortschritt, daß neue, bisher unberücksichtigte Gesichtspunkte eingeführt und letzte Maßstäbe der Beurteilung angewendet werden, so daß die Lohnfrage nicht mehr von bloß ökonomischem sondern jetzt auch von ethischem und kulturidealen Standpunkte aus geprüft wird. Darin zeigt sich besonders der Unterschied der jetzigen von den früheren Kritikern der Lohnfondstheorie. Jones und Senior u. s. w. suchten nach einer neuen Lehre, weil sie sahen, die wirtschaftlichen Bedingungen, die Technik, die ganze Organisation des Wirtschaftslebens habe sich geändert. Jetzt merkt man auch den maßgebenden Einfluß der allgemein sittlichen und geistigen Anschauungen auf den Lohn, die ganze Auffassung des Verhältnisses von Kapital und Arbeit ändert sich unter solcher Betrachtungsweise. Dieser neuen Gesinnungsrichtung kann auch Cairnes sich nicht entziehen, nur wirkt sein Ankämpfen gegen die vermeintlich unwissenschaftliche Behandlung des Problems besonders stark als Reaktion

und unberechtigter Konservatismus. Indem man nun also durch genauen Hinblick auf alle bei der Lohnbestimmung mitspielenden Momente dazu gelangt, die Naturgesetzlichkeit des Lohnes zu leugnen und den allgemein menschlichen und individuellen Motiven einen weiten Spielraum in der Festsetzung einer Lohnrate einräumt, ergibt sich, wie von selbst, aus der Sache heraus eine über die bloß wirtschaftliche hinausgehende Betrachtungsweise, so wie Mill es ausdrückt: Alle menschlichen Angelegenheiten, die nicht endgültig durch Naturgesetze entschieden sind, fallen der Beurteilung durch die Moralgesetze anheim (Mills Selbstbiographie). Freilich blieb noch genug zu tun, wie wir sehen werden, bevor sich aus dem alten Schutt ein neues Gebäude hob und auch bevor man den alten Lehren völlig gerecht wurde, aber der Anfang war gemacht.

Die zwei modernen Richtungen: Kritiker und Synthetiker

Eine merkwürdige Doppelrolle spielt Jevons in der Geschichte der Lohnfondstheorie. Er tritt auf als scharfer Bekämpfer derselben und doch dienten seine Lehren — und nicht zum wenigsten die zu Grunde liegende Methode — als Bausteine zu einer Wiederherstellung dieser Theorie. Er wurde so der unabsichtliche Neubegründer der Lohnfondstheorie und vermittelt passend den Übergang von einer Schule zu einer andern völlig anders gearteten. Schon in der Vorrede zur ersten Auflage seiner Theory of Political Economy (1871) nennt er die sogenannte Lohnfondstheorie einen reinen Schwindel; sie gebe sich aus als eine Lösung des eigentlichen Problems der ökonomischen Wissenschaft: die Löhne der Arbeiter zu bestimmen; bei genauerem Zusehen aber enthülle sie sich als bloßer Gemeinplatz, nämlich daß die Durchschnittsrate der Löhne gefunden wird durch Division des gesamten auf Löhne bestimmten Betrags durch die Zahl der Teiler. Die Lohnfondstheorie ist übrigens nach Jevons' Meinung ähnlich wie die Bevölkerungslehre nur das Ergebnis einer verkehrten Problemstellung der wissenschaftlichen Ökonomik. Als deren eigentliche Fragestellung erscheint ihm: gegeben eine bestimmte Bevölkerung mit verschiedenen Bedürfnissen und Produktivkräften im Besitze von bestimmten Böden und anderen materiellen Hilfsquellen; gesucht ist die Weise, ihre Arbeit so zu verwenden, daß daraus das Maximum des Güternutzens resultiert. Es ist also die „Arbeit" der eigentliche Mittelpunkt der Produktion und ihr Interesse der eigentliche Gegenstand der Wissenschaft. Die Schriftsteller aber wenden das Problem anders und behandeln

die Arbeit als eine Ware, die vom Kapitalisten aufgekauft wird. Die Arbeit wird so Objekt von Angebot und Nachfrage — ein Passivum —, anstatt daß diese Gesetze wirksam werden in der Verteilung der Produkte der Arbeit. Die Arbeit wird etwas, dessen Wert reguliert wird durch Angebot und Nachfrage, anstatt daß der Wert der (Produkte der) Arbeit bestimmt, wie Angebot und Nachfrage wirken, und die Lohnfondstheorie ist nun das bequeme, aber völlig nichtssagende Mittel, welches angibt, um welchen Preis das Kapital die Arbeit aufkaufen kann. Sie sagt aber gar nichts darüber, wie groß der zur Verteilung kommende Betrag ist. Und selbst wenn die Theorie richtig wäre für einzelne Erwerbszweige und Arbeitergruppen, so besteht doch die viel größere Schwierigkeit, die verschiedenen Lohnraten in den verschiedenen Gewerben zu erklären. Denn die Ricardosche Vereinfachung des Gegenstandes, daß es eine natürliche Lohnrate für Arbeit gebe und daß alle höheren Lohnraten nur Ausnahmsfälle seien, die aus anderen (mehr zufälligen) Ursachen erklärt werden können, ist unannehmbar.

Interessanter als seine Kritik der Theorie, in der es sich übrigens auf den schon besprochenen Aufsatz von Cliffe Leslie bezieht, ist seine positive Darlegung einer richtigen Lohntheorie. Die Elemente derselben sind natürlich die alten, nur die Anordnung und die Folgerungen und auch diese nur zum Teil sind neu. Zunächst einmal: Arbeit, Land, Kenntnisse und Kapital müssen als vereinigte Bedingungen des ganzen Endprodukts betrachtet werden, nicht aber als Ursachen je eines Teiles des Produkts. Daher gibt's in einem elementaren Gesellschaftszustand, wo eine Person alle diese Produktionsmittel besitzt und das Produkt das Gesamtergebnis der sämtlichen Bedingungen ist, keine Löhne, Zinsen, Rente u. s. w., kein eigentliches Verteilungsproblem. Dies entsteht erst, wenn gesonderte Besitzer der Produktionselemente ihr Eigentum verbinden und miteinander handeln; in diesem Falle ist die Verteilung ganz unterworfen den Gesetzen des Wertes und vom Angebot und Nachfrage. Jeder Arbeiter bringt dann wie jeder Grundbesitzer und jeder Kapitalist in den gemeinsamen Stamm einen Teil der zusammensetzenden Elemente und handelt um den besten Teil des Produkts, den die Marktlage ihm mit Erfolg zu beanspruchen gestattet. Der Arbeiter muß in der Theorie als Inhaber

eines Monopols betrachtet werden, genau so wie der Landbesitzer und Kapitalbesitzer. Eigentum ist nur ein anderer Name für Monopol. Nun aber: wo verschiedene Personen genau das gleiche Eigentum haben, sind sie dem wichtigen Gesetz „der Indifferenz" unterworfen, d. h. es kann auf offenem Markte in einem gegebenen Momente nur ein Preis für genau den gleichen Artikel existieren. Das Monopol ist beschränkt durch die Konkurrenz. Aus diesen teilweise alten, aber besser formulierten Lehren der Klassiker folgert nun Jevons: die Lohnraten unterliegen denselben formalen Gesetzen wie die Renten. Die Klassiker haben immer die Rente aus den Produktionskosten ausgeschaltet, indem sie sagten, die Rente sei die Wirkung, nicht die Ursache hohen Güterwertes; umgekehrt wurden die Löhne als die Ursache, nicht als die Folge hohen Güterwertes betrachtet. Dies sei unrichtig. Auch die Löhne seien offenkundig die Wirkung und nicht die Ursache des Güterwertes. Zur Verdeutlichung: ein Mann, der 6 sh. pro Tag in einer Beschäftigung erhalten kann, wird sich nicht zu einer andern Art von Arbeit wenden, wofern er nicht da ebenfalls 6 sh. oder mehr zu erhalten erwarten darf. Es gibt keine absoluten Produktionskosten der Arbeit; sie sind immer nur relativ. Das Rentenprinzip auf die Arbeit angewendet heißt: jeder sucht die Arbeit, in welcher seine ihm eigentümlichen Fähigkeiten das Maximum von Nutzen produzieren, gemessen an dem, was andere Leute für das Produkt zu zahlen gewillt sind. So ist der Wert des Produkts die Quelle des Lohns, und man braucht nur die oben abgewiesene Ricardosche Lehre umzukehren, um die richtige Lohntheorie zu erhalten; nicht der Lohn ist bestimmt und fix, der Profit variabel, sondern umgekehrt: der Profit wird zuerst bestimmt (Cairnes' Minimalprofit), dann geht ein Teil für Rente und Steuern ab, und der ganze Rest des Produkts gehört dem Arbeiter (Residualtheorie), „der Lohn eines Arbeiters fällt schließlich mit dem zusammen, was er produziert nach Abzug der Rente, Steuern und des Kapitalzinses." So — müßte es sein, wenn der Arbeiter Besitzer aller Produktionsinstrumente und folglich auch seines Produktes wäre, aber so ist es nicht, der Kapitalist ist eine Person, der Arbeiter eine andere. Wie erklärt nun Jevons diese Komplizierung des Problems? Kapitalistische Unternehmer und Leiter der Produktion schätzen ab, wie viel Produkte sie erwarten können, und von der Menge

des zukünftigen Produkts hängt ab, wie viel Kapital sie investieren und wie viel Arbeit sie kaufen werden. Sie zahlen die niedrigsten Löhne, zu denen die erforderliche Arbeit erhältlich ist. Übersteigt das erhaltene Produkt den Durchschnitt dessen, was man erwartet hat, so werden diese ersten Produzenten große Profite machen. Diese locken andere Kapitalisten an, so entsteht Konkurrenz unter ihnen um die besten Arbeiter und — wo zwei sich streiten, freut sich der dritte — die Löhne steigen. Die Konkurrenz wird fortgesetzt bis zu dem Punkte, wo sich das investierte Kapital zum Marktzinsfuße gerade noch rentiert. Gleichzeitig sind die Löhne immer gestiegen, so daß die Arbeiter den ganzen Überschuß des Produkts einheimsen, — wenn nicht durch einen Preisfall der Produkte die Konsumenten den Vorteil haben. Ob das letztere der Fall sein wird oder nicht, hängt von der Art der erforderten Arbeit ab; ist hochqualifizierte Arbeit nötig, dann wird die Konkurrenz der Arbeiter gering sein und es besteht eine dauernd hohe Lohnrate. Braucht man aber nur gewöhnliche Durchschnittsarbeit, dann fallen die Löhne, und das Publikum wird den Vorteil der Verbilligung der Waren haben. Man sieht sofort, daß eine Menge Fragen unbeantwortet bleiben. Wie ist es z. B. dann, wenn die menschliche Arbeit einerseits, die Konkurrenz der Kapitalisten anderseits gänzlich oder zum Teil eliminiert wird? Diese Darstellung des Sachverhalts enthält, fährt Jevons fort, eine zeitweise Anwendung der Lohnfondstheorie. Es ist die eigentliche Funktion des Kapitalisten, die Arbeit zu erhalten, bevor das Resultat vollendet ist, und da viele Gewerbszweige große Auslagen erfordern, bevor noch irgend ein endgültiges Ergebnis erreicht ist, folgt, daß die Kapitalisten das Risiko jedes Gewerbzweiges auf sich nehmen müssen, wo die letzten Profite noch nicht genügend bekannt sind. Aber wir haben jetzt einen Schlüssel für den Kapitalbetrag, der zur Zahlung von Löhnen in irgend einem Gewerbezweige verwendet wird. Dieser Kapitalbetrag wird abhängen von der Größe der antizipierten Gewinnste, und die Konkurrenz der Kapitalisten um tüchtige Arbeiter wird dazu führen, den letzteren ihren gesamten gesetzmäßigen Anteil am Endpunkt zu verschaffen. Jevons verdeutlicht diese zeitweise Wirksamkeit des Lohnfonds an einem Beispiel: es soll ein Kabel gelegt werden; die Profite sind ungewiß, je nach der

Schätzung der Kapitalisten wird Kapital investiert. Werden die künftigen Produkte hoch geschätzt, wird viel Kapital angelegt; alle Arbeiter, die zu der Arbeit zu gebrauchen sind, werden angestellt werden, und hohe Löhne bekommen. In diesem Stadium ist der Lohnfonds wirksam. Aber nach einer Reihe von Jahren hat sich die Situation geändert. Die Kapitalisten lernen genau, wie groß die Profite aus der Kabellegung sind. Es wird nur so viel Kapital darin angelegt, als den Durchschnittsprofit darin findet, nicht mehr und nicht weniger, und die Durchschnittsrate der Löhne jeder Art von Arbeit wird reduziert auf den dieser Arbeit von bestimmter Geschicklichkeit gebührenden Durchschnitt.

In seiner Bekämpfung der Lohnfondstheorie erscheint uns Jevons als der vorwärts drängende, beinahe leidenschaftliche Reformator: „Unsere Wissenschaft stagnieret allzusehr; Meinungen anstatt Erfahrung und Vernunft machen sich breit.“ Und was ist das Haupthindernis für den Fortschritt? Die Autoritäten: also weg mit allen Glaubenssätzen, und Aufbau von Grund auf. Was sich ihm als unauslöschliche Überzeugung aufgedrängt hat, ist, „daß die einzige Hoffnung, ein wahres System der Ökonomik zu erhalten, darin besteht, ein für allemal die verwirrenden und abgeschmackten Annahmen der Ricardoschule beiseite zu werfen.“ Our English Economists have lived in a fool's paradise. Und was soll an die Stelle treten? Vor allem eine neue Methode: die exakt-mathematische. Die Ökonomik muß eine mathematische Wissenschaft, Nutzen, Wert, Arbeit, Kapital mathematische Begriffe werden, jeder ökonomische Satz die Form einer Gleichung annehmen. Nun sollte man meinen, daß einem mathematischen Theoretiker die Lohnfondstheorie sehr willkommen sein müßte, aber wie wir sahen, Jevons will nichts mit dieser Art von Mathematik zu tun haben. Er verwirft sie gänzlich — aber was er an ihre Stelle setzt, möchte wohl auch nicht den Anspruch auf unbeschränkte Gültigkeit, höchstens auf mathematische Korrektheit haben. Wenn wir nur einige wenige Tatsachen hervorheben: die Residualtheorie, wie sie Cairnes, Jevons u. a. lehren, widerspricht aller Erfahrung und Tatsächlichkeit, die Löhne sind in Wirklichkeit nicht das, was zuletzt sich bildet, sondern der Lohn des Arbeiters wird vom Kapitalisten von vornherein fixiert, bevor die Produktion zu Ende kommt, und der Kapitalist ist durchaus

nicht, wie diese Theorie annimmt, auf eine „Minimalrate für Enthaltsamkeit“ angewiesen. Ferner, das Kapital, von dem Jevons sagt, es diene zum Unterhalt der Arbeiter während der Produktionsperiode, bevor das Resultat erreicht ist, erfüllt diese Funktion, bei Berücksichtigung des „realen“ Kapitals nicht nur ausnahmsweise, sondern immer und in allen Stadien der Produktion, solange der Arbeiter sich nicht selbst ernährt. Dies gilt umsomehr, wenn man berücksichtigt, wie Jevons das Kapital definiert. Für ihn sind Nahrungsmittel das typische Kapital und die letzten Elemente allen Kapitals. Es sei die eigentliche Funktion des Kapitals, die Arbeiter, während sie auf das Endergebnis ihrer Arbeit warten, zu ernähren. Kapital sind letzten Endes die Lebensmittelvorschüsse (vgl. Ricardo). Man müßte also sagen, daß der Ausnahmefall, in dem Jevons den Lohnfonds wirksam sein läßt, in Wirklichkeit die Regel sei, und dann wären wir wieder bei der alten Theorie; und was übrig bleibt — ist der Radikalismus in der Verwerfung der alten Theorie und die Bestätigung seines Satzes: Wenn man einen Fehler bei ihm findet, so ist es einer, den er mit allen denjenigen Neuerern der Nationalökonomie teilt, die ihre neuen und richtigen Lehren als Gegensätze der bisherigen Fundamentalsätze ausgaben, anstatt — was sie fast immer sind — als Entwicklungen derselben.

Von Jevons gehen zwei Richtungen aus, die wir vorläufig und äußerlich zweckmäßig Gegner und anderseits Neubegründer der Lohnfondstheorie nennen können; letzten Endes ist der Unterschied der Meinungen ein Unterschied der Methoden. Die Gegner, zu denen wir Shadwell, Francis Walker und Sidgwick als typische Vertreter zählen, sind innerlich vereinigt nicht bloß durch ihre Gegnerschaft gegen die alte und neue Lohnfondstheorie, sondern auch durch gemeinsame Anschauungen über die wahren lohnbestimmenden Ursachen. Sie stellen die Produktivität der Arbeit in den Vordergrund, einen Faktor, den die Lohnfondstheoretiker ungebührlich vernachlässigt hatten. Wir wollen die Vertreter dieser Schule gemeinsam betrachten und die Hauptpunkte, auf die es ankommt, mit möglichster Deutlichkeit herausstellen und ebenso bei der andern Gruppe von Schriftstellern verfahren. Zunächst ist hervorzuheben, daß die genannten Autoren sich nicht damit begnügen, die Lohnfondstheorie zu widerlegen und eine

andere Lehre an deren Stelle zu setzen, sondern sich auch schon die Mühe geben, die Lohnfondstheorie auf ihre Entstehung hin zu verstehen und zu erklären, woraus wir ohne weiteres auf ihre Methode, die historisch-kritische, schließen dürfen. Die Lohnfondstheorie erscheint ihnen als eine Verallgemeinerung beschränkt richtiger Tatsachen und besonders einiger nationalen Erfahrungen zu einem allgemeinen Lohngesetz. Diese Theorie, meint Walker, spiegle die Verhältnisse wieder, die in England während und unmittelbar nach den Napoleonischen Kriegen herrschten. Viel Kapital[1]) und niedrige Löhne — daraus folgt: die Löhne kommen aus dem Kapital, und die Lohnrate ist immer bestimmt durch das Verhältnis von Kapital zu Bevölkerung. In Amerika herrschten zu gleicher Zeit hohe Löhne trotz geringen Kapitals und eines beständigen Bevölkerungszuwachses. Daß die Theorie trotz veränderter Wirtschaftsverhältnisse beibehalten worden war, erklärt Walker daraus, daß sie immer die gerade existierenden Löhne rechtfertigte. Sie war ein theoretisches Hilfsmittel der Reichen gegen die Arbeiter, gegen Klubs und Gewerkvereine. Beklagte sich ein einzelner Arbeiter über zu niedrigen Lohn, so konnte man ihm antworten, das sei eine Angelegenheit, die er ganz und gar mit der Arbeiterklasse auszumachen habe. Bekomme er mehr, müsse darum ein anderer um ebendenselben Betrag weniger bekommen oder überhaupt nichts. Den einzelnen Arbeitergruppen, die für bessere Löhne streikten, konnte man sagen, sie kämpften gegen einen arithmetischen Fundamentalsatz. Was nun Mill mit seiner Selbstverständlichkeit: der Lohn sei bestimmt durch Lohnfonds und Bevölkerung, sagen wollte, war, wie Sidgwick richtig hervorhebt, bloß dies, daß der zur Lohnzahlung bestimmte Betrag abhänge vom Gesetz der Zunahme des Kapitals, d. h. vom Sparen. Aus der bloßen Zunahme der volkswirtschaftlichen Ersparnis kann aber durchaus nicht auf eine Zunahme und gar auf eine proportionale Zunahme des Lohnfonds während dieser Zeit geschlossen werden. Alles hängt vielmehr davon ab, in welchem Verhältnis die Ersparnisse zwischen Lohn und anderem Kapital geteilt zu werden tendieren. Verschiedene Möglichkeiten stehen nebeneinander: ist die gewerbliche Nachfrage nach Kapital gegeben,

[1]) Marshall behauptet das Gegenteil.

so ist doch die Menge desselben, die vorteilhaft zur Unterstützung der Arbeit verwendet werden mag, nichts Fixes, sondern sie wird größer oder geringer sein je nach dem Fallen oder Steigen der Zinsrate. Angenommen, es finde ein Zuwachs des Gesamtkapitals im Verhältnis zur Zahl der Arbeiter statt, und es steige infolgedessen — ceteris paribus — die Lohnrate und die Zinsrate falle, so folgt doch als begleitende Wirkung auch eine Zunahme im Verhältnis des Nichtlohn- oder Hilfskapitals zur Arbeit und wieder infolge dieser vermehrten Unterstützung der Arbeiter durch Kapital eine Vermehrung der durchschnittlichen Produktivität der Arbeit und des jährlichen Gesamtprodukts und so des eigentlichen Lohnfonds. Anderseits ist theoretisch die Annahme gerechtfertigt, daß neue Kapitalinvestitionen im Durchschnitt das Feld für gewinnbringende Kapitalverwendung nach einigen Richtungen um so viel vergrößern, als sie es nach anderen verengen; so daß in der Tat die Zunahme des Kapitals die Produktivität der Arbeit im selben Grade vergrößert wie den Lohnfonds und doch keinen Fall der Zinsrate bewirkt. Und schließlich wenn technische Änderungen die Nachfrage nach Produktionskapital vergrößern, ist's möglich, daß der Betrag, der von den Kapitalisten auf Löhne verausgabt wird, zeitweilig abnimmt, trotzdem das Gesamtkapital des Landes wächst, wenn einmal eine ausgedehnte Umwandlung zirkulierenden Kapitals in stehendes erfolgt. Aus diesen Erwägungen ergibt sich, daß die Durchschnittslohnrate aus dem bloß numerischen Verhältnis von Kapital zu Bevölkerung nicht bestimmbar ist.

Bisher wurde die Lohnfondstheorie widerlegt, ohne daß man deren eigentlichen Grundstein: die Löhne kommen vom Kapital, und das Kapital ist das Maß aller Löhne, angegriffen hätte. Aber dieser Satz selbst ist, so wird jetzt gelehrt, falsch. Die Löhne sind letzten Endes nicht aus dem Produkte früherer Arbeit, dem Kapital, gezahlt, sondern sie stammen aus dem Produkt der gegenwärtigen Arbeit, und die Produktion ist das Maß aller Löhne. Sehen wir zu, was Walker über diesen Punkt lehrt. Der Unternehmer kauft Arbeit nicht deshalb, weil er einen Fonds zum Kauf der Arbeit besitzt, sondern weil er an und aus der Arbeit profitieren will. Nicht also, weil er Kapital hat, sondern weil er Kapital vorteilhaft anlegen und es vermehren will, kauft er Arbeit.

Der eigene Gewinn ist und muß die große Triebfeder für die Produktion sein. Dieses Motiv bestimmt ihn nicht bloß einmal und im Anfang, sondern während der ganzen Dauer seiner Produktion und in jedem Augenblick. Er kauft also Arbeit mit Rücksicht auf das Produkt der Arbeit, und die Art und Größe dieses Produkts bestimmt, was er an Löhnen ausgeben kann. Auf die Dauer muß er weniger als das ganze Produkt geben, weniger nämlich um das, was sein Gewinn ist. Der Wert des Produkts, nicht der Besitz eines Fonds, der verteilt werden muß, bestimmt die Höhe der Löhne. So ist's also die Produktion, nicht das Kapital, die das Motiv zur Bezahlung von Arbeitern und den Maßstab der Löhne bildet. Dies ungefähr der Gedankengang Walkers; wie wir sehen, unterscheidet er sich hier in fast nichts von Thornton und Cairnes; auch letztere erklärten den Wert der Produkte als Bestimmungsgrund der Löhne und Gewinne: „die Löhne und Profite eines Gewerbes verhalten sich zu den Löhnen und Profiten eines andern wie die Werte der Produkte in den verschiedenen Gewerben" (Cairnes). Aber nur die relativen Löhne werden so bestimmt, nichts dagegen ausgesagt über die positive Entlohnung aller Klassen, Arbeiter und Unternehmer und die Wohlfahrt derselben. Weiter war Cairnes' Meinung, daß allerdings die Löhne in einer nicht gar langen Zeit durch das Produkt begrenzt, während sie zunächst und augenblicklich durch das zur Lohnzahlung verwendbare Kapital bestimmt sind. Aber aus dem weiteren Verlauf wird klar, wohin Walker tendiert. Er macht sich selbst den Einwurf: man kann zugeben, daß die Löhne wirklich aus dem Produkt der laufenden Arbeit bezahlt sind und daß das Kapital die Löhne nur indirekt beeinflusse, sofern es nämlich die Produktion bestimme, und so wäre doch das Kapital ein Maßstab für die Löhne dadurch, daß es die Produktion bestimmt. Es kommt also darauf an, zu zeigen, daß das Kapital in keinem bestimmten und konstanten, notwendigen Verhältnis zur Produktion stehe. Cairnes lehrte, daß die drei Produktionselemente immer in einem festen und berechenbaren Verhältnis kombiniert seien, ohne freilich seine Behauptung im Laufe der Darstellung konsequent aufrechterhalten zu können. Walker zeigt, daß zwischen Produktion und Kapital und demnach auch zwischen Preis der Arbeit und Kapital kein von vornherein fixes und unab-

änderliches Größenverhältnis existiere. Er führt zwei Gründe an: 1. das Verhältnis des Kapitals zum Produkt der Arbeit wechselt je nach der Fülle oder dem Mangel der natürlichen Hilfskräfte der Produktion. 100 Arbeiter können mit demselben Kapital in einem Falle genau zweimal so viel produzieren, als 50 Arbeiter mit demselben Kapital, ein andermal bei günstigen Umständen viel mehr als zweimal so viel; 2. ändert sich das Verhältnis mit den ökonomischen Qualitäten der Arbeiter (die selbst erst zum Teil durch die wirkliche Lohnrate bedingt sind). Angenommen, es seien Maschinen, Rohmaterial und Unterhaltsmittel auf 1 Jahr für 100 Arbeiter gegeben, so macht es einen bedeutenden Unterschied hinsichtlich des Endergebnisses der Produktion, ob die Arbeiter Engländer oder Ostindier sind. Daraus ergibt sich schon, meint Walker, daß das Kapital kein geeigneter Maßstab ist zur Bestimmung des Betrags, der innerhalb eines Jahres oder einer Reihe von Jahren zum Kauf von Arbeit verwendet werden kann. Dagegen kann man aber einwenden, daß damit doch eigentlich die Lohnfondstheorie nicht widerlegt ist, und daß ein Anhänger derselben diese Sätze Walkers akzeptieren könnte, ohne im geringsten von der Unrichtigkeit der Lohnfondstheorie überzeugt zu sein. Er würde etwa sagen: gewiß sind für das Ergebnis der Produktion die Natur, Grund und Boden und die Qualitäten der Leute sehr wichtig. Aber der Annahme gemäß waren ja nur Unterhaltsmittel für 1 Jahr da und diese sind der Fonds, von dem die Löhne u n d die Produktion abhängen. Das Kapital bestimmt also nicht indirekt erst die Produktion, dann die Löhne, sondern Produktion und Löhne sind in gleicher Weise direkt vom Kapital abhängig. Diesem Einwand ist Walker allerdings ausgesetzt, aber der Sinn seiner Meinung ist ganz richtig. Sidgwick behandelt diesen Punkt gründlicher. In einem bestimmten Sinn, sagt Sidgwick, sind allerdings die Löhne aus dem Kapital gezahlt. In demselben nämlich, wie Zinsen und Renten aus dem Kapital gezahlt werden. Ein Teil des Kapitals eines Landes ist stets „remuneratory“, ein anderer „auxiliary“; ersteres sind die vorhandenen Endprodukte, die zur Konsumtion der Arbeiter sowohl als aller anderen dienen. Aus diesem Realkapital eines Landes kommt natürlich auch der Reallohn der Arbeiter, die Arbeiter kaufen ihn um ihren Geldlohn, den sie von Zeit zu Zeit

erhalten. Aber deswegen kann man doch noch nicht die Reallöhne als des Unternehmers Kapital ansehen, das er den Arbeitern vorschießt. Zwischen Unternehmer und Arbeiter vollzieht sich ein Geschäft, derart, daß der erstere das Ergebnis seiner Wochenarbeit verkauft und dieses dadurch in das Kapital des Unternehmers eingeht, und letzterer gibt ihm dafür — der Handel wird der Einfachheit halber außer Betracht gelassen — einen Teil der in seinem Besitz befindlichen Endprodukte. Wenn diese Transaktion vollzogen ist, ist folgendes geschehen: ein Teil des nationalen Kapitals hat eine Umbildung aus einer Form in eine andere erfahren, ein Prozeß, dem alles Kapital beständig unterliegt. Es existiert jetzt in Form der Resultate einwöchentlicher Arbeit, während es früher aus fertigen, aber unverkauften Waren bestanden hatte, die eben jetzt in die Konsumtion des Arbeiters übergehen. Es bilden also die Güter irgendwelcher Art und auf irgend einer Stufe der Vollendung das Realkapital eines Landes, das von den Unternehmern gekauft wird, und die Waren, die beständig in die Konsumtion der Arbeiter eingehen, stellen sich dar als der Anteil der Arbeiter am Gesamtprodukt. Paradox könnte man auch sagen: das Lohn k a p i t a l ist kein L o h n kapital, solange es Kapital, wenigstens solange es Kapital der Unternehmer ist. Wir sehen also, daß eine Zunahme des Kapitals an sich noch nicht Zunahme des Lohnfonds bedeutet, also auch kein geeignetes Maß für die Löhne bildet. Es tendiert diese Zunahme nur indirekt die Löhne zu erhöhen insofern nämlich, als sie 1. das Gesamtprodukt vermehrt dadurch, daß sie die gewerbliche Tätigkeit mit vermehrten Hilfsmitteln versorgt und 2. den Anteil der Arbeiter am Produkt vergrößert, weil infolge des vermehrten Angebotes an Kapital die Zinsrate sinkt. Nun läßt sich freilich nicht leugnen, daß der Arbeiter während der Produktion vom Produkte früherer Arbeit erhalten werden muß, und gerade die Übertreibung dieser Elementarwahrheit ist der eigentliche innere Entstehungsgrund der Lohnfondstheorie. Gewiß kann der Ackersmann im Dezember nicht vom Korn, das in der nächsten Ernte wachsen wird, ernährt werden, aber daraus folgt nicht, — und damit sind wir bei dem Einwurf, den wir oben Walker entgegengehalten haben —, daß der Getreideanteil des ländlichen Arbeiters oder überhaupt der Arbeiter an der vorjährigen Ernte

ein für allemal begrenzt ist. Die von den Lohnarbeitern oder auch von den Handwerkern verzehrten Waren sind nicht durch eine scharfe Linie von den von andern verzehrten geschieden; darum würde jede Ursache, die den Lohn der Arbeit überhaupt auf Kosten des Kapitalzinses oder der Rente, oder die Entlohnung der Handarbeit auf Kosten anderer Arbeit zu erhöhen tendiert, in ihrer Wirkung nicht gehindert durch die gleichzeitig bestehende Tatsache, daß die vorhandenen aufgespeicherten Vorräte von Genußgütern einer verschiedenen Produktenverteilung angepaßt sind; wenn auch wahrscheinlich ein Teil dieser Wirkung zeitweise absorbiert würde durch ein Steigen des Tauschwerts der Hauptgenußartikel der Arbeiter. Das ist es gerade auch, worauf Walker abzielt. Die Lohnfondstheoretiker behaupten bisweilen, daß das Kapital, womit die Produktion begonnen wurde, in dem obigen Beispiel die Subsistenzmittel für 100 Arbeiter auf 1 Jahr, während des Produktionsprozesses nicht vermindert und nicht vermehrt werden könne, sondern jedenfalls und immer auf Löhne verwendet werden müsse. Daß ein Kapital zur Produktion da sein muß und daß der Arbeiter vom Produkte früherer Arbeit erhalten wird, heißt doch noch nicht, daß dieses Kapital keiner Veränderung fähig sei. Walker stellt also keineswegs die Wichtigkeit des Kapitals für den Produktionsprozeß in Abrede, er leugnet nur, daß es einen sicheren Maßstab für die Löhne bilde und damit hat er wohl recht.

Nun eine neue Frage: kann man oder inwiefern kann man den Lohn als Kapitalvorschuß betrachten? Walker meint, daß wenn auch bei einer „philosophischen Betrachtung des Gegenstandes“ die Löhne als vom Produkt der laufenden Arbeit bezahlt betrachtet werden müßten, sie doch zu einem großen Teil in allen Staaten aus dem Kapital vorgeschossen seien. Sidgwick, wie wir sahen, von seinem mehr prinzipiellen Standpunkt, leugnet das und erklärt diesen angeblichen Kapitalvorschuß als eine Kapitaltransformation. Danach sind die Löhne aus dem Kapital nicht vorgeschossen, sie sind vielmehr Kapital oder können als Kapital gefaßt werden. Walker ist realistischer; er zeigt in einer interessanten Zusammenstellung den Arbeiter auf den verschiedenen Stufen der volkswirtschaftlichen Entwicklung: den Jäger, den Fischer, der vom Produkt seiner Arbeit und nur von diesem lebt,

den Ackerbauer, der vom Ergebnis seiner Arbeit sehr weit getrennt ist und daher von seinen und seines Herrn Ersparnissen leben muß, und den gewerblichen Arbeiter, der auch mehr oder weniger lange auf den Genuß seiner Arbeit warten muß. So wird ersichtlich, wie schwer eine einheitliche Lösung des Lohnproblems bei Beachtung der verschiedenen Entwicklungsstufen der Volkswirtschaft, der Verschiedenheit der Zahlungsmethoden und der Verschiedenheit der Löhne selbst zu finden ist. Weiter: wenn auch der Arbeiter Vorschüsse aus dem Produkte früherer Arbeit erhält, so braucht er sie deswegen noch nicht von seinem Unternehmer zu erhalten, und es ist dabei auch nicht gesagt, daß der endgültige Lohn diese notwendigen Vorschüsse nicht um ein Beträchtliches übersteigen dürfe. Der Arbeiter kann selbst ein Kapital besitzen, von dem er sich während des Produktionsprozesses seinen Unterhalt schafft. Anderseits kann doch auch, wo er ganz vom Unternehmer abhängt, sein endgültiger Lohn sich nach dem Wert des Produktes richten. In alten Ländern sind die Vorschüsse an die Arbeiter allgemein groß, die Löhne werden wöchentlich oder monatlich bezahlt, aber es kommen Fälle vor, wo der Unternehmer den Wert seines Produkts täglich realisiert und der Arbeiter seine Zahlung monatlich erhält, wo also der Arbeiter mit seinem Lohne dem Unternehmer einen Teil des Kapitals, mit dem dieser arbeitet, vorschießt. In neubesiedelten Ländern sind die Vorschüsse in Form von Lohnzahlungen sehr gering. Nur den notwendigen Lebensbedarf erhält der Arbeiter im voraus, seinen endgültigen Lohn erst am Ende des Jahres, da ist der Unternehmer fast immer der Schuldner des Arbeiters. In diesem Falle ist es töricht, zu sagen, daß die Löhne aus dem Kapital kommen. Zur Zeit nämlich, wo der Arbeitsvertrag geschlossen wurde, existierte das Vermögen zur Zahlung des vereinbarten Lohnes noch gar nicht. Es wurde erst realisiert als Ergebnis dieses Arbeitsvertrags und der Leistung der Dienste, also mit den entstehenden Produkten. Es zeigt sich also, entgegen der Lohnfondstheorie, daß da, wo die Produktion groß, die Natur freigebig und die Arbeiter fleißig und geschickt sind, die Löhne auch bei ganz geringem Kapital hoch sein können. Da also dergestalt der Lohn nicht aus dem Kapital kommt, und das Verhältnis von Kapital zur Bevölkerungszahl nichts über die Durch-

schnittsrate des Lohnes aussagt, da vielmehr die Arbeit aus dem laufenden Produkte entlohnt wird und von der Größe des Produktenteils, den sie erhält, der Lohn bestimmt ist, so ist klar, daß der Lohn der Arbeit überhaupt von der Produktivität derselben abhängt. Unter Arbeit wird hier (besonders von Sidgwick) alle Art derselben, also sowohl die des gemieteten Arbeiters als auch des Kapitalisten Arbeit, als auch Arbeit auf eigene Rechnung verstanden. Die Zusammenfassung aller verschiedenen Arten von Arbeit in einen Begriff, meint Sidgwick, hat den Vorteil, daß sie ein Element in das Lohnproblem bringt, das bei Erörterung der einzelnen und speziellen Löhne zu sehr in den Hintergrund gerückt wird. Wenn wir die Veränderungen in den Löhnen dieser oder jener Gruppe von Arbeitern betrachten, so nehmen wir gemeinhin an, daß der reale Beitrag dieser Arbeit zum Gesamtprodukt gegeben ist, und das, was wir zu erforschen suchen, ist bloß die Änderung in dem Betrag des Äquivalentes, das die Gesellschaft für diesen Beitrag zu geben gewillt ist. Aber wenn wir die Entlohnung der gesamten Arbeit betrachten, so ist klar, daß sie ceteris paribus die Tendenz hat, zuzunehmen durch alles, was die Arbeit produktiver macht. Die Arbeit überhaupt erhält soviel als sie produziert, abzüglich des Preises für Kapital und Landnutzung. Entsprechend dieser Lehre nun müssen die gebräuchlichen Anschauungen über das Verhältnis von Kapital zur Arbeit alle geändert werden, was wir im einzelnen nicht verfolgen wollen. Veränderungen in der Technik, in der Arbeitsmethode, Änderungen des Zinsfußes u. dgl., alles kommt hier in Betracht und alles, was die Arbeit produktiver macht, wird lohnsteigernd wirken, auch eine Kapitalvergrößerung, aber nicht als solche, sondern insofern sie die Produktivität der Arbeit erhöht. Was wir hier vor uns haben, ist die Rückkehr zu Adam Smith. Nach langen Umwegen und vielen Irrungen landet die Theorie dort, von wo A. Smith mehr gefühlsmäßig als aus klarer Einsicht ausgegangen war. Dort hörten wir die Ansicht vertreten, wie das Wohl aller Klassen gesichert ist durch beständigen Fortschritt und stetige Arbeitsamkeit, hier ergibt sich dieselbe Forderung als logische Konsequenz einer Theorie. Der Arbeiter hat kein Interesse daran, daß die Profite möglichst hoch, noch der Unternehmer, daß die Löhne möglichst niedrig bleiben, sondern alle

Klassen sind wieder vereinigt in dem höhern sie alle umfassenden Interesse: der größtmöglichen Produktivität der nationalen Arbeit. Worin drückt sich nun, so können wir fragen, die Produktivität aus? Wenn wir die Löhne abhängen lassen von der Produktion beziehungsweise vom Wert der Produkte und als letzte Stufe der Produktion den Verkauf der Waren ansehen, so werden wir im Preise derselben, der sich unter dem freien Wirken von Angebot und Nachfrage bildet, ein Symptom der Produktivität unter den an dem bestimmten Ort und dieser bestimmten Zeit gegebenen Bedingungen erblicken können. Zwar der Preis der Ware bestimmt nicht direkt den Lohn der Arbeit, er ist wie die Konkurrenz nicht lohnbestimmend, sondern wie diese ein Merkmal größerer oder geringerer Produktivität, und der vorweg genommene Preis der Produkte, beziehungsweise die Schätzung der Kauffähigkeit der Konsumenten wird den Betrag begrenzen, den der Unternehmer wirtschaftlicherweise dem Arbeiter vorschießt. So ist die Anwendung dieser Produktivitätslehre mit der Lehre von dem lohnbestimmenden Einfluß des Konsumenten nicht im Widerspruch, sondern im Gegenteil eine Konsequenz derselben.

Wir müssen hier noch eines anderen Amerikaners, Henry Georges, gedenken, dessen Schriften sich, allerdings nicht wegen ihres wissenschaftlichen Gehalts, sondern wegen der praktischen Ziele, denen sie dienen, und der blendenden Darstellung eines weitverbreiteten Ansehens erfreuen. In seinem Werke „Fortschritt und Armut“ kommt er im ersten Buche sehr ausführlich auf die Theorie vom Lohnfonds zu sprechen. Um zu zeigen, daß alle Schäden in der Gesellschaft auf das bestehende Privateigentum an Grund und Boden zurückzuführen seien, kritisiert er vorerst die eine Anschauung, derzufolge die niedrigen Löhne und daraus folgende Verarmung der unteren Volksschichten dem Mangel an Kapital zuzuschreiben seien. Die Lohnfondstheorie sei falsch, denn sie widerspreche den offenkundigsten Tatsachen. Wenn es wahr wäre, daß viel Kapital hohe Löhne, wenig Kapital niedrige Löhne bedeuten, wie diese Theorie will, wie sei es alsdann möglich, daß in jungen Ländern ein hoher Zinsfuß mit hohem Lohnsatz zusammen besteht? Ist nicht der hohe Zinsfuß ein Zeichen des Kapitalmangels, niedriger Zinsfuß ein Zeichen der Kapitalfülle? Wenn also, was vorkommt, hoher Lohn (ein Zeichen reichlichen

Kapitals) und hoher Zinsfuß (ein Zeichen mangelnden Kapitals) nebeneinander gehen, dann ist das Kapital nicht die Lohnquelle und die Lohnfondstheorie falsch. So viel enthält im wesentlichen der kritische Teil der Argumentation. Eine Reihe scheinbar treffender Beispiele sollen den Wert dieser Beweisführung verstärken, können aber über die Unwissenschaftlichkeit der ganzen Theorie nicht hinwegtäuschen.

Gewiß, es ist die allgemeine Ansicht, daß in jungen Ländern sowohl der Arbeitslohn als auch der Kapitalzins als hoch zu bezeichnen seien. Aber es bedarf doch einer besonderen Untersuchung, wie weit diese populäre Meinung — besonders mit Bezug auf den Sachlohn und was dazu gehört — so allgemeingültig ist. Es kommt doch auch darauf an, wie hoch oder niedrig man die Entbehrungen einschätzen will, die sich der Neusiedler im Vergleich mit dem Kulturmenschen auferlegen muß. Aber wir wollen einmal zugeben, daß in neuen Ländern Arbeitsertrag und Kapitalertrag gleichmäßig hoch seien, mehr noch: wir wollen überhaupt einmal von den Verhältnissen in jungen Ländern absehen (da doch eine Theorie ihre Richtigkeit beziehungsweise Unrichtigkeit nicht bloß in speziellen Fällen, sondern ganz allgemein erweisen muß), so läßt die Lohnfondstheorie immer noch die Möglichkeit zu (was übrigens schon Cairnes, wenn auch nicht mit direktem Bezug auf George ausspricht), daß der für die Lohnzahlung in Betracht kommende Teil des Kapitals, das zirkulierende Kapital oder ein Teil desselben, eben das Lohnfondskapital, reichlich, das übrige Kapital jedoch nur spärlich vorhanden sei. In dem gleichzeitigen Nebeneinanderbestehen von hohen Löhnen und hohem Kapitalzins läge alsdann kein Widerspruch. Das junge Land bezieht etwa genußreife Waren aus alten Ländern; dieser Import vergrößert das verfügbare reale Lohnkapital (remuneratory capital), es zahlt mit dem Versprechen oder der Verpfändung einer viel größeren Menge seiner künftigen Schätze und Produkte, leistet also eben damit einen hohen realen Zins. Dieses Verhältnis wird durch den Geldmechanismus nicht verdunkelt; das gesamte Lohnkapital kann reichlich, das Leihkapital im Verhältnis zu denen, die Geld zu entleihen wünschen, gering sein. „Im Verhältnis“: hier liegt die eigentliche Schwäche der Georgeschen Beweisführung, wonach hoher Lohn und hoher

Kapitalzins nach der Lohnfondstheorie nicht gleichzeitig bestehen können. War es vorhin fraglich, ob der Lohn in Wirklichkeit im Verhältnis zur Anstrengung, Entbehrung u. s. w. hoch ist, so ist hier zu fragen, was mit hohem Kapitalzins gemeint ist. Es kann der Kapitalertrag, absolut genommen, immer noch wachsen, während er relativ, auf die Einheit bezogen, schon lange abnimmt. Es müssen nämlich Kapital und Arbeit in ihren Bewegungen gar nicht gleichen Schritt halten (was von einer verbesserten Lohnfondstheorie zugegeben wird). Während sich die Arbeit verdoppelt, kann sich das Kapital vervierfachen, der Zinsfuß nimmt ab, der Gesamtbetrag der Zinsen wächst. Diese Unterscheidung hat George völlig übersehen. Es ist die gleiche mißverständliche Auffassung, die etwa Ricardos Satz: hohe Profite = niedrige Löhne und umgekehrt mit entgegenstehenden Erfahrungstatsachen bekämpft, ohne zu beachten, daß hier Löhne in ganz singulärer Bedeutung weder die absoluten Geldlöhne noch die Sachlöhne, sondern die „Verhältnislöhne", hohe Löhne die Produkte vieler Arbeit bedeuten.

Im letzten Grunde fehlt es George hier wie sonst an einer wissenschaftlich fundierten Methode. Er versteht sich nicht auf tiefgehende Analyse volkswirtschaftlicher Phänomene. Er schließt aus oberflächlichen Symptomen, ohne zu berücksichtigen, daß ein und dasselbe Symptom auf verschiedene zu Grunde liegende Ursachen hinweisen kann, die gleiche Erscheinung auf verschiedene und verschieden stark wirkende Vorgänge zurückgehen kann![1])

[1]) So ist's auch mit der sog. Paralleltheorie und Konträrtheorie Man stellt zunächst einen ursächlichen Zusammenhang zwischen jeweiligem Getreidepreis und Arbeitslohn her und nun sagen die einen: Arbeitslohn und Getreidepreis steigen und fallen beide parallel, die anderen: sie bewegen sich nach entgegengesetzten Richtungen. Für beide Theorien werden aus der Erfahrung massenhaft Beispiele gestellt. Aber der jeweilige Getreidepreis ist bestenfalls doch nur ein Lohnbestimmungsgrund und sagt allein und für sich genommen noch nichts über die endgültige Lohngestaltung. Wenn die anderen Lohnbestimmungsgründe — außer dem Getreidepreis — zusammen stärker wirken, so kann ein hoher Arbeitslohn ebensowohl bei niedrigem wie bei hohem Getreidepreis vorkommen. Oder es besteht auch die andere Möglichkeit, daß die eine Theorie, z. B. die Paralleltheorie, für längere Zeitstrecken gilt, während sub specie momenti die Konträrtheorie im allgemeinen Bestätigung findet. So kann man nun auch nicht so leichthin aus dem Preis der Kapitalnutzung auf die Höhe des Arbeitslohnes schließen wollen, wie H. George.

Der Mangel an wissenschaftlicher Methodik macht sich in dem zweiten, positiven Teil seiner Lohntheorie noch unangenehmer bemerkbar. Er vertritt den Grundsatz, daß die Löhne nicht aus dem Kapital, sondern aus dem laufenden Produkt gezahlt werden. Aber wie vertritt er diese Behauptung? „Es ist eine grundlegende Wahrheit, die bei allen wirtschaftlichen Schlüssen festgehalten und nicht außer acht gelassen werden darf, daß die Gesellschaft in ihrer höchstentwickelten Gestalt nur eine Ausgestaltung und Vollendung derselben in ihren rohesten Anfängen ist, und daß die Gesetze, die in den einfachen Zuständen der Menschen offenkundig sind, durch die verwickelteren Verhältnisse, die durch Arbeitsteilung und Anwendung komplizierter Maschinen und Geräte entstehen, nur vermummt, nicht aber aufgehoben oder gar in ihr Gegenteil verkehrt werden.“ Im Anfang wird der Arbeiter aus seinem Produkt entlohnt, also folgt, daß er immer daraus seinen Lohn erhält. Der eben zitierte Satz enthält eine methodologische Ungeheuerlichkeit, die uns der Mühe enthebt, dem Autor durch alle Stadien seiner Forschung mitzufolgen.

Die zweite Gruppe von Schriftstellern, die wir an Jevons anschließen, sind Wiedererwecker der Lohnfondstheorie, die sich bemühen, diese Lehre zum Gemeinbesitz des ökonomischen Denkens zu machen. Zu ihnen gehören die Österreicher, vertreten durch Menger und besonders Böhm-Bawerk und dessen geistigen Schüler, den Amerikaner Taussig. Was sie verbindet, ist wiederum die Methode, einige Grundlehren über den wirtschaftlichen Güterwert, eine Theorie des Kapitals (die in letzter Linie auf Ricardo zurückgeht), und seine Funktion im Produktionsprozeß, im übrigen gelangen sie (ähnlich wie Cairnes) aus einer Analyse und Beschreibung des kapitalistischen Produktionsprozesses zur Aufstellung einer Art von Lohnfonds. Indem wir die Elementarlehren dieser Schule als bekannt voraussetzen, wenden wir uns gleich zum typischen und glänzendsten Vertreter der neuen Richtung Böhm-Bawerk.

Nun ist gleich zu sagen: selbst dann, wenn die Beschreibung, die Phänomenologie des kapitalistischen Produktionsprozesses die Annahme eines Lohnfonds rechtfertigte, so hieße das doch nur,

daß wir, um eine vollständige Mechanik dieses Prozesses zu haben, einen Lohnfonds des Unternehmers oder einen nationalen Lohnfonds als Hilfsbegriff einführen. Nun käme erst die zweite Frage: wie weit entspricht diesem „phänomenologischen" Lohnfonds ein Reales, d. h. gibt es in der Wirklichkeit im Besitz des einzelnen oder der Gesamtheit einen Betrag oder eine Gütermenge, die als Lohnfonds funktioniert, einen Lohnfonds, der tatsächlich einen integrierenden Bestandteil des Produktionsprozesses, so etwa wie Maschinen oder Arbeiter oder Rohmaterial u. dgl. bildet? Aus der bloßen Beschreibung des Produktionsprozesses also kann man wohl zur Konstatierung eines realen Lohnfonds kommen, nicht aber zu dem, was diesem Lohnfonds eigentlich zu Grunde liegt. Freilich wird man in diesem Falle nur zu leicht verführt: bei der Sachlichkeit und Losgelöstheit der kapitalistischen Produktionsweise von allem Individuellen kommt man leicht dazu, das „Gesetz" dieser kapitalistischen Produktion zu verselbständigen, von allen individuellen Entschlüssen und Bedürfnissen zu abstrahieren, es als eine selbsttätig wirkende Kraft und Macht hinzustellen, dem der einzelne willenlos gehorchen muß und vergißt dabei, daß letzten Endes dieses Gesetz kein natürliches, sondern ein von Menschen und ihren Eigenheiten geschaffenes und darum auch reguliertes bleibt und seine eigentliche Erklärung findet in der Psyche des einzelnen und des Volkes.

Böhm-Bawerk gibt keine einheitliche Lohntheorie, sondern er streift die Fragen nur hie und da an zerstreuten Stellen seines Werkes und wird einigermaßen ausführlich nur, wo er das Verhältnis von Kapitalzins und Arbeitslohn berührt, wobei naturgemäß die Erörterung des Kapitalzinses wieder in den Vordergrund tritt. Gleichwohl kann man aus seinen zerstreuten und gelegentlichen Bemerkungen die Grundzüge einer Lohntheorie herauslesen und skizzieren und wir müssen es tun, weil seine Behandlung der betreffenden Fragen tonangebend geworden ist für eine Anzahl moderner Schriftsteller. Er ist nicht völlig neu in seinen Gedanken und beruft sich selbst des öfteren auf Menger, Jevons, Rodbertus, und wir werden sehen, daß er in der Lohnfrage noch älteren Vorbildnern folgt. Vorerst wie stellt er sich zur Lohnfondstheorie? Er erblickt in ihr die mißratene Frucht eines an sich richtigen Grundgedankens. Sie ist nach seiner Ansicht

ein sehr unglücklich ausgefallener Versuch, gewisse in der Tat bestehende Beziehungen zwischen dem nationalen Subsistenzfonds einerseits und der Höhe des Arbeitslohnes und Kapitalzinses anderseits zum Ausdruck zu bringen. Was ist das „nationaler Subsistenzfonds"? Ein Begriff, der beiläufig synonym ist mit den „aufgespeicherten Gütervorräten" der bisherigen Theoretiker. Er ist der Inbegriff der Güter, mit deren Hilfe der kapitalistische Produktionsprozeß eingeschlagen und durchgeführt wird. Dieser nationale Subsistenzfonds spielt in der Folge bei Böhm-Bawerk eine sehr wichtige Rolle. Will man kapitalistisch produzieren, d. h. auf zeitraubenden Umwegen Genußgüter herstellen, so bedarf man eines Anfangsfonds an Subsistenzmitteln und Deckung für jede Produktionsperiode, und zwar ergibt sich mittels Rechnung, daß für jede Produktionsperiode der Subsistenzmittelfonds Deckung für ein halbes Jahr mehr als die halbe Produktionsperiode enthalten muß. Ein Teil dieses nationalen Subsistenzfonds ist der nationale Lohnfonds. Wichtig ist ferner die Scheidung zwischen Sozial- oder Produktivkapital und Erwerbs- oder Privatkapital. Die Reallöhne der Arbeiter, die Böhm-Bawerk wenigstens prinzipiell scharf von den Geldlöhnen scheidet, sind aus dem Sozialkapital auszuscheiden, während sie die Lohnfondstheorie immer darein einbezogen hatte. Eine weitere Voraussetzung ist, daß man mit jedem kapitalistischen Produktionsverfahren den Vorteil hat, mit dem gleichen Aufwand an originären Produktivkräften mehr und bessere Güter zu erzeugen, als man auf dem Wege der direkten kapitallosen Produktion hätte erzielen können, und daß auch jede Verlängerung des Produktionsumweges mit einer weiteren Steigerung des technischen Erfolges verknüpft ist. Der Nachteil der kapitalistischen Produktionsweise besteht in dem Opfer an Zeit, das sie erheischt. In dem Zeitverlust, der mit dem kapitalistischen Produktionsumwege verbunden ist, liegt nach Böhm-Bawerk der einzige Grund jener vielbesprochenen und vielbeklagten Abhängigkeit, in der die Arbeiter gegenüber dem Kapitalisten sich befinden. Dies sind einige Sätze aus der Lehre von der Produktion.

Den Schlüssel zum Problem der Verteilung, auf die es uns besonders ankommt, bietet nach Böhm-Bawerk — wie bei früheren die Lehre vom Wert, und zwar die Lehre vom Werte der kom-

plementären Güter. Das sind diejenigen Güter, die zur Erzielung eines wirtschaftlichen Nutzens zusammenwirken und in ihrer Leistung sich gegenseitig ergänzen, also besonders Produktivgüter. Arbeit, Bodennutzungen und anderes Kapital ergeben in ihrer Gesamtwirkung ein genußreifes Produkt. Es fragt sich, wie viel wird jedem Faktor vom Wert des Endproduktes zugeteilt, welchen Wert hat jeder einzelne Faktor für sich und als Glied der Gruppe? Das bestimmt sich nach dem Gesetze des Grenznutzens. Fragen wir speziell, wie sich die Zurechnung der Produktionserträge an die Produktionsfaktoren verteilt, so erfahren wir: vom Gesamtbetrag zieht man in der Praxis die Kosten ab; das sind die Aufwände für die ersetzlichen Produktionsmittel von gegebenem Substitutionswert für Arbeit, Rohstoff, Werkzeugabnutzung u. s. w. und den Rest schreibt man als „Reinertrag" den nicht vertretbaren Gliedern zu: der Fabrikant seiner Fabrik, der Kaufmann seiner Unternehmertätigkeit, der Bergwerksbesitzer seinem Bergwerk u. s. w. Hier haben wir neuerdings einen Berührungspunkt mit Ricardo und der Residualtheorie, der Böhm-Bawerk näher steht, als er selbst zugibt und glaubt. Die Quote also, die nach dem Grenznutzen- und Kostengesetz dem Arbeiter zufällt, ist sein Arbeitslohn. Damit ist nun noch nichts an Einsicht in die Bestimmungsgründe desselben gewonnen. Es wurde bis jetzt das Lohnproblem rein als Wertproblem betrachtet. Nun tut Böhm-Bawerk einen Schritt weiter in die wirkliche Welt, er begibt sich auf den Markt, wo Güter gegen Güter ausgetauscht werden. Freilich geht es auch hier noch sehr abstrakt zu, es wird zunächst das Gesetz der Preisbildung behandelt und der Preis der Arbeit als Spezialfall des Preisgesetzes betrachtet. Es handelt sich um die Produktionskosten und ihren Einfluß auf den Preis. Es wird gezeigt, wie das Kostengesetz nur eine auf eine spezielle Erscheinungsgruppe angepaßte spezielle Aussageform des Grenznutzengesetzes ist. Nicht nur für die Schluß- und Zwischenprodukte, sondern auch für die originären Produktivkräfte, also Arbeit, Bodenleistungen u. s. w. gilt das Gesetz des Grenznutzens, indem sie der Reihe nach in die lohnendsten Verwendungen eintreten und von der letzten derselben ihren Wert und Preis empfangen. Arbeit also hat ebensowenig wie irgend ein anderes Gut einen a priori feststehenden Wert, sondern sie empfängt ihn erst

von den Verwendungsgelegenheiten. „Ob der Arbeitstag 1 Gulden oder 3 Gulden wert ist, hängt davon ab, wie viel das Produkt eines Arbeitstages wert ist und zwar das letzte, mindest gut bezahlte Produkt, zu dessen Hervorbringung noch Arbeit vorhanden ist.“ Nach der Verschiedenheit der Bedürfnisse richtet sich der Preis der Arbeit. Bedürfnisse, die zu ihrer Befriedigung persönliche Dienstleistungen erfordern, ziehen die Arbeit ganz unmittelbar nach Maßgabe des Honorars an sich, das sie dafür geben können und wollen. Solche Bedürfnisse dagegen, die zu ihrer Befriedigung Sachgüter verlangen, ziehen zunächst diese durch Bezahlung eines lohnenden Marktpreises an sich und der lohnende Marktpreis muß dann weiter die Produktivkräfte zu ihrer Erzeugung heranlocken. Bisweilen durch 1 oder 2, bisweilen durch 20 oder 30 Glieder, immer aber bleibt das Prinzip das gleiche und der Erfolg derselbe. Hier kommt Böhm-Bawerk durch Deduktion aus den Gesetzen des Grenznutzens zur richtigen Erkenntnis, daß in letzter Linie und trotz des gegenteiligen Scheines die Konsumenten von Produkten und ihre Bedürfnisse den Arbeitslohn mitbestimmen und regulieren. In einem anderen früheren Teil seines Werkes hatte Böhm-Bawerk die Ansicht Mills vertreten, daß die Nachfrage der Konsumenten die Richtung der nationalen Produktion bestimme. Alles hängt davon ab, welchen Kaufbegehr das „Publikum“ mittels des Einkommens entwickelt. Jetzt ergänzt er höchst wertvoll seinen Satz dadurch, daß er auch die Arbeitslöhne von der Kauffähigkeit der Konsumenten abhängig sein läßt. Dieser Ansicht, daß in jedem einzelnen Falle der Konsument ein lohnbestimmender Faktor ist, bleibt Böhm-Bawerk auch sonst treu, und es finden sich dafür mannigfache Beispiele, aber auf diese Erkenntnis scheint er keinen besonderen Wert zu legen, er sucht überall die großen allgemeinen Zusammenhänge und gleitet über das Kleine und Spezielle schnell hinweg. Was er bis jetzt über den Preis der Arbeit gelehrt hat, ist fast dasselbe, was die klassischen Schriftsteller immer den natürlichen Preis der Arbeit genannt hatten, und wir wissen aus dem bisherigen, das ist derjenige, der nirgends gezahlt wird. Böhm-Bawerk vermeidet den Namen, die Sache ist dieselbe. Das Kostengesetz ist ein „ideales“ Gesetz, in der Wirklichkeit weicht der Preis der Arbeit von den Produktionskosten derselben ab. Aus welchen Gründen? 1. Finden

„Reibungswiderstände", Stauungen und Verebbungen statt, d. h. die Produktivkräfte können die jeweils lohnendsten Verwendungen nicht aufsuchen, dadurch werden Versorgung und die Preise unsymmetrisch und weichen von den Produktionskosten ab. Eine zweite Störungsursache findet Böhm-Bawerk im Ablauf der Zeit, im Ablauf von Wochen, Monaten und Jahren, die verstreichen müssen zwischen dem Einsatz der originären Produktivkräfte und der Darbietung ihres genußreifen Schlußprodukts. Die Zeitdifferenz hat den größten Einfluß auf unsere Wertschätzung der Güter, je nachdem sie Gegenwarts- oder Zukunftsgüter sind, und diese verschiedene Wertschätzung bewirkt als Resultat, daß der Marktpreis auch des Produktivgutes Arbeit immer niedriger stehen m u ß als der seinerzeitige Wert und Preis des fertigen Arbeitsprodukts. Damit hat Böhm-Bawerk den Zusammenhang des Lohnproblems mit seiner Kapitalzinstheorie hergestellt, und er schickt sich nun an, diesen seinen Hauptsatz zu beweisen. Es fällt zunächst die kategorische Bestimmtheit auf, mit der dieser Satz ausgesprochen wird. Es muß allzeit einen „organisch notwendigen Mehrwert" geben aus verschiedenen Gründen, auf die wir noch zurückkommen. Im allgemeinen sind nicht die Besitzverhältnisse schuld daran, sondern elementare Tatsachen der menschlichen Natur und der Produktionstechnik. Diese Darstellungsweise erinnert wieder sehr stark an die Naturgesetzlichkeit der klassischen Schule, und sie ist wie diese hergeleitet aus allgemeinen Deduktionen. So muß es sein, nun soll wieder genau im Anschluß an die früheren dem abstrakten Gedanken Form und Farbe gegeben werden, dadurch daß gezeigt wird, wie es in der Welt wirklich so wird. Das Leben und die tatsächlichen Erscheinungen sollen den Prüfstein für die deduktiv gewonnene Theorie abgeben. Es wird sich leicht die Meinung erheben, daß es doch richtiger wäre, den umgekehrten Weg zu gehen, zuerst zu zeigen, wie es wirklich i s t und dann zu erklären, warum es so sein muß oder hat kommen müssen. Böhm-Bawerk zieht den anderen Weg vor und dabei gerät freilich das Müssen mit dem Sein oft in Konflikt; einerseits nämlich i s t nicht alles so, wie es sein m u ß oder der Theorie nach sein müßte, anderseits m ü ß t e nicht alles so sein, wie es ist. Wir wissen, auch die Schriftsteller der klassischen Schule dekretierten, das muß so sein, und gar

oft verbarg sich hinter diesem Müssen ein Sollen, ein starkes Interesse, daß es doch so wäre oder nicht wäre. Auch bei dieser neuen Schule und Lehre haftet an dem „Müssen“ ein starkes Stück Wertinteresse, zwar weniger ein soziales, als wie mehr das Interesse an der Einheitlichkeit eines wissenschaftlichen Systems. Es ist das Streben, alle Erscheinungen auf ein oder zwei leitende Prinzipien zurückzuführen und so eine Verbindung zwischen ihnen herzustellen; die Fülle und Mannigfaltigkeit des tatsächlich Vorkommenden muß zurücktreten, da sie die einfachen Grundgesetze verhüllt und kompliziert. Wenn man nun aber in Übereinstimmung mit Böhm-Bawerk zum Kriterium der Richtigkeit einer Theorie dies macht, daß sie für a l l e vorkommenden Fälle eine genügende Erklärung zu bieten vermag, dann möchte diese Meinung der Lohntheorie Böhm-Bawerks einigermaßen verhängnisvoll werden.

Wir wollen den Gedankengang Böhm-Bawerks mit Bezug auf das Lohnproblem weiter verfolgen. Es handelt sich um den Marktpreis des Produktionsmittels Arbeit. Wo bildet sich dieser? Auf dem Arbeitsmarkte. Welche sind die Vorgänge, die sich hier abspielen? Hier findet ein Tausch statt; die Arbeiter bieten auf dem Markt ihre Arbeit, d. i. Zukunftsware, an und verlangen dafür Subsistenzmittel, Gegenwartsgüter; wo aber Gegenwartsgüter gegen Zukunftsgüter ausgetauscht werden, muß sich stets ein Disagio zu Ungunsten der Zukunftsgüter ergeben. „Der Darlehensmarkt und der Arbeitsmarkt sind zwei Märkte, auf denen nebeneinander dieselbe Ware feilgeboten und nachgefragt wird: Gegenwartsgüter. Lohnarbeiter und Kreditsuchende bilden zwei Äste derselben Nachfrage, die ihre Wirkung gegenseitig unterstützen und gemeinsam die Preisresultante bilden.“ Böhm-Bawerk bringt die Lohnarbeiter in enge Verbindung mit den Kreditsuchenden; er macht keinen Unterschied darnach, ob die Arbeiter direkt auf dem Subsistenzmittelmarkt mit ihrer Nachfrage erscheinen oder ob ein reicher Unternehmer auf dem Darlehensmarkt Produktionskredit aufnimmt, um ihn den Bedürfnissen der Arbeiter nutzbar zu machen. Indes wird es wohl ein anderes sein, wer auf dem Markt erscheint, ob ein reicher Kapitalist oder ein armer Lohnarbeiter. Ferner erscheint es doch fraglich, ob es wirklich eine so eherne Notwendigkeit sei, daß die

Arbeiter von den Vorschüssen der Unternehmer zehren. Es gibt doch Fälle, wo der Arbeiter ein genußreifes Gut, also Gegenwartsware, bietet, bevor er seinen Lohn erhalten hat. Da kehrt sich das Verhältnis um, und es müßte jetzt nach der Beziehung von Gegenwart und Zukunft in der Wirtschaft eine dementsprechende Wertschätzung und Preisresultante erfolgen. Doch weiter: Darlehenssucher und Arbeiter erscheinen also mit ihrer Nachfrage auf dem Gesamtmarkt für Subsistenzvorschüsse. Das Angebot an Subsistenzvorschüssen in einer Volkswirtschaft wird repräsentiert durch den in derselben existierenden Vermögensstock; das ist der Subsistenzfonds. Dieser hat die Funktion, das Volk während der durchschnittlichen gesellschaftlichen Produktionsperiode zu erhalten. Von der Größe dieses Fonds hängt also die durchschnittliche gesellschaftliche Produktionsperiode ab, in der Weise, daß diese umso länger gegriffen werden kann, je größer der aufgesammelte Vermögensstock ist. Und es ist ein weiterer Lieblingssatz Böhm-Bawerks, daß mit jeder Verlängerung der Produktionsperiode die Mehrerträgnisse, wenn auch immer weniger stark wachsen[1]). Der Anklang an die alte Lohnfondstheorie fällt auf. Diese behauptete: es gibt einen Lohnfonds, der zur Erhaltung und Bezahlung der Arbeiter dient. Smith brachte diesen Lohnfonds in engste Verbindung mit dem Volksvermögen, richtiger mit dem Volkseinkommen, so zwar, daß jede Vermehrung des Volkseinkommens von selbst Vermehrung des integrierenden Bestandteils, des Lohnfonds, und damit der Löhne bedeutet. Böhm-Bawerk behauptet, es gibt einen aufgesammelten Vermögensstock, der zur Erhaltung des Volks während einer ganzen Produktionsperiode dient; von der Größe dieses Subsistenzfonds hängt — nicht wie früher der Lohn, sondern die Dauer der Produktionsperiode ab. Von dieser aber die Ergiebigkeit der Produktion und somit indirekt auch die Löhne. Die Ähnlichkeit einer Theorie mit einer alten falschen ist indes

[1]) Dieser Satz ist der Kritik besonders stark ausgesetzt. Man kann auch sagen: weil dieser oder jener Produktionsprozeß ergiebiger ist als ein anderer, wird er gewählt. Nicht weil die Produktionsperiode länger gegriffen wurde, wachsen die Mehrerträge, sondern umgekehrt. Doch hat dieser Satz für das Lohnproblem weniger Bedeutung als für das Zinsproblem.

noch kein Beweis der Unrichtigkeit der ersteren. Wir müssen zu einer gründlicheren Prüfung der aufgestellten Sätze übergehen. Zugegeben, daß sich die Vorgänge so abspielen, wie Böhm-Bawerk sie schildert, dann erheben sich doch einige Fragen: 1. Woraus setzt sich der Subsistenzfonds zusammen? Das Vermögen eines Volkes, der aufgestapelte Gütervorrat, besteht doch aus gar mannigfachen Gütern. Darauf wird uns keine oder eine nur sehr unbefriedigende Antwort zu teil. Böhm-Bawerk hat ihn am Anfang seiner Untersuchungen zusammengestellt mit den Turgotschen aufgespeicherten Gütervorräten. Er soll den Anfangsfonds an Gütern bezeichnen, mit denen ein kapitalistischer Produktionsprozeß begonnen und alle Güter, mit Hilfe deren der Produktionsprozeß durchgeführt wird. Für gewöhnlich hilft sich Böhm-Bawerk damit, daß er den Subsistenzfonds einer Geldsumme gleichsetzt. Geht das an? Es ist ja gewiß sehr praktisch, eine Fülle von mannigfachen Gütern auf einen gemeinsamen Nenner zu reduzieren. Aber ist die Wertschätzung in Geld nicht selbst wieder abhängig von dem Eigenwerte (Gebrauchswerte) aller Güter, und hat die Größe jenes Vorrates nicht die größte Bedeutung auf die Wertschätzung in Geld? Mit dieser Einschätzung in Geld nähert sich Böhm-Bawerk wieder um einen Schritt der alten Theorie, es ist die Zusammenfassung von der Art und Menge nach Unbestimmbarem in einen festen Ausdruck. Außerdem ist diese Geldschätzung in jedem Falle ungenau, denn der Subsistenzfonds enthält doch nicht das ganze Volksvermögen, sondern es kommen in Abzug 1. der Grund und Boden, 2. diejenigen Vermögensbeträge, welche einerseits die verarmenden, anderseits die selbständig produzierenden definitiv oder vorschußweise verzehren; dadurch wird auch die Bestimmung, daß der ganze Vermögensstock zu Vorschüssen verwendet wird, recht zweifelhaft. Die nächste Frage: welchen Veränderungen unterliegt dieser Vermögensfonds während der Dauer der Produktion? Wie ist er vermehrbar, etwa durch die Einfuhr, wie verringert er sich, insbesondere aber, welchen Teil von diesem Subsistenzfonds bildet der Lohnfonds, d. h. welcher Teil vom aufgespeicherten Vermögensstock wird zur Erhaltung der Arbeiter verwendet? Die Heraussonderung des Lohnfonds aus dem gesamten Subsistenzfonds versucht Böhm-Bawerk mit gutem Grunde

gar nicht. Die genauere Bestimmung ist unmöglich: denn da vom gesamten Vermögensstock recht beträchtliche Abzüge zu machen sind, diese aber rechnerisch nicht im vorhinein bestimmt werden können, so ergibt sich daraus auch die Unmöglichkeit, ein von vorherein festes und bestimmtes Verhältnis zwischen Subsistenzfonds und Lohnfonds zu konstruieren. Und drittens weiter: wie steht es mit dem Verhältnis von Subsistenzfonds und Produktionsperiode? Wir erfahren darüber: die Länge der durchschnittlichen gesellschaftlichen Produktionsperiode hält genaue Fühlung mit der Größe des Vermögensstockes und ist vollständig durch diese bedingt. Zugegeben, der Satz sei richtig, dann erhebt sich die weitere Frage, warum besteht diese strenge Beziehung? Darauf erhalten wir keine befriedigende Antwort. Es heißt nur: das Prinzip ist klar, daß die Produktivkräfte in desto längere Produktionsperioden investiert werden können und müssen, für einen je längeren Zeitraum der vorhandene Vermögensstock die Deckung enthält — es wird freilich gesagt: bei rationeller wirtschaftlicher Spekulation. Aber Böhm-Bawerk ist so durchdrungen von der Richtigkeit dieses Prinzips, daß er darangeht, das notwendige, ziffernmäßige Verhältnis zwischen Vermögensstock und Produktionsperiode festzustellen. Er setzt eine staffelweise Produktion voraus, wie sie freilich nie oder in den allerseltensten Fällen so vorkommen wird, und kommt zum Resultat, daß die durchschnittliche Produktionsperiode ungefähr doppelt so lang gegriffen werden kann, als der Vermögensstock Deckung enthält. Doch nehmen wir an, es sei eine ausreichende Begründung für das Verhältnis von Subsistenzfonds und Produktionsperiode gegeben worden und prüfen wir den Satz in genauem methodischem Gang mit Böhm-Bawerk an der Erfahrung, was sagt sie uns? Wird wirklich immer umso länger oder, was dasselbe sagt, umso kapitalistischer produziert, je größer der Subsistenzfonds ist, und wenn dieses ideelle Verhältnis auch für eine gesamte Volkswirtschaft gälte, gilt es ebenso für den einzelnen Unternehmer? Wie würde sich daraus das Dasein von Krisen erklären? Böhm-Bawerk salviert sich in solchem Falle ähnlich wie Ricardo dadurch, daß er sagt: ja, es nützt nichts, auf solche Unregelmäßigkeiten hinzuweisen, das Prinzip wird nicht berührt. Außerdem heißt's ja in dem Satze: bei rationeller wirtschaftlicher Spekulation.

Also es ist die Voraussetzung gemacht, daß jeder die gesamte Marktlage genau überschaut und danach seine Entschließungen trifft. Das ist aber nicht möglich, und vielleicht ist es ganz gut so, denn über dieser Prüfung ginge sehr viel Zeit verloren. Weiter, zugegeben, die Produktionsperiode könne unmöglich länger gewählt werden, als höchstens doppelt so lang als der Zeitraum ist, für welchen der aufgestapelte Vermögensstock die Subsistenzdeckung enthält, so fragt es sich doch: wer kann von vornherein bestimmen, für welche Zeit der Vermögensstock ausreichen wird? Bestimmt er sich selbst seine Fähigkeit, die Menschen zu ernähren, oder hängt das von den Menschen, ihrer Wirtschaftlichkeit oder Unwirtschaftlichkeit, ihrer Sparsamkeit oder Verschwendung ab? Es ergibt sich uns, alle die Sätze Böhm-Bawerks haben Gültigkeit, wenn eine ganze Reihe von Voraussetzungen und Bedingungen erfüllt ist, sie gelten als Möglichkeiten, als Tendenzen, als problematische Grenzfälle, sie sagen aber wenig über die Gestaltung der Dinge in der Wirklichkeit. Schließlich erforderte der Satz, daß mit jeder Verlängerung der Produktionsperiode die Mehrerträgnisse wachsen, eine genauere Prüfung; indes, da er hier weniger in Betracht kommt, können wir darauf verzichten.

Wir kommen nunmehr zur eigentlichen Hauptfrage. Es wurden bis jetzt die Vorgänge auf dem Subsistenzmittelmarkt geschildert; ein Teilmarkt dieses Marktes ist der Arbeitsmarkt. Da erscheinen also die Arbeiter, bieten ihr zukünftiges Arbeitsprodukt an, und zwar in Bausch und Bogen und in unbestimmter Quantität, und entwickeln dagegen eine praktisch unbegrenzte Nachfrage nach fertigen Genußmitteln. Jedenfalls ist ihre Nachfrage größer als der vorhandene Vermögensstock, aus dem ihre Nachfrage befriedigt werden kann; infolge dieser Knappheit muß sich im Marktpreise ein Agio für die Gegenwartsgüter ergeben. Nun handelt es sich darum, die Ursachen zu finden, welche die Höhe jenes Agios bestimmen, mit andern Worten, es fragt sich nach dem Arbeitslohn einerseits, dem Unternehmergewinn und Kapitalzins anderseits. Es muß voraus bemerkt werden, daß Böhm-Bawerk entschieden das Hauptgewicht der Untersuchung auf die Bestimmungsgründe des Kapitalzinses legt und den Arbeitslohn so immer nur implicite behandelt. So etwa wie die früheren bei Erörterung des Arbeitslohnes immer nur die

Angebotsseite, die Bevölkerung behandelt hatten. Der Gang der Untersuchung erinnert wieder sehr stark an Ricardosche Behandlungsweise. Das Herabsteigen von ganz allgemeinen Gesamtbestimmungen zu den Bestimmungen, die für einzelne Glieder der Volkswirtschaft gelten; wieder werden, um die Höhe jenes Agios zu ermitteln, eine Menge Voraussetzungen gemacht, daraus deduziert, und die Erscheinungen der Wirklichkeit so lange als unbequem zur Seite geschoben, bis sich ein rein abstraktes Gedankenschema gebildet hat, alsdann wird versucht, die Wirklichkeit in diesen knappen Rahmen zu spannen, wobei freilich das gedankliche Bild eine Menge weittragender Veränderungen erleidet. Wie hoch muß also das Agio auf Gegenwartsgüter sein, mit andern Worten welcher Marktpreis muß sich für die Arbeit ergeben? Es wird doch sich einstellen, wo Angebot und Nachfrage sich das Gleichgewicht halten. Die Preisbildung beginnt mit der subjektiven Wertschätzung der Ware durch den Käufer. Das ist der fixe Ausgangspunkt — sonst nämlich. Wie aber ist es beim Arbeitskauf? Die Arbeit unterscheidet sich von andern Waren dadurch, daß sie keinen Wert an sich hat, sondern geschätzt wird nach dem Produkt, das sie künftig einbringen wird. Der Käufer der Arbeit schätzt also die Ware Arbeit nach dem zukünftigen Produkt. Nun aber kann dieses Produkt sehr verschieden sein je nach der Länge der Produktionsperiode, in welcher die Arbeit investiert wird. Es muß also eine möglichst ergiebige und wirtschaftlich zweckmäßige Produktionsperiode gewählt werden. Welches ist diese? Die Länge der ergiebigsten und zweckmäßigsten Produktionsperiode läßt sich aber nicht a priori bestimmen, sondern richtet sich selbst erst nach dem jeweiligen Stande der Arbeitslöhne, nach dem Marktpreis der Arbeit. Sie muß umso länger gegriffen werden, je höher der Arbeitslohn ist und umgekehrt. Wenn wir hiebei einen Augenblick stehen bleiben und das gewonnene Resultat überschauen, so bemerken wir wieder einmal eine petitio principii: es wird nach der Höhe des Marktpreises der Gegenwartsgüter und nach der Höhe des Agios gefragt, d. h. doch einerseits nach dem wirklich gezahlten Arbeitslohne, anderseits nach dem Preis der Produkte, und wir erfahren, der Arbeitspreis wird verschieden sein je nach der Produktionsperiode, diese aber ist verschieden je nach dem Ar-

beitslohne. Es muß aber wieder bemerkt werden, daß bei Böhm-Bawerk dieser Zirkel weniger bedeutend ist, da er den Arbeitslohn nicht für sich, sondern seine Wechselwirkung mit dem Kapitalzins und Mehrwert ins Auge faßt, wobei es leicht begreiflich erscheint, daß der eine seine volle Ausprägung nur vom andern empfängt und sie diesem wieder rückwirkend verleiht. Es ist damit wohl verträglich, daß jede der beiden untersuchten Größen, also z. B. der Arbeitslohn, seinen besonderen Bestimmungsgründen folgt, über die nur jetzt, wo es sich allein um eine Beziehung und ein Intensitätsverhältnis handelt, nichts ausgesagt wird. Freilich wird dadurch der Wert der Untersuchungen in Bezug auf das eigentliche Lohnproblem in Frage gestellt. Die Produktionsperiode, die so großen Einfluß auf die Wertschätzung der Arbeit und somit auf den Arbeitslohn hat, kann nicht von vornherein bestimmt werden; es fehlt also jedenfalls der feste Ausganspunkt für die Preisunterhandlung und Preisfestsetzung. Wie hilft sich Böhm-Bawerk aus dieser Verlegenheit? Er braucht notwendig einen festen Punkt, denn sonst kann man nicht sagen, wo und wann Angebot und Nachfrage ins Gleichgewicht kommen werden. Er nimmt also an, daß beim Arbeitsverkauf feststeht, was sonst bei allen Preisbildungen fehlt, nämlich die umgesetzten Quantitäten. Er sagt: „Es ist von vornherein sicher, daß das ganze Angebot an Arbeit und die ganze Summe der angebotenen Gegenwartsgüter Absatz findet.“ Der Beweis für diese Behauptung ist interessant genug, um näher erwähnt zu werden. Es heißt: „diese Sicherheit gründet sich auf ein eigentümliches Verhältnis. Gerade so wie bekanntlich auf die Dauer jede beliebig große oder kleine Summe Geldes ausreicht, um die Zirkulationsaufgabe in der Volkswirtschaft zu bewältigen, ebenso reicht jede beliebig große oder beliebig kleine Summe von Gegenwartsgütern hin, um das ganze in der Volkswirtschaft bestehende Angebot an Lohnarbeit aufzukaufen und zu besolden. Man braucht nur die Produktionsperiode zusammen oder auseinander zu schieben.“ Wo also aus irgend einem Grunde zu viel Arbeiter vorhanden sind, da braucht nur die Produktionsperiode entsprechend verkürzt zu werden und alles Übel hat ein Ende. Das hätten sich Malthus und seine Nachfolger bei Behandlung der Lohnfrage merken sollen und alles Gerede über zu großes

Arbeitsangebot wäre überflüssig gewesen. Anderseits waren auch jene Verhältnisse zu Beginn des 19. Jahrhunderts in England nicht nötig. Um den Hunger der Arbeiter zu stillen, hätten die Unternehmer die Produktionsperiode einfach zu verkürzen brauchen, mit andern Worten sie hätten die Arbeiter ruhig die Maschinen zerstören lassen sollen, und die Löhne wären sofort zur gewünschten Höhe emporgeschnellt. Freilich wie auf diese Weise ein technischer Fortschritt möglich sein sollte, läßt sich nicht absehen. Auffallend ist, daß zur Begründung des erwähnten Satzes die Currencytheorie als Analogon herbeizitiert wird; wir wissen schon von früher, in wie naher Beziehung Lohnfondstheorie und Currencytheorie miteinander stehen, und daß die eine ebenso falsch und fast aus gleichen Ursachen wie die andere ist. Aber Böhm-Bawerk scheint doch seinem Satze nicht allzuviel Vertrauen zu schenken; es zeigt sich eine große Unsicherheit in der Darstellung dessen, was wirklich und was bloß möglich ist. Einmal heißt es: es ist s i c h e r , daß die ganze angebotene Arbeit und ebenso die ganze Summe der angebotenen Gegenwartsgüter Absatz findet. Bald darauf wird versichert: es ist also immer m ö g l i c h , mit dem vorhandenen Vermögensstock die ganze angebotene Arbeit aufzukaufen. Die beiden Sätze sind keineswegs identisch; welcher von beiden gilt, darüber wird nichts ausgemacht. Und wenn wir noch einen Augenblick auf die Wirklichkeit blicken: ist es wahr, daß bei relativ zu großem Arbeitsangebote und zu knappem Subsistenzvorrat die Produktionsperiode verkürzt wird, und sonst alles beim alten bleibt? Wird nicht vielmehr ebenso oft oder öfter noch die Produktionsperiode beibehalten und der Lohn herabgesetzt? Wenn Böhm-Bawerk behauptet, daß in allen Volkswirtschaften, obwohl in ihnen das Größenverhältnis zwischen dem Vermögensstock und der Zahl der Lohnarbeiter ein außerordentlich verschiedenes ist, die beiden Größen einander aufkaufen, so heißt das die alte Lehre vom einzig möglichen Lohnsatz wiederholen. Arbeitslose und etliche müßige Kapitalisten bildeten keine Widerlegung dieses Idealgesetzes, das seien nur gewisse temporäre Störungen der Organisation, die sich notwendig von selbst korrigieren.

Verfolgen wir den Gedankengang zu Ende: die Produktionsperiode läßt sich nicht von vornherein festsetzen, aber eine gewisse

Bestimmtheit für die Länge derselben gewinnen wir aus dem Satze, daß das ganze Arbeitsangebot und das ganze Angebot an Gegenwartsgütern gegeneinander zum Austausch kommen. Daraus ergibt sich nämlich, daß eine solche Produktionsperiode angenommen werden muß, daß während der Dauer derselben gerade der ganze disponible Subsistenzfonds zur Besoldung der gesamten vorhandenen Arbeitsmenge erforderlich, aber auch genügend ist. Kürzer ausgedrückt: die Division zwischen vorhandenem und verwendbarem Subsistenzfonds und der Anzahl der Arbeiter muß ohne Rest aufgehen. Damit ist aber wenig gesagt, „denn dieser Forderung kann durch sehr viele verschiedene Produktionsperioden entsprochen werden, je nachdem der Arbeitslohn hoch oder niedrig ist.“ Welche Produktionsperiode wird nun doch endlich aus den vielen möglichen gewählt? Haben wir diese Frage beantwortet, könnten wir sie beantworten — dann wüßten wir zugleich, welcher Lohnsatz sich bilden mußte. Wenn wir keine genaue Antwort auf die Frage bekommen, dann büßt auch das „Muß“ an seiner Strenge vieles, wenn nicht alles ein. „Gewählt wird diejenige Produktionsperiode, wo das gegenseitige Über- und Unterbieten, welches bei zu hohem Lohnsatz von den beschäftigungslosen Arbeitern, bei zu niederem vom werbenden Kapital ausgeht, einen Ruhepunkt findet.“ Wo ist der Ruhepunkt? „Dort, wo die Einschlagung der rationellsten Produktionsperiode gerade mit der wechselseitigen Absorption von Lohnfonds und angebotener Arbeit zusammentrifft.“ Das ist eine negative und indirekte Bestimmung, die nicht befriedigen kann. Hier wird die Erörterung des Lohnproblems abgebrochen und das Resultat für Bestimmung des Zinsfußes verwendet.

Hören wir zum Schluß noch, wie Böhm-Bawerk sein Verhältnis zur alten Lohnfondstheorie selbst bestimmt. Schon früher hat er erklärt, daß in dieser Theorie ein Kern von Wahrheit, verhüllt in eine Masse von Irrtum, stecke, zum Schluß seiner Untersuchungen geht er auf das Thema näher ein. Die Ähnlichkeit zwischen seiner und der englischen Lohnfondstheorie soll sich darauf beschränken, daß beide die Existenz eines gewissen Subsistenzfonds, aus dem die Arbeitslöhne in einem Lande bestritten werden, behaupten, und daß diesem Fonds von beiden Seiten ein wichtiger Einfluß auf die gegenseitige Höhe von Zins und

Lohn zugeschrieben wird. Aber, so fährt Böhm-Bawerk fort, damit hat die Ähnlichkeit auch ein Ende. Alle anderen und darunter gerade die wesentlichsten Züge der beiden Theorien gehen weit auseinander. Der Lohnfonds der englischen Theorie ist, obwohl er von dieser als eine gegebene, feststehende Größe angesehen wird, in Wahrheit eine schwankende, unbestimmte Größe, die daher auch keinen sicheren Stützpunkt abgeben kann, von dem sich irgend etwas für die Höhe des Arbeitslohnes ableiten ließe. „Die von den Kapitalisten zur Lohnzahlung bestimmte Kapitalsumme" ist nämlich weder übereinstimmend mit dem gesamten Volkskapital überhaupt, noch mit dem gesamten „umlaufenden Kapitale", noch sonst mit irgend einer fest bestimmten Quote des Volkskapitals; sondern sie stellt einen variablen Teil des Volksvermögens vor und zwar einen Teil, dessen Ausmaß unter anderem gerade nach der Höhe des Arbeitslohnes variiert: der größer wird, wenn und weil der Arbeitslohn gestiegen ist, der kleiner wird, weil und wenn der Arbeitslohn gesunken ist. Indem daher die englischen Lohnfondstheoretiker die Höhe des Arbeitslohnes aus einer Größe erklären, die ihrerseits selbst durch die Höhe des Arbeitslohnes bedingt ist, dreht sich ihre Erklärung in einem Zirkel herum. — Ich dagegen gehe in meinem „Subsistenzfonds" von einer fest gegebenen Größe aus: von dem in einer Volkswirtschaft angesammelten Vermögensstock. Allerdings bildet die speziell zur Subsistenz der Arbeiter dienende Gütersumme, die ich den Lohnfonds nennen könnte, wieder nur einen Teil des gesamten Subsistenzfonds. Aber die Größe dieses Teils hängt nicht wie bei der englischen Theorie in der Luft: sondern indem ich genau auseinandersetze, welche Parteien und nach welchen Gesetzen sie am gesamten Subsistenzfonds Anteil nehmen, erlangt auch mein Lohnfonds seine wenigstens relative feste Bestimmung. Der wichtigste Unterschied ist aber der folgende. Die englische Theorie will, daß die Lohnhöhe der Arbeiter einfach aus einer Division des Lohnfonds durch die Zahl der vorhandenen Arbeiter resultieren soll. Das ist ganz falsch. Sondern den Lohnfonds bekommen allerdings die vorhandenen Arbeiter ganz und gar als Lohn: aber es ist noch nicht gesagt, als Lohn für welche Zeit . . . Die Steigerung des Subsistenzfonds hat durchaus nicht die Folge — wie die englische Theorie es an-

nimmt — daß bei gleichbleibender Zahl der Arbeiter die Lohnhöhe in demselben Verhältnis zunimmt, in welchem die Größe des Subsistenzfonds zugenommen hat; sondern die Vergrößerung des Subsistenzfonds wird in erster Linie und hauptsächlich zur Verlängerung der Produktionsperiode benützt, und nur insofern die Verlängerung der Produktionsperiode zugleich zu einer Herabsetzung der Mehrerträgnisse führt, führt sie auch zu einer Kürzung des Kapitalistenanteils und zu einer verhältnismäßigen Steigerung der Arbeitslöhne; aber zu einer Steigerung in einem viel schwächern als in demjenigen Verhältnis, in welchem die Größe des Subsistenzfonds zugenommen hat. —

Demgegenüber wird man doch behaupten müssen, daß Böhm-Bawerk die Ähnlichkeit seiner mit der englischen Theorie unterschätzt. Entweder nämlich besteht diese Kritik der englischen Lohnfondstheorie zu Recht, dann wird es schwer fallen, frühere Behauptungen und Lehrsätze Böhm-Bawerks aufrecht zu erhalten, oder aber es gelten diese Sätze vollauf, und dann ist die Kritik der Engländer einseitig. Für beide Fälle finden sich Anhaltspunkte. Was die Kritik der englischen Lohnfondstheoretiker angeht, so hebt Böhm-Bawerk einen Grundzug der Theorie ganz richtig hervor, wird aber dieser Lehre doch nicht ganz gerecht. Vielfach ist nämlich der Lohnfonds keine so starre und unbeugsame Größe, als welche sie Böhm-Bawerk hinstellt, sie ist vielfachen Veränderungen unterworfen, je nach der Sparsamkeit der einzelnen und des Volkes, nur der wirkliche Lohn ist immer ein Ergebnis des jeweiligen Lohnfonds und der jeweiligen Zahl der Arbeiter. Auch jener Zirkel, von dem Böhm-Bawerk spricht, ist nicht ein notwendiger Bestandteil der englischen Lohnfondstheorie, Mill z. B. hat ihn vermieden. Wenn wir anderseits auf die Theorie Böhm-Bawerks blicken, so haben wir gesehen, daß der Subsistenzfonds Böhm-Bawerks nicht fester bestimmt ist als der Lohnfonds der Engländer. Auch er ist eine schwankende, fast irrationelle Größe. Anderseits hat Böhm-Bawerk den fatalen Zirkel, von dem er spricht, selbst nicht vermieden. Und sein Lohnfonds, dem er eine wenigstens relativ feste Bestimmung gegeben zu haben glaubt, ist in Wahrheit ebenso in der Luft hängend, wie der der Engländer. Daß sich Böhm-Bawerk über sein Verhältnis zur englischen Lohnfondstheorie täuschen konnte, scheint

daher zu kommen, daß er überall (soweit sich seine Untersuchungen auf den Arbeitslohn beziehen) vermeidet, aus seinen Sätzen die letzten Konsequenzen zu ziehen. Nichtsdestoweniger liegen sie doch darin, und gerade sie sind es, die Böhm-Bawerk zum Wiedererneuerer und Wiedererwecker der toten Lohnfondstheorie machen. Ebendeshalb aber ist nicht genau auszumachen, wie weit sich seine Lehre mit der alten deckt, und die Kritik muß gerade bei der Lohnlehre Böhm-Bawerks vorsichtig und zurückhaltend sein. Wenn man hier übrigens so wie sonst auch den Sinn und die Tragweite einer Lehrmeinung aus ihrer weiteren Ausgestaltung erschließen kann, so kann über Böhm-Bawerks Meinung wenig Zweifel sein, wenn man die Theorien seiner Schüler ins Auge faßt. Nur darüber kann Ungewißheit herrschen, wie weit man den Lehrer für die Theorie seiner Schüler verantwortlich machen darf. Was bei Böhm-Bawerk nur angedeutet und flüchtig skizziert ist, wird bei Taussig zu einer Theorie ausgebaut.

Taussig knüpft unmittelbar an Böhm-Bawerk an, und man kann sagen, er will für die Lohntheorie dasselbe leisten, was Böhm-Bawerk für die Theorie des Kapitalzinses. Er nennt sein Buch: Kapital und Löhne, eine Prüfung der Lohnfondstheorie. Zweierlei ist hierüber zu sagen: er beschränkt sich auf die theoretische Erörterung des Verhältnisses von Kapital zu Löhnen und er führt die Lohnfondstheorie als gültigen Gemeinbesitz der ökonomischen Doktrin wieder ein. An die rein theoretische schließt sich im zweiten Teil des Werks eine literarhistorische Prüfung der Lohnfondstheorien an. Man kann den Grundgedanken des Werks vielleicht in einem Satze kurz ausdrücken: die Lohnfondstheorie erörtert nur das Verhältnis von Kapital zu Löhnen, in dieser Beschränkung aber gilt sie allgemein. Es ist für die Beurteilung Taussigs wichtig, von vornherein im Auge zu behalten, daß er ein eng begrenztes Problem behandelt, einen kleinen Ausschnitt aus den vielverwickelten, mit der Lohnlehre zusammenhängenden Fragen, nämlich nur die rein theoretische Frage, wie und in welchen Beziehungen Kapital und Löhne zueinander stehen, er gibt eine Beschreibung nur des Mechanismus der Produktion und der Verteilung, nicht aber der Kräfte, die diesen Mechanismus in Bewegung setzen und erhalten. Wir wollen, ohne die Berechtigung dieses Standpunkts jetzt näher zu prüfen, einzelne Hauptgedanken

Taussigs hervorheben. Die erste Frage, die gestellt wird, heißt: was sind die Löhne und woher kommen sie? Taussig geht bei der Beantwortung dieser Frage davon aus, daß als die eigentlichen und unmittelbaren Löhne der Arbeiter die Reallöhne betrachtet werden müssen, und daß der Zweck und das Ziel aller Produktion die Erzeugung von genußfähigen Gütern sei. Die Frage um die Reallöhne übertreffe alle anderen Fragen an Wichtigkeit für die Wohlfahrt der Arbeiter. Um zu zeigen, wie die Reallöhne den Arbeitern zufließen, muß man zunächst zeigen, wie die Konsumtivgüter während des Produktionsprozesses entstehen und reifen, und dann ist zugleich die Frage beantwortet, woher den Arbeitern die momentanen Löhne kommen. Der Produktionsprozeß, die Erzeugung von genußreifen Endprodukten, erfordert Zeit; während dieser Zeit müssen alle Glieder der Volkswirtschaft erhalten und ernährt werden. Die Tagesarbeit besteht vielfach aus Gütern in noch nicht genußfähiger Form, Anfangsgütern, Zwischenprodukten, die in der Zukunft Nutzen bringen werden; der Tageslohn aber besteht aus jetzt verfügbaren Genußmitteln, den Produkten früherer, vergangener Arbeit. Diese Produkte oder dieser Vorrat an Produkten erhält also ein Volk während der Dauer eines Produktionsprozesses; die Quelle alles realen Reineinkommens, also auch des Arbeitseinkommens, sind die Produkte vergangener Arbeit, die Güter und Waren, die der unmittelbaren Bedürfnisbefriedigung dienen. Damit ist ein scharfer Gegensatz zu Walker festgestellt. Nun ist die Frage, ob es möglich ist, aus diesem gesamten Einkommen eines Volkes Teile herauszusondern, die für bestimmte Personen bestimmt sind, mit andern Worten, ob es einen bestimmten Lohnfonds, einen Profitfonds, einen Zinsfonds und Rentenfonds gibt. Taussig begnügt sich mit der Feststellung der Tatsache, daß beim Arbeitslohn Zukunftsware gegen Gegenwartsgüter ausgetauscht wird, daß die Löhne gezahlt sind vom Produkt vergangener, nicht gegenwärtiger Arbeit; aber er geht nicht weiter und leitet nicht wie Böhm-Bawerk den Mehrwert daraus ab. Wir erfahren überhaupt nicht, welche Bedeutung diese Tatsache in der Wirklichkeit und für die Lage der einzelnen Parteien hat. Es käme doch darauf an, zu zeigen, inwiefern sich die Geldlöhne von den Reallöhnen unterscheiden, denn tatsächlich wird ja der Arbeiter auch nicht

in Gegenwartsgütern bezahlt, sondern erhält eine Anweisung auf diese, seinen Geldlohn. Die Reallöhne können doch nur insofern eine hervorragende Bedeutung beanspruchen, als die verfügbaren Genußgüter im stande wären, die Höhe der Geldlöhne günstig oder ungünstig zu beeinflussen. Darüber und wie weit das geschieht, erfahren wir jetzt nichts und später nur ganz Allgemeines und Weniges. Die bloße Tatsache, daß die Arbeiter ihren realen Lohn aus einem aufgespeicherten genußreifen Gütervorrat beziehen, sagt selbst nichts aus über das Verhältnis und die gegenseitigen Beziehungen zwischen Fonds und Lohn, insbesondere nichts darüber, ob der gegenwärtig gerade bestehende Vorrat irgendwie die Lohnhöhe oder die den einzelnen zur Verfügung stehende Menge an Genußgütern bestimmt, oder ob umgekehrt die Löhne die Menge desselben bedingen, was vorrätig daliegen muß. Taussig glaubt ja, wie sich im Laufe der Untersuchung ergibt, daß die gerade vorhandene Menge an Genußgütern allerdings einen bedeutenden Einfluß auf die möglichen Löhne wie auf alle andern Arten realen Einkommens ausübe, aber bewiesen hat er seinen Satz nirgends besser als mit dem einzigen Argumente, daß die Herstellung von genußreifen Endgütern nur auf Umwegen geschehe und Zeit koste. Der Schwerpunkt der Betrachtung hat sich wieder verschoben; die Lohnfondstheorie ist bei Taussig wie die Lohntheorie bei den Modernen überhaupt nicht so sehr eine Verteilungsfrage, sondern eine Produktionsfrage geworden. Dabei ist interessant, wie Taussig über die alte Lohnfondstheorie der Klassiker urteilt. Er kann ihr nicht Unrichtigkeit, sondern höchstens Unvollständigkeit vorwerfen. Sie irrte nicht so sehr im Inhalt ihrer Lehre, als in der Betonung und im Grade. Taussig meint, der Lohnfonds, den die Klassiker eigentlich im Sinne hatten, sind die Güter, die die Arbeiter konsumieren. „Das war in letzter Linie ihre Meinung, wenn sie den Lohnfonds als ein konkretes Ding beschrieben, bestehend aus Gütern, die reale Löhne erzeugen werden.“ Wenn wir einen Augenblick bei dieser Kritik verweilen, so zeigt sie uns, abgesehen von der Frage, ob die Lohnfondstheoretiker wirklich an die realen Löhne dachten (ein Urteil, das am meisten auf Ricardo paßt) ein Mißverständnis der eigentlichen Bedeutung der alten Lohnfondslehre. Ebenso wie 100 vorgestellte Taler nicht dadurch wirklich werden, daß

man sie durch 300 dafür erhältliche Brote ersetzt, so wird die alte Lohnfondslehre um nichts richtiger, wenn man an Stelle der Geldlöhne die Reallöhne setzt. Nicht darin liegt der Hauptfehler der alten klassischen Nationalökonomen, daß sie den Lohnfonds als ein aus Geld, anstatt, wie sie es mußten, aus Genußgütern bestehendes konkretes Ding dachten, sondern darin, daß sie ihn als ein konkretes Ding faßten, d. h. als eine reale Größe, mit der man rechnen und die man genau bestimmen könne, mit andern Worten, daß sie einem bloßen Gedankending, einem Sammelbegriff Wirklichkeit und Wirkungen zuschrieben.

Doch weiter, es handelt sich jetzt um die folgenden Fragen: 1. Wie weit können die Produkte der Vergangenheit Kapital genannt werden? 2. Wiefern ist die Behauptung, daß die Arbeit ihren Lohn vom Produkte früherer Arbeit bekommt, gleichbedeutend mit dem Satze, daß die Löhne vom Kapital bezahlt sind? Um diese Fragen zu beantworten, ist eine genaue Begriffsbestimmung des Kapitals und Einkommens erforderlich. Taussig nennt den ganzen Strom von Genußgütern und Diensten, der regelmäßig in den Besitz der Gesellschaft kommt, Einkommen, die ganze Masse der begonnenen Güter Kapital. Kapital also ist aller Besitz, der noch nicht zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse dient. Die Quelle der realen Löhne sind die Gegenwartsgüter, die Produkte früherer Arbeit; zurzeit, wo die Arbeit geleistet ist, existieren die Löhne nur in Form von Kapital, die Genußgüter haben nämlich noch nicht das letzte Stadium der Vollendung erreicht, sie sind noch im Besitze des Krämers, also noch Kapital, und werden Einkommen, also Reallohn, erst in dem Augenblicke, wo sie in die Hand des Arbeiters gelangen. Wenn wir wieder den Satz so hinnehmen, wie er dasteht, ohne Prüfung seiner Richtigkeit, beziehungsweise Genauigkeit, so ergibt sich bald, daß er abermals sehr wenig aussagt; er heißt eigentlich nichts anderes als: fertige Produkte kommen aus unfertigen, denn Kapital ist nichts als der Name für die Güter in den Stadien ihrer Vollendung, von welchem der beständige Fluß der Realeinkommen abgeleitet ist. Das Verhältnis von Kapital und Löhnen ist so ein ganz allgemeines, das sich lediglich ergibt aus der Definition, von jeder volkswirtschaftlichen Organisation abstrahiert, absieht von Unternehmer und Lohnarbeiter, vom Geld und Geldlohn und nichts zu tun hat mit dem Vermögen

des einzelnen Kapitalisten. Was für die Reallöhne gilt, gilt ebenso für alle Formen des realen Einkommens, wie immer sie heißen mögen, und auch für die verschiedenen Formen der Entlohnung selbst. Dadurch unterscheidet sich die neue Lehre von der alten, daß sie denselben Worten einen andern Sinn unterlegt, und so eine Allgemeingültigkeit erlangt, die der alten Lohnfondstheorie nicht zukam. Diese beschränkte sich auf den Arbeitslohn und im besonderen wieder auf den Lohn der hired, d. h. der gemieteten unfreien Arbeiter.

Nachdem so das Kapital als die Quelle alles Einkommens hingestellt ist, will Taussig nunmehr bestimmen, wie die einzelnen Klassen der Gesellschaft aus diesem Reservoir von angehäuften Gütern schöpfen, d. h. die verschiedene Art und Weise darstellen, wie die einzelnen Glieder des sozialen Körpers ihren Anteil am allgemeinen Gesamteinkommen erhalten. Diese Verschiedenheiten sind wichtig für die Verteilung überhaupt und besonders für die Lohnfondstheorie; indem er dies tut, rückt er gleichzeitig der Wirklichkeit einen Schritt näher, er tritt aus der Sphäre abstrakter Begriffsbestimmungen und Verbindungen an die Mannigfaltigkeit des wirtschaftlichen Lebens heran, und es wird sich zeigen, wie er mit seiner Theorie über jene Herr wird. Da ist es wieder auffallend, daß die Theorie in dem Augenblicke, wo sie ihre Gültigkeit an der Wirklichkeit beweisen soll, sofort modifiziert wird durch neue Prämissen und neue ergänzende Gesichtspunkte, die herangezogen werden müssen.

Bisher war nur vom realen Einkommen die Rede. Nun ist aber in der modernen Volkswirtschaft alles Realeinkommen vom Gebrauch des Geldeinkommens abgeleitet. Es fragt sich also, welche Änderung bringt dieser Umstand für die bisherigen Schlüsse? Es werden zunächst die Kapitalisten ins Auge gefaßt. Sie müssen, wenn sie von ihrem Geld etwas haben sollen, Genußgüter kaufen. Prinzipiell sind sie in der Verfügung über ihr Geldeinkommen frei, aber die Dinge setzen ihren freien Entscheidungen Grenzen. Die Menge des realen Volkseinkommens ist zu einer bestimmten Zeit begrenzt; im Augenblick besteht es aus den genußfertigen Waren, für eine Saison aus dem Angebot der ganz fertigen und der Güter, welche im Laufe der angenommenen Zeit ihre Vollendung erhalten können. Diese Menge ist begrenzt durch die vorhandenen

Werkzeuge, Maschinen und das vorhandene Rohmaterial. Das Realeinkommen, das die Kapitalisten kaufen können, ist in seinem normalen Geldwerte viel geringer als ihr Gesamteinkommen, über das sie frei verfügen können. Denselben Beschränkungen wie die Kapitalisten sind auch die Arbeiter hinsichtlich ihres realen Einkommens unterworfen. Auch sie müssen ihr Geld auf Genußgüter verwenden, und sie können nicht mehr davon bekommen, als überhaupt an solchen existiert oder demnächst fertig wird. Darum hat jede Geldlohnsteigerung einen nur abgeleiteten Wert für die Arbeiter. Es ist zwar nicht das der Fall, daß, wie die alte Lohnfondstheorie behauptet hat, die eine Klasse der Arbeiter sich nur auf Kosten aller andern bereichern könne, sondern die Geldlöhne müssen auf genußreife Produkte verausgabt werden, und von diesen gibt's zu einer bestimmten Zeit nur eine beschränkte Menge. Es klingt eigentümlich, wenn man die Arbeiter so in eine Reihe mit den Kapitalisten stellt und sie beide in gleicher Weise abhängig sein läßt vom vorhandenen Genußgütervorrat. Diese Abhängigkeit besteht ja freilich, aber auf den Grad derselben kommt es an. Nur dann, wenn alle Arbeiter wohlgenährte und gesättigte Existenzen wären, hätte eine Geldlohnerhöhung für sie den zweifelhaften Wert, von dem oben gesprochen wurde, sie wird aber gerade darum verlangt, weil ihr Anteil am vorhandenen Gütervorrat zu gering und für ihre Lebenshaltung zu niedrig ist. Außerdem wird man fragen können: für wen und warum wird überhaupt produziert? Doch zur Befriedigung der Bedürfnisse der Konsumenten. Richten sich die Bedürfnisse der Konsumenten nach der Produktion, oder die Produktion in ihrer Intensität und Quantität nach den Bedürfnissen der Konsumenten? Es ist richtig, daß die Konsumenten, besonders die Kapitalisten nicht ihr ganzes Geldeinkommen zu Konsumtionszwecken verwenden, aber nicht darum, weil sie es nicht tun könnten, oder weil nicht genug vorhanden wäre, wofür sie es ausgeben sollten, sondern aus anderen Gründen. Sie sind tatsächlich frei in der Verfügung über ihr Geldeinkommen, und man darf nicht darum, weil sie von ihrer Freiheit praktisch keinen Gebrauch machen, nicht schließen, daß sie davon keinen Gebrauch machen könnten. Freilich, wenn ganz plötzlich und unvorhergesehen, von heute auf morgen alle Bedürfnisse sich änderten, stärker und intensiver

würden, dann könnten wohl nicht mit einem Schlag alle gleichzeitig befriedigt werden; aber dieser Fall hat keine praktische Wichtigkeit, er ist nahezu undenkbar. Wenn die alte Lohnfondstheorie für die Kapitalisten einen naturgesetzlichen Zwang hinsichtlich der Lohnzahlung statuierte, so will diese neue sie auch unfrei machen hinsichtlich ihrer eigenen Bedürfnisbefriedigung. — So viel über die Abhängigkeit der Arbeiter vom realen Lohnfonds. Es muß bemerkt werden, daß Taussig die Bedeutung seiner Aufstellung selbst abschwächt, indem er sie nur als Grenzfälle betrachtet wissen will, aus denen nur folge, daß es gewisse Grenzen in der Beschaffenheit des verfügbaren Angebots an fertigen und halbfertigen Gütern gäbe und daß das Realeinkommen des Kapitalisten , das er sich verschaffen und genießen kann, in gewissem Grade vorherbestimmt sei in der Qualität und Quantität.

Die Arbeiter sind aber noch in einem andern Sinne von einem Lohnfonds abhängig, wenn man auf ihre Geldlöhne Rücksicht nimmt. Der gemietete Lohnarbeiter hängt vom Kapital ab und bekommt seinen Lohn vom Kapital. Sein Geldeinkommen, das erste und wesentliche Mittel, Realeinkommen zu erhalten, wird ihm von den Kapitalisten zugewendet. Diese Kapitalisten, von denen der direkte Unternehmer des Arbeiters nur ein Glied ist, und die alle direkten und indirekten Mitarbeiter der Produktion umfassen, sind die Besitzer von Geldfonds, und von ihren Dispositionen, ihre Geldmittel für produktive Arbeit zu gebrauchen, hängt der Arbeitslohn ab. In diesem Sinne ist der Arbeitslohn von einem Lohnfonds abhängig, nämlich der Summe, welche die ganze Masse von Kapitalisten und Geldbesitzern zur Arbeitsmiete zu verwenden für angezeigt halten. Durch diese Einführung des Kredits — die übrigens auf Mac Leod zurückgeht — ist die Lohnfondstheorie tatsächlich bereichert und erweitert, die direkten Unternehmer sind jetzt selbst nicht ganz frei und unabhängig in der Verfügung ihrer Geldmittel, jedenfalls sind sie nicht die alleinigen Besitzer und Richter über die Verwendung des Lohnfonds, sie haben Verpflichtungen an Banken und einzelne Personen u. s. w., und die Menge von Personen, deren Urteil und Entschlüsse bestimmen, wie das Gesamtgeldeinkommen verwendet werden, und welchen Teil davon die Arbeiter als Lohn erhalten sollen, ist viel größer als die Gruppe der unmittelbaren Unternehmer. Damit ist auch

die Verantwortung vom einzelnen Unternehmer auf eine Gesamtheit von Kapitalisten verschoben, und die Frage, ob die Lohnfonds der Unternehmer begrenzt und vorher bestimmt seien, ist jetzt eine Frage, ob die Fonds der ganzen komplexen Menge von Kapitalisten Begrenzungen unterliegen. Und da kann vorläufig gesagt werden: die Elastizität und Unbegrenztheit ist viel größer für ein einzelnes Glied als für die ganze Gruppe der Kapitalisten. Wenn wir wieder die alte Lohnfondstheorie zum Vergleich herbeiziehen, so sehen wir, daß den alten Namen nur teilweise ihre alte Bedeutung erhalten geblieben ist. Es kommt in dieser neuen Lohnfondslehre überall der Gedanke zum Durchbruch: Freiheit und Unbegrenztheit im einzelnen, strenge Gebundenheit fürs Ganze. Dem liegt ein richtiger Gedanke zu Grunde, den wir so oft bei den klassischen Schriftstellern vermißt haben, daß nämlich die Tatsachen und Erscheinungen, die für ein Ganzes gelten, andere sind als die, die für den einzelnen Gültigkeit haben. Abhängigkeit aller Klassen von Arbeitern von einem vielumfassenden Reallohnfonds, dazu noch Abhängigkeit der gemieteten unfreien Lohnarbeiter von einem Geldlohnfonds, der Geldlohnfonds aber nicht mehr wie bei der alten Doktrin im Besitze des einzelnen Unternehmers, sondern einer großen Anzahl zusammenwirkender Kapitalisten. Wieder fällt der größere Geltungsbereich dieser neuen Theorie auf. Sie betrachtet die Beziehungen zwischen a l l e n Kapitalisten einer Volkswirtschaft und der ganzen Menge von unfreien Lohnarbeitern einerseits und den Kapitalisten und a l l e n Klassen von Arbeitern anderseits; während die alte Lohnfondstheorie sich auf besondere Fälle beschränkte. Ferner erkennt sie an, daß es verschiedene Grade der Abhängigkeit des Arbeiters vom Lohnfonds gäbe. Keine feste, ein für allemal gegebene naturgesetzliche Abhängigkeit vom Lohnfonds wie bei der alten Lehre, sondern Verbesserungen in der Lage der Arbeiter sind möglich, denen keine natürlichen Schranken entgegenstehen. Freilich wird man nicht sagen können, daß mit dieser genaueren Fassung das Problem gelöst ist, sondern daß es höchstens um eine Stufe verschoben wurde und doch wieder Lösung heischt. Wenn auch die Mechanik der Verteilung dazu führen mag, daß man von einem Lohnfonds in dem Sinne Taussigs spricht, so wird noch nichts über dessen Größe ausgesagt. Er wird im Gegenteil

recht unbestimmt gelassen: der Lohnfonds ist der Name für die Summen, die die Unternehmerkapitalisten zum Kauf von Arbeit zu verwenden für zweckmäßig halten. Der wirkliche Lohn wird so als eine Resultante der Entschlüsse sämtlicher Geldsbesitzer, die zur Produktion zusammenwirken, angegeben. Von welchen Motiven sie sich leiten lassen, darüber wird nichts ausgemacht, jedenfalls kann man den Lohn nicht im voraus fest bestimmen, weil doch die Entschlüsse und Meinungen der einzelnen Kapitalisten weit auseinander gehen können.

Es erhebt sich nunmehr die Frage, wie weit die Fonds, von denen die Arbeiter in zweifacher Hinsicht abhängig sind, starr, fix, vorherbestimmt und wieweit sie elastisch, ausdehnungsfähig und der Nachfrage angepaßt sind. Diese Frage enthält zwei Fragen in sich: wie weit das eine und das andere gilt für die Geld- und für die Reallöhne. 1. Sind die Geldfonds, die die Unternehmer für Arbeiter aufwenden können, beschränkt? Antwort: der einzelne und direkte Unternehmer hat eine weitgehende Freiheit, wie viel Löhne er zahlen will. Betrachtet man indes die Gesamtheit aller Kapitalisten, als da sind: Unternehmer, Banken, Privatkapitalisten, Grundbesitzer, Kaufleute, Händler u. s. w., so ist die Summe aller möglichen Fonds tatsächlich bestimmten Grenzen unterworfen und zwar von zweierlei Art: 1. einer allgemeinen oder, wie man auch sagen kann, natürlichen Grenze, die gebildet wird durch die Geldsumme, die der Verkauf von Vermögen und Produkten überhaupt in die Hände der Kapitalisten bringt. Außer dieser gibt es 2. speziellere und engere Beschränkungen, bestehend in Vereinbarungen und Verpflichtungen der Unternehmer, fixe Summen an Kapitalleiher und Grundbesitzer zu zahlen, ferner Grenzen, die bedingt sind durch den Stand der Technik und die Aufeinanderfolge von Produktionsprozessen, indem nämlich die Produktionsfonds den vorhandenen technischen Methoden und Mitteln angepaßt sein müssen. Dieses Resultat wird sofort negiert durch ein entgegenstehendes: „es ist klar, daß nichts von der Art eines vorher bestimmten und starren Lohnfonds gefunden werden kann. Denn wenn auch alles andere fix ist, so sind doch die Summen flüssige Größen, die die Kapitalisten zum eigenen Gebrauch verwenden wollen. Ferner kommt hier auch die preisbildende Wirkung der

Banken und anderer Institute in Betracht, und so ergibt sich, daß der Geldlohnfonds, wenn auch nicht unbeschränkt, so doch jedenfalls kein starrer und vorher bestimmter ist.“

Die wichtigere Frage aber ist: wie weit ist das reale Einkommen vorher bestimmt und begrenzt a) für alle Einkommenszweige, b) für die Reallöhne? Das reale Einkommen der Gesellschaft ist begrenzt und vorher bestimmt seiner Quantität und seiner Qualität nach. Es gibt zu einer gegebenen Zeit eine fest bestimmte Menge von Genußgütern, die sich bei den Händlern und Krämern befinden; neues Angebot an solchen Waren ist nur zu erhalten, wenn mehr Material verarbeitet wird; aber auch das Material, ferner die Maschinen und Werkzeuge sind für eine gegebene Zeit unveränderlich. Hier ist der erste Fehler: weder das Material ist zu einer bestimmten Zeit unveränderlich, denn es kann durch gesteigerte Technik und Fleiß vergrößert oder durch Einfuhr herbeigeschafft werden, noch sind die Maschinen immer an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt, noch sind die Werkzeuge unvermehrbar. Das gegenwärtige Einkommen hängt also nach Taussig davon ab, wie die früheren, vorbereitenden Produktionsstadien durchgeführt worden sind. „Aber“, so meint er weiter, „nicht nur die gegenwärtig angebotenen Vorräte sind so vorher bestimmt, sondern es besteht auch noch die Tendenz, nicht mehr davon darzubieten und vorrätig zu haben, als gerade genügt, um die gewöhnliche Konsumtion zu befriedigen, so daß weder große Reserven noch Überschüsse bleiben.“ Darin liegt eine sonderbare Verwechslung. Diese Tendenz besteht sicherlich, aber sie erklärt nicht, warum, und ist nicht die Ursache davon, daß die Konsumenten in ihrer Verfügung und Nachfrage beschränkt seien, sondern diese Tendenz selbst wird ja hervorgerufen durch die Tatsache, daß die Nachfrage nicht genügend groß ist, und diese Tendenz ändert sich sobald und in dem Maße, als die Nachfrage der Konsumenten wächst. Was nun die realen Löhne angeht, so sind sie denselben Beschränkungen unterworfen, wie alles andere reale Einkommen, nur durch Ersparnisse der Arbeiter wird diese Abhängigkeit der Arbeiter gemildert und weiter hinausgeschoben. Wenn Taussig wiederum behauptet, daß ein wesentlicher Fortschritt in der realen Entlohnung der Arbeiter nur möglich sei durch alle Stufen der Verteilung hin-

durch, so muß man dagegen einwenden, daß es dem Arbeiter sehr wohl möglich ist, sich einen größeren Teil am realen Einkommen der Gesellschaft zu verschaffen, ohne zu warten, bis ein ganzer Produktionsprozeß um ist. Schließlich bemerkt er neuerdings, daß man von Begrenzung und Vorherbestimmung irgendwelcher Art nur dann reden könne, wenn man die Löhne im ganzen und das Einkommen als Ganzes im Auge hat. Nicht jedoch seien die Reallöhne irgend einer besonderen Klasse von Arbeitern vorherbestimmt, denn die Lohnfondstheorie behandle ein ganz allgemeines Phänomen, das Verhältnis der Löhne zum Kapital, nicht aber besondere und spezielle Probleme. Daraus sehen wir wieder, wie der Umfang der Theorie sich erweitert hat, starre Gesetzmäßigkeit im ganzen, freie Beweglichkeit und Vielgestaltigkeit der Elemente.

Im letzten Kapitel zieht Taussig die Folgerungen aus seiner Lohnfondstheorie. Er wirft die Frage auf: welche Bedeutung kommt dieser Lohnfondstheorie theoretisch und praktisch zu, in welchem Zusammenhange steht sie mit den wichtigsten Problemen der Verteilung? Wir haben bisher gesehen, daß die neue Lohnfondstheorie Taussigs von der alten der Klassiker sich durch die Universalität ihrer Geltung unterscheidet. Das ist formal eine Erweiterung, inhaltlich eine Beschränkung ihrer Bedeutung. Es ergibt sich daraus, daß neben ihr andere Lohntheorien ihre Richtigkeit behaupten, und das ist tatsächlich Taussigs Meinung. Er erkennt die Lohntheorie Hermanns, Brentanos und der deutschen Schule überhaupt als richtig an, daß die Löhne irgend einer Klasse von Arbeitern davon abhängen, was die Konsumenten für die betreffenden Produkte zu zahlen fähig und willens sind, und daß eine dauernde Lohnerhöhung von einer solchen Gruppe nur erreicht werden könne, wenn die dauernden Bedingungen des Marktes, d. h. der letzten Nachfrage, ihr günstig seien. Aber die Ursachen, die bestimmen, wie viel einer einzelnen Gruppe von Arbeitern zu teil wird, seien verschieden von denen, die die Gesamtsumme dessen bestimmen, was den Arbeitern in ihrer Gesamtheit zufalle. Diese letztere Frage beantworte die Lohnfondstheorie, nur mit diesem ganzen, nicht mit dem einzelnen habe sie es zu tun; sie beschreibt nur das Verhältnis von Kapital und Arbeit, sie wirft Licht nur auf den Prozeß, durch welchen

bei vorgeschrittener Organisation der Produktionstechnik das Ergebnis einer verwickelten Folge von Arbeit schließlich den Konsumenten erreicht und Realeinkommen wird. Sie bleibt an der Oberfläche und zeigt das Auf und Nieder der Wellen; was letzten Endes das Realeinkommen und seine Verteilung unter die verschiedenen Klassen bewirkt, was macht, daß die Wellen sich heben und senken, sind eine Menge von Fragen, mit denen die Lohnfondstheorie nichts zu tun hat, und die jedenfalls viel weniger leicht zu beantworten sind und eine viel weitergehende Betrachtung erfordern. Es ist nur konsequent von Taussig, wenn er die praktische Bedeutung seiner Theorie auf ein Minimum beschränkt. Sie gibt keine Antwort auf die Fragen: wie Löhne und Verteilung sich zu einander verhalten, was die Löhne hoch oder niedrig hält, welches die letzten Wirkungen des Fortschritts für das Einkommen einzelner Klassen sind; sie sagt auch nichts über die Möglichkeit und Wirkung der Lohnsteigerungen einzelner Klassen von Arbeitern, sie behandelt die denkbare, nie praktische Möglichkeit der gleichzeitigen Lohnsteigerung aller Klassen von Arbeitern, kurz sie schweigt über alle Fragen, die von jeher das Hauptinteresse aller fesselten. „Die Diskussion der wichtigsten Fragen über Recht und Unrecht, Chancen für den Erfolg oder Mißerfolg gewisser Bestrebungen hat nichts zu tun mit der theoretischen Erörterung des Verhältnisses von Kapital zu Arbeit.“ Damit ist wieder ein bedeutsamer Unterschied der neuen von der alten Lohnfondstheorie gegeben; während die alte Lohnfondstheorie ein geeignetes Mittel war, Forderungen und Interessen zu verteidigen und abzulehnen, und während sie zum guten Teile solchen praktischen und taktischen Gründen ihre Entstehung und Verbreitung verdankt, stellt sich diese neue auf den entgegengesetzten Standpunkt. Sie will prinzipiell nichts aussagen über das wirkliche Leben und seine Möglichkeiten, sie ist ein logischer Gedankenaufbau, rein und losgelöst von allen Interessen einzelner, aber auch von der realen Wirklichkeit. Wenn sie gegenüber der alten Theorie das Gepräge absoluter Vornehmheit trägt, ist sie anderseits ganz ungefährlich und unbrauchbar bei der Lösung irgendwelcher auftauchenden praktischen Fragen. Darnach wird sie auch zu bewerten sein. Man muß eigentlich zwei Maßstäbe anlegen: wenn sie den Logiker vollauf befriedigen

mag, so wird derjenige, der auch an eine volkswirtschaftliche Theorie mit der Frage cui bono herantritt, eine sehr unbefriedigende Antwort erhalten. Sie ist weder unternehmerfreundlich noch arbeiterfreundlich, weil sie sich auf die mannigfaltigen Erscheinungen der Wirklichkeit überhaupt nicht einläßt.

Schluss.

Unsere Untersuchung dürfte gezeigt haben, wie viel Vorfragen zu erledigen sind, wenn man zu einer wissenschaftlich gefestigten Theorie des Arbeitslohnes gelangen will. Die Schwierigkeiten sind zum Teil begrifflicher, zum Teil methodologischer Art. Um nur einiges zusammenzufassen: man muß sich klar sein darüber, welche Stellung dem Produktionselement Arbeit in der volkswirtschaftlichen Organisation zukommt, wie sich der Mechanismus der Produktion und Verteilung vollzieht, welche außerwirtschaftliche Faktoren dabei zu berücksichtigen sind, klar sein über die verschiedenen Formen der Arbeit und des Arbeitsvertrags, über die verschiedenen Formen der Entlohnung und ihre Bedingungen; es ist genau zu unterscheiden zwischen den verschiedenen Möglichkeiten der Kapitaldefinition (je nachdem Kapital als Substanz oder als bloße Funktion bestimmt wird), zwischen Sachlohn und Geldlohn, zwischen dem Lohne sämtlicher Arbeiter, dem Gesamtarbeitslohn und den Löhnen einzelner Arbeiterkategorien, es ist ferner genau zu beachten, ob man bei seiner Untersuchung lange Zeiträume und die dauernden Erfolge oder relativ kurze Zeiten und Augenblickswirkungen im Auge hat. Dies alles ist von wesentlicher Bedeutung. — Ganz allgemein kann man sagen: es zeigt sich Regelmäßigkeit, eine gewisse Starrheit und also Gesetzmäßigkeit (im Sinne von Entwicklungstendenzen) bei den wirtschaftlichen G e s a m t erscheinungen und Berücksichtigung längerer Zeiträume, ein beständiges Auf und Nieder, bunter Wechsel, reiche Mannigfaltigkeit bei den E i n z e l phänomenen und Augenblickserscheinungen, — wie es so auch in anderen Erfahrungswissenschaften ist.

Es ist ein großes Verdienst Taussigs, daß er den bedeutsamen Unterschied zwischen B e s c h r e i b u n g, Darstellung der volkswirtschaftlichen Phänomene und ihrer E r k l ä r u n g, Rück-

führung auf letzte Ursachen und Herleitung aus Gesetzen scharf auseinanderhält, so jene wissenschaftliche Bescheidung dokumentierend, die nicht den zweiten vor dem ersten Schritt zu unternehmen sich zutraut und mit ihren Wünschen (an denen sie nicht ärmer ist als irgend jemand) zurückhält, je mehr sie die Fülle der Möglichkeiten übersehen lernt (Stellen pp. 20 f, 115, 122 und öfter).

Mit Taussig ist die Behandlung des Problems vom Lohnfonds keineswegs abgeschlossen. Neue Theorien — oder besser: neue Kombinationen alter Theorien treten auf, die im einzelnen zu verfolgen außerhalb des engbegrenzten Themas liegt[1]). Nur dies eine wollen wir für alle modernen Lösungsversuche als charakteristisch hervorheben: man läßt allenthalben die dauernde Gestaltung des Arbeitslohnes nicht mehr von einer einzelnen Bedingung abhängen wie früher (Getreidepreis, Produktionskosten, Kapital, Konkurrenz der Unternehmer, der Arbeiter u. s. w.), sondern die Gesamtheit der wechselwirkenden Bedingungen, die zusammen den Begriff der Produktivität der nationalen Arbeit konstituieren, bestimmt, wie das Los aller in der wirtschaftlichen Gemeinschaft Vereinigten, so auch das der Arbeiterklasse. Dabei ist die Produktivität der nationalen Arbeit recht eigentlich eine internationale, indem der Wohlstand und das Wohlergehen der fremden Nation einer weitsichtigen Betrachtung sich enthüllt als ein die nationale Produktivität mitbestimmendes Hauptmoment. So gilt auch hier: nicht was ihr irgend jemand gibt oder nimmt, sondern was sie selber s c h a f f t , ist jede Arbeit auf die Dauer wert. Wie Taussig es ausdrückt: „Wie viel die Reallöhne ausmachen, wird zum Teil davon abhängen, welchen Teil der produktiven Arbeit der Gesamtheit die Arbeiter mittels ihres Geldeinkommens zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse sich verschaffen und zum Teil von der Ergiebigkeit der so abgeleiteten produktiven Arbeit selbst“ (121). Oder wie Marshall in genauerer Formulierung desselben Gedankens sagt: „Die Löhne haben die Tendenz, sich dem Nettoprodukt gleichzustellen oder der Grenzproduktivität zu entsprechen, die ihren Nachfragepreis bestimmt;

[1]) Auch die Behandlung des Lohnfondsproblems in der sozialistischen Literatur habe ich — nicht übersehen, aber — vorläufig wenigstens — übergehen zu dürfen geglaubt. Rechtfertigung vorbehalten.

die Löhne haben aber auch die Tendenz, in enger, wenn auch indirekter und verwickelter Beziehung mit den Erhaltungs-, Erziehungs- und Ausbildungskosten der Energie leistungsfähiger Arbeiter zu bleiben. Die verschiedenen Elemente des Problems bestimmen sich wechselseitig, dies wirkt dahin, daß der Angebotspreis und der Nachfragepreis sich gleichzustellen suchen. Weder vom Nachfragepreis noch vom Angebotspreis sind die Löhne bestimmt, sondern von der ganzen Reihe von Ursachen, die Angebot und Nachfrage beherrschen.“ Wir können diese Erkenntnis als die wichtigste unter allen bezeichnen, die wir der neueren theoretischen Nationalökonomie verdanken, gleichzeitig auch als die zukunftsreichste und hoffnungsvollste. Erst wenn wir sie ganz in uns aufgenommen und alle Folgerungen, die sie birgt, gezogen und in die Praxis umgesetzt haben werden, können wir uns der Zukunft getrösten. —

Rein theoretisch betrachtet, können wir die neuere Behandlungsweise unseres Problems vielleicht nach zwei charakteristischen Nüancen zu gruppieren suchen, je nachdem sich dem Auge des Forschers die Fülle der wirtschaftlichen Erscheinungen darstellt und ordnet. — Wir sahen einmal, wie bei Böhm-Bawerk und Taussig, ein beständiges Hineinragen der Vergangenheit in die Gegenwart und durch sie in die Zukunft der Wirtschaft, eine Abhängigkeit der jetzigen wirtschaftlichen Entschlüsse von den Verhältnissen und Entschlüssen der Vergangenheit. Dadurch kommt die Kontinuität des heutigen Wirtschaftslebens, die relative Festigkeit einmal gegebener Verhältnisse gut zum Ausdruck. Wie die klassische Schule bei ihrer Behandlung des Lohnes immer betonte, daß die Wohlfahrt der lebenden Arbeitergeneration vom sittlichen Verhalten der Vorfahren abhängt und dadurch fast unabänderlich bestimmt sei, so kommt diese moderne Richtung für das rein Ökonomische zum gleichen Resultat: es besteht ein notwendiger und in gewissen Grenzen starrer Zusammenhang (auf Seite der Nachfrage) zwischen den Produkten früherer Arbeit und der gegenwärtigen Art der Bedürfnisbefriedigung. Freilich ist die Starrheit und Unelastizität nur eine relative, negativ ausgedrückt: es werden die Kräfte aufgezeigt, die die volle Freiheit der Produktion und Konsumtion hemmen, die Gegentendenzen, die zeitweise und im

einzelnen Falle nicht unüberwindlich, sich doch immer fühlbar erweisen.

Auf der anderen Seite steht die zweite Richtung moderner Nationalökonomen (vertreten durch Walker, auch schon Jevons, Marshall, Carver u. a.), die das schwere und starre Gefüge der volkswirtschaftlichen Organisation lockern und lösen, die Elastizität und Bewegung in allen Erscheinungen aufzeigen, auf der Nachfrageseite eine dauernd im Fluß befindliche Masse von Produktions- und Konsumtionsgütern, die nur das theoretische Bedürfnis zu einer in Ruhe befindlichen Bestandmasse verdichten wird, anderseits auch eine Beweglichkeit und Elastizität des Arbeitsangebots (das nicht bloß aus der Zahl der Arbeiter, sondern auch durch die Dauer und Intensität der Arbeit gebildet wird), die den Satz von Smith, daß der Mensch die am schwersten zu bewegende Last sei, Lügen straft.

In der Tat: Beharrung und Bewegung sind die zwei Achsen, um die sich zwei volkswirtschaftliche Gedankensysteme, beide stilgerecht und doch verschieden, gruppieren. Für eine Einzeluntersuchung kommt es darauf an, die richtigen Bestandteile aus der bunten Mischung hervorzuholen. Letzten Endes aber sind diese zwei Systeme vielleicht die treffenden Spiegelbilder der gegenwärtigen wirtschaftlichen Zustände der Länder, in denen sich Fortschritt und Stagnation vermischen — und des allgemeinen theoretischen Bedürfnisses, in der Erscheinungen Flucht nach einem Dauernden, Gesetzmäßigen zu forschen. —

Curriculum vitae

Arthur Salz wurde am 31. Dezember 1881 zu Staab in Böhmen geboren, besuchte daselbst die Volksschule, hierauf das Staatsgymnasium in Pilsen und bezog im Herbst 1900 die Berliner Universität. Im Herbst 1901 ging er nach München und wurde am 13. Juni 1904 zum Doktor der Staatswirtschaft promoviert.

Allen seinen Lehrern schuldet er reichen Dank für immer.